



ARCHIVNACHRICHTEN

.....
Entdeckung der Kindheit?
.....

Lesen, denken, artig sein
.....

Wer hat (die) Hosen an?
.....

Von Banjul nach Stuttgart
.....

Artilleriestangenpferd und
Bauerngaul
.....

Inhalt

VERENA SCHWEIZER

3 || Editorial

ENTDECKUNG DER KINDHEIT?

VERENA SCHWEIZER

4 || Entdeckung der Kindheit

MONIKA SCHAUPP

6 || Neuorganisation und Aufschwung des Schulwesens in der Grafschaft Wertheim durch die Reformation

KATHARINA MAIWORM

8 || „welcher gestalt das pedagogium zu Maulbrunn [...] mecht administriert werden“. Die Ordnung des Valentin Vannius

HELMUT WÖRNER

10 || Eine fürstliche Taufe in Hohenlohe

NICOLE BICKHOFF

12 || Kindesmord im Dorf

MARTINA HEINE

14 || Tod eines Schülers

JAN WIECHERT

15 || Lesen, denken, artig sein

MARTIN FURTWÄNGLER

16 || Hütekind: die Jugenderfahrungen eines Staatspräsidenten

PETER MÜLLER

18 || Personalakten von Kindern?

MARKUS FRIEDRICH

20 || Vom Spiel zum Sport. „Leibesübungen“ für Kinder

PETER MÜLLER

22 || Dokumente des Grauens. Fürsorgeakten über ermordete Sintikinder

JONAS BRANDMEIER

24 || Eine Jugend, zwei Ideologien

FRANZ-JOSEF ZIWES

25 || Kinder und Jugendliche in der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts

FRIEDRIKE WITEK

26 || Antisemitismus im Film

CHRISTOPH STRAUSS

28 || Wer hat (die) Hosen an? Das Freiburger Oberschulamt und die „weibliche Würde“

MARTIN HÄUSSERMANN

29 || Der erste Fall einer Kindesentführung in Deutschland

NORA WOHLFARTH

30 || Erziehung im Kinderheim

ARCHIV AKTUELL

KURT HOCHSTUHL

32 || Das Oberrheinische Adelsarchiv im Staatsarchiv Freiburg

EBERHARD MERK

34 || Wertvoller Wand- und Deckenaufriß zum Neuen Schloss entdeckt

PETER EXNER

36 || „Man muss wie beim Schlittschuhlaufen einige Übung haben“. Die ersten Fahrversuche des Freiherrn von Drais

REGINA GRÜNERT

37 || Von Banjul nach Stuttgart. Gespräch mit dem gambischen Records Manager und Archivar Omar Kujabi

QUELLEN GRIFFBEREIT

KONRAD KRIMM

38 || Archivbestände aus Salem online

MONIKA SCHAUPP

39 || Ein Glücksfall für die Forschung. Erschließung des Sammelbestandes G-Rep. 102

ANNA SPIESBERGER

40 || Die Stadt Wertheim im 19. und 20. Jahrhundert

REGINA GRÜNERT / SOPHIA SCHOLZ

41 || Parlamentsgeschichte im Licht neuer Quellen

KULTURGUT GESICHERT

SIBYLLE BRÜHL

42 || Artilleriestangenpferd und Bauerngaul. Fotografien des Landgestüts Marbach im Familienarchiv Bernhardt

ANDREAS KIEFFER / GABRIELE LÖFFLER

43 || Letzte Ausfahrt Ife! Die Rettung der brandgeschädigten Kriegsstammrollen

ARCHIVE GEÖFFNET

NICOLE BICKHOFF

44 || Reformationsmeile Stuttgart

PETER MÜLLER

45 || RAF No Evidence / Kein Beweis. Ausstellung im Staatsarchiv Ludwigsburg

MARTIN STINGL

46 || Krankenmord im Nationalsozialismus. Wanderausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe

VOLKER TRUGENBERGER

47 || Hohenzollern – Burg, Adelshaus, Land. Ausstellung im Staatsarchiv Sigmaringen

JUNGES ARCHIV

CHRISTINA SCHLAICH

48 || „... den Film da einsetzen, wo er eindringlicher zum Kinde spricht.“

ELKE KOCH

49 || Mehr herausfinden! Hector-Kinderakademie im Staatsarchiv Ludwigsburg

HÄUSER MIT GESCHICHTE

SANDY KRÜGER

50 || „Eine Scheuer mit gewölbtem Keller, Stadtmauer, auf dem Bühl ...“

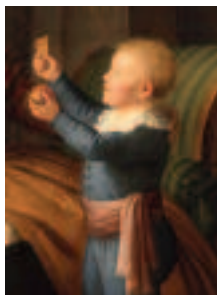
GESCHICHTE ORIGINAL:

QUELLEN FÜR DEN UNTERRICHT 54

GÖTZ DISTELRATH

51 || "Wir sind nicht machtlos!"

Editorial



Kindheit – viele Menschen verbinden hiermit glückliche Erinnerungen und Gedanken. Kinderreime, Spiele auf der Straße und lebenslange Freundschaften kommen einem in den Sinn. Für andere wiederum ist die Kindheit mit negativen Erlebnissen und Erfahrungen verbunden. Was zeichnet die Kindheit überhaupt aus, wie unterscheidet sie sich von anderen Lebensabschnitten? Und wie gestaltete sich Kindheit über die Jahrhunderte hinweg? In dieser Ausgabe der *Archivnachrichten* gehen unsere Autorinnen und Autoren diesen Fragen nach und beschäftigen sich mit der *Entdeckung der Kindheit*.

Schnell wurde bei der Zusammenstellung dieser *Archivnachrichten* klar, dass sich im Archiv viele traurige Geschichten zur Kindheit erhalten haben. Denn Kinder tauchen in den Akten der staatlichen Verwaltung meist dann auf, wenn es Konflikte gab oder Straftaten begangen wurden. So enthält dieses Heft Artikel zu Kindsmorden, Kinderheimen, Kindesentführung und staatlicher Fürsorge.

Daneben haben sich im Archiv zahlreiche Quellen zum Bildungs- und Schulwesen von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart erhalten. Dieser wichtige Aspekt von Kindheit – die Erziehung und Bildung von Kindern – wird darum in mehreren Artikeln beleuchtet.

Unter *Archiv aktuell* informieren wir über die Erwerbung des *Oberrheinischen Adelsarchivs* durch das Landesarchiv. Hierbei handelt es sich um eine Sammlung, die neben dem Familienarchiv des bisherigen Eigentümers Nikolaus von Gayling-Westphal zahlreiche weitere Archive von Adelsfamilien aus dem Oberrheingebiet enthält. Außerdem berichtet der derzeit in Stuttgart lebende Records

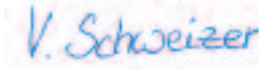
Manager Omar Kujabi über seine Arbeit in Gambia.

In den Rubriken *Quellen griffbereit* und *Kulturgut gesichert* werden verschiedene Bestände, die neu erschlossen oder im Landesarchiv gesichert wurden, vorgestellt. Beispielsweise sind nun die Dokumente der Bodensee-Fideikommiss des Hauses Baden sowie Unterlagen zur Stadt Wertheim online recherchierbar und Fotografien des Landesgestüts Marbach wurden vom Landesarchiv übernommen.

Gleich zu mehreren Ausstellungen im Landesarchiv möchten wir Sie herzlich einladen: Das Generallandesarchiv Karlsruhe präsentiert eine Ausstellung zu Krankmorden im Nationalsozialismus. Im Staatsarchiv Ludwigsburg wird ein Kunstprojekt von Arwed Messner zur Rote Armee Fraktion (RAF) in Stammheim zu sehen sein, bei dem Fotos aus dem Archiv verwendet werden. Das Staatsarchiv Sigmaringen zeigt eine Ausstellung zu Burg, Adelsfamilie und Land Hohenzollern. Und parallel zur großen Reformationsausstellung *Freiheit – Wahrheit – Evangelium. Reformation in Württemberg* im Kunstgebäude werden zahlreiche Veranstaltungen von den Institutionen an der Kulturmeile in Stuttgart angeboten.

In den *Quellen für den Unterricht* beschäftigt sich Götz Distelrath mit den Jugendprotesten gegen die Fahrpreiserhöhung in Freiburg im Jahr 1968 und stellt hierzu archivalische Quellen für die Verwendung in der Schule vor.

Einen schönen Herbst und viel Freude beim Lesen der *Archivnachrichten* wünscht Ihnen

Ihre 
Dr. Verena Schweizer

Entdeckung der Kindheit



1 | Kinderzeichnung aus dem Nachlass der Familie Kapff, 1926.

Vorlage: Landesarchiv HStAS Q 3/67 Bü 181

*Am sel'gen Kinderhimmel funkeln
die Freudensterne hell und rein;
o hüte dich, sie zu verdunkeln
und freu dich mit an ihrem Schein.*

So beschreibt der spätromantische Dichter Julius Karl Reinhold Sturm (1816–1896) die Welt der Kinder und entwirft damit das Bild einer unbeschwernten Kindheit. Auch heute nehmen wir vielfach die Kindheit in Abgrenzung zum Erwachsensein als einen glücklichen Lebensabschnitt wahr und blicken auf diesen – oft verklärt – zurück.

Diese Wahrnehmung der Kindheit als eigenständiger Lebensphase ist eine relativ neue Sichtweise, die sich erst im 19. Jahrhundert – in der Lebenszeit Julius Sturms – als normatives Konzept gesellschaftlich durchsetzte. Über Jahrhunderte wurden Kinder als kleine Erwachsene bzw. als nicht vollständige Erwachsene betrachtet. Sobald sie nicht mehr von der Mutter versorgt werden mussten, galten sie als erwachsen. Erst im Laufe der Neuzeit wurde die Phase der Kindheit mehr und mehr als eigener Lebensabschnitt wahrgenommen und durch Erziehung und Bildung gestaltet.

Der französische Historiker Philippe Ariès hat in seinem Werk *Geschichte der*

Kindheit (L'enfant et la vie familiale sous l'ancien régime 1960, auf Deutsch 1975) herausgestellt, dass durch die *Entdeckung* der Kindheit im 16. und 17. Jahrhundert die Familie eine erziehende Funktion erhalten habe und dadurch das Kind durch Familie und Schule in seiner Freiheit eingeschränkt worden sei. Für Ariès ist die Kindheit ein soziales Konstrukt; er erkennt in ihr keine Entwicklungsphase. Den Wandel durch die Konstruktion der Kindheit als Lebensphase bewertet Ariès für die Kinder negativ – eine These die heftig diskutiert wurde. Auf heute bezogen, kann Ariès Mahnung vor einer zu stark pädagogisierten Kindheit allerdings durchaus modern wirken.

Hilft für diese Diskussion der Blick in die archivischen Quellen? Ist z. B. der sehnsuchtsvolle Blick des niederdeutschen Dichters Klaus Groth (1819–1899) auf die Kindheit berechtigt?

*O wüsst' ich doch den Weg zurück,
den lieben Weg zum Kinderland!*

Möchte man sich auf Spurensuche nach Zeugnissen zur Kindheit – sowohl der glücklichen, als auch der durch elterliche Erziehung und Bildung bestimmten Kindheit – begeben, so wird man im

Archiv schnell fündig aber vielleicht auch enttäuscht sein. Denn die glückliche Kindheit im familiären Umfeld und die Erziehung in der Familie spiegeln sich nicht in den Akten. Kinder gerieten meist in den Fokus von staatlicher Verwaltung, wenn die Kindheit gerade nicht *bilderbuchgleich* verlief. Behörden wurden tätig, wenn z. B. ein Konflikt nicht mehr in den Grenzen der Familie geklärt werden konnte oder Familienmitglieder gegen Gesetze verstießen. So finden sich viele Akten zu Waisenhäusern und Erziehungsanstalten, Dokumente zu vernachlässigten Kindern und zu Fällen von Kindsmorden. Diese Akten enthalten neben den persönlichen Schicksalen der Personen auch vielfältige Informationen zu Lebensbedingungen, familiären Situationen sowie Erziehungsidealen und werden unter diesem Blickwinkel wichtige Quellen zur Erforschung der Lebensumstände von Kindern in früheren Jahrhunderten. Aber sie spiegeln eben nur einen Teil von Kindheit und geben wenig Auskunft über die *normale* durchschnittliche Kindheit.

Etwas anderes ist es, wenn Privatpersonen und Familien ihre Dokumente ins Archiv geben – hier kann man fündig



2 | Kind im Matrosenanzug auf der Straße in Stuttgart, 19. Oktober 1930.

Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 002598,
Aufnahme: Willy Pragher

3 | Die sieben ältesten Kinder von Wilhelm (II.) Herzog von Urach Graf von Württemberg (1864–1928) und seiner ersten Gemahlin Amalie Herzogin von Urach Gräfin von Württemberg (1865–1912), von links nach rechts: Maria Gabriela, Elisabeth, Carola Hilda, Wilhelm (III.), Karl Gero, Margarete und Albrecht.

Vorlage: Landesarchiv HStAS GU 99 Bü 631

4 | Haarlocke vom damals 11-jährigen Albert I. (1848–1922), dem späteren Fürst von Monaco, die sich als „Souvenir“ im schriftlichen Nachlass seiner Tante Florestine Prinzessin von Monaco (1833–1897), einer verheirateten Herzogin von Urach Gräfin von Württemberg, befindet. Das Sammeln von Haarlocken von Verwandten war in adligen Kreisen üblich.

Vorlage: Landesarchiv HStAS GU 107 Bü 452

werden. In Nachlässen haben sich oft neben Akten zum politischen, wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Leben des Nachlassgebers zusätzlich private Dokumente erhalten. So lassen sich im Landesarchiv bei der Recherche in Nachlässen Spuren glücklicher Kindheit finden: Kinderzeichnungen, Gedichte, Porträtfotografien, Scherenschnitte, Tagebücher und Erinnerungsstücke.

Diese Dokumente bieten jedoch ebenfalls nicht immer einen unverfälschten Blick. Gerade Porträts von Kindern dienten über Jahrhunderte hinweg vor allem repräsentativen Zwecken. Daher ist ein authentischer Blick auf Kinder auch in privaten Dokumenten schwierig zu erhalten.

Die Beschreibung des Phänomens *Kindheit* ist nur über Erinnerungen und Dokumente möglich. Im Archiv spiegeln diese stets eine individuelle oder *amtliche* Sichtweise auf die Kindheit wieder. Letztlich zeigt sich in den Quellen, wie Kindheit als Lebensabschnitt immer durch die jeweiligen gesellschaftlichen Normen und Vorstellungen wahrgenommen und inszeniert wurde.

VERENA SCHWEIZER

3



4



Neuorganisation und Aufschwung des Schulwesens in der Grafschaft Wertheim durch die Reformation

Wochentag	Planetensymbol	1. Stunde	2. Stunde	3. Stunde	4. Stunde	5. Stunde
Montag	☾	Clarin	Praxis	Arithmetica	Arithmetica	Arithmetica
Dienstag	☿	Clarin	Praxis	Arithmetica	Arithmetica	Arithmetica
Mittwoch	♁	Clarin	Praxis	Arithmetica	Arithmetica	Arithmetica
Donnerstag	♃	Clarin	Praxis	Arithmetica	Arithmetica	Arithmetica
Freitag	♄	Clarin	Praxis	Arithmetica	Arithmetica	Arithmetica
Sonntag	☼	Clarin	Praxis	Arithmetica	Arithmetica	Arithmetica

1 | Der Schulordnung für die 1604 reformierte Wertheimer Lateinschule ist dieser Stundenplan beigefügt. Er gibt die Wochentage mit Planetenzeichen an.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-G Rep. 57 Schulsachen, Nr. 34

2 | Eine grundlegende „Reformation“ (Erneuerung) des Schulwesens unternahm Graf Ludwig zu Löwenstein.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-G Rep. 57 Schulsachen, Nr. 34



Durch die Reformation nahm das Schulwesen einen erheblichen Aufschwung. Von den Reformatoren und damit in den evangelischen Territorien wurde die Förderung der Bildung früh als wichtiges Mittel erkannt, den persönlichen Glauben zu fördern, aber auch für einen einheitlich ausgebildeten geistlichen Nachwuchs und für qualifiziertes Personal in einer leistungsfähigen Verwaltung zu sorgen.

Doch der Ausbau des Schulwesens war ein mühsamer Prozess, auch in der Grafschaft Wertheim. Bemühungen nach Ideen von Johann Eberlin von Günzburg sind bereits unter Graf Georg, der sich früh der Reformation zuwandte, zu sehen. Luther lobte ihn 1530 für seine vorbildliche Schulpolitik. Leider wissen wir nicht genau, worin diese bestand. Hier gibt der neu zugängliche Nachtragsbestand G-Rep. 102 im Staatsarchiv Wertheim hoffentlich Näheres preis.

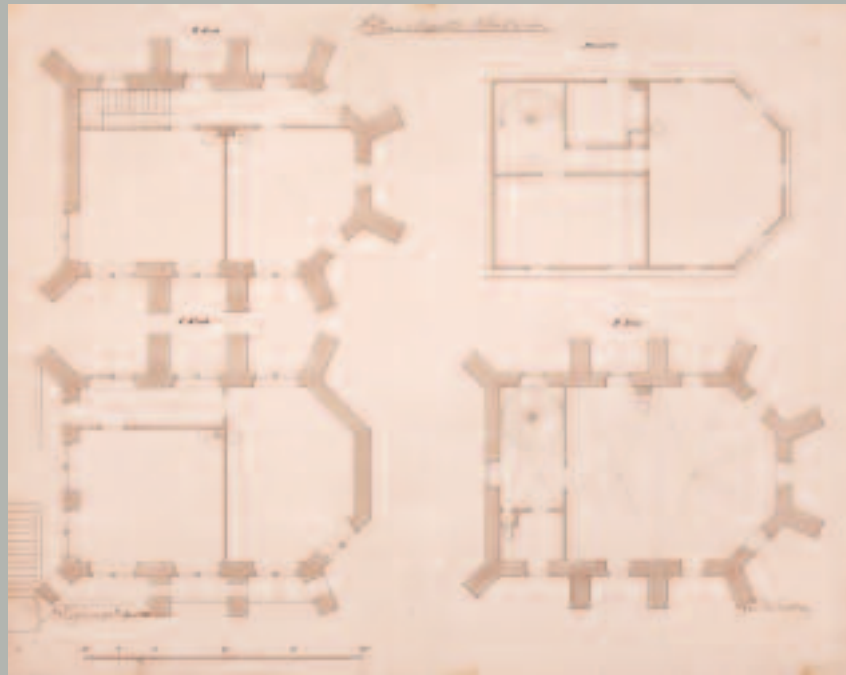
Mit dem plötzlichen Tod des 43-jährigen Grafen 1530 gerieten die Durchsetzung der Reformation und damit der Ausbau des Schulwesens ins Stocken. Der deutsche Schulmeister musste häufiger in der Lateinschule aushelfen, was aber auch an einem Mangel an qualifi-

zierten Lehrern lag. Die nun folgende Vormundschaftsregierung führte Gräfinwitwe Barbara geschickt und energisch. Doch erst mit der Neuorganisation der Kirchengüter 1547 gelang eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Die Wertheimer Lateinschule wurde nun betont protestantisch eingerichtet und erfuhr einen Aufschwung, ebenso auch die deutsche Schule, die unter obrigkeitliche Kontrolle gestellt wurde. Mitte des 16. Jahrhunderts, unter Graf Michael, stabilisierte sich die Schülerzahl der Lateinschule. Stipendien förderten bis zu fünf Schüler jährlich, allerdings kaum bedürftige Schüler. Eine gezielte Förderung begabter armer Schüler setzte erst später ein.

Auch Graf Michaels Wirken blieb Episode. 1556 starb mit ihm das Grafenhaus Wertheim im Mannesstamm aus, die Regierung übernahm sein Schwiegervater Graf Ludwig von Stolberg-Königstein, ebenfalls ein überzeugter Protestant der ersten Stunde. Zu seiner konsequent evangelisch ausgerichteten Kirchenpolitik gehörte auch ein reglementiertes Bildungswesen. Vor 1564 erließ er eine Schulordnung für die lateinische und die deutsche Schule. Ausführlich gere-



3



4

gelt werden die Organisations- und Verwaltungsstrukturen, u. a. werden eine Schulinspektion und halbjährliche Schulvisitationen eingeführt. Wie diese Normen umgesetzt wurden? Konsequenterweise scheint es nicht gelungen zu sein.

Ab 1570 wird die Kilianskapelle für die Lateinschule umgebaut. Die Bauleitung oblag dem ehemaligen Bronnbacher Abt Clemens Leusser, der 1552 in dem Zisterzienserkloster eine Klosterschule errichtet hatte. Seine Erfahrungen konnte er einbringen.

Nach dem Tod Graf Ludwigs 1574 führten die Wirren einer langen Gemeinschaftsregierung auch zu einem erneuten Niedergang des Schulwesens. Eine Erneuerung der Wertheimer Lateinschule unternahm um 1600 Graf Ludwig von Löwenstein. 1604 publizierte er eine Schulordnung, die sich am Vorbild des Straßburger Gymnasiums orientierte. Hier finden sich nun Informationen über den konkreten Lehrplan und die Lehrbücher. Errichtet wird eine vierklassige Lateinschule, ein vierter Lehrer wird eingestellt, eine Disziplinarordnung regelt das Verhalten von Schülern und gleichermaßen Lehrern zur Verhinderung eines nachlässigen Unter-

richts. Durch all diese Maßnahmen konnte das Niveau der Lateinschule für einige Jahre gesteigert werden, sodass aus der Wertheimer Schule ein qualifizierter Nachwuchs an Regierungsbeamten und Pfarrern für die Landeskirche rekrutiert werden konnte.

Von den ersten Anfängen einer gezielten Bildungspolitik unter Graf Georg in den 1520er Jahren bis zur Neuorganisation des Bildungswesens Anfang des 17. Jahrhunderts unter Graf Ludwig führte ein mühsamer Weg mit Höhen und Tiefen, der auch in den folgenden Jahrhunderten wechselvoll blieb.

MONIKA SCHAUPP



5

3 | Die Kilianskapelle liegt direkt in der Stadtmitte. Rechts im Bild die Stiftskirche, oben die Wertheimer Burg.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-S N 70 Ordner 78, 7038/25, Aufnahme: Hans Wehnert

4 | Die Kilianskapelle wurde 1570–1573 durch Einziehung von Zwischenböden für die Lateinschule umgebaut, Grundriss des 1., 2. und 3. Stocks sowie der Mansarde von Friedrich Wießler, 1870.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-R K 1087

5 | Kolorierter Holzstich der Kilianskapelle, ca. 1930.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-A 56 Nr. 96

„welcher gestalt das pedagogium zu Maulbrunn [...] mecht administriert werden“

Die Ordnung des Valentin Vannius für die neue Klosterschule Maulbronn

*Ausschnitt aus dem Bericht des Valentin Vannius zur Neuordnung der Klosterschule.
Vorlage: Landesarchiv HStAS A 502 Bü 40*

Mit der Anerkennung der Klosterordnung am 9. Januar 1556 wurden Maulbrunn und 13 weitere Klöster in Württemberg reformiert. Damit begann die Ära der Klosterschulen, in denen zukünftig der geistliche Nachwuchs der evangelischen Kirche des Herzogtums ausgebildet werden sollte. Noch im selben Jahr wurde in Maulbrunn die Klosterschule eingerichtet, die bereits im Dezember durch Johannes Brenz und den Vaihinger Spezialexsuperintendenten Eberhard Bidembach visitiert wurde. Um den Aufbau der Schule voranzutreiben, wurde der Stadtpfarrer von Cannstatt und Generalexsuperintendent Valentin Vannius als Leiter der Klosterschule bestellt. Als ehemaliger Maulbronner Mönch (1514–1525) und aufgrund seiner Erfahrungen bei der Reformation in der Markgrafschaft Brandenburg stellte er die ideale Besetzung dar.

Wegen einer schweren Erkrankung konnte Vannius dem Unterricht der Präzeptoren Konrad Weiß und Eberhard Bidembach allerdings nur wenige Wo-

chen in Maulbrunn beiwohnen. Sein schlechter Gesundheitszustand und sein fortgeschrittenes Alter waren auch die Gründe, weshalb Vannius Herzog Christoph am 10. Oktober 1557 ersuchte, mit der Leitung der Klosterschule verschont zu werden. Gleichzeitig verfasste er jedoch Vorschläge, in welcher Weise das *pedagogium zu Maulbrunn mit wenigern kosten und mit mererm nutz angericht und administriert werden könne*.

Die Ordnung von Vannius umfasst zum einen die räumliche Unterbringung der Schule im dreistöckigen Siechenhaus (gemeint ist das Pfründhaus). Dort waren Wohn- und Schlafbereiche der Präzeptoren im dritten Stock, die der Schüler im zweiten Stock sowie Speise- und Unterrichtsräume *unter einem Dach* vorgesehen. So sollte die Unterbringung der maximal 40 Schüler sichergestellt und ihre Aufsicht erleichtert werden.

Der zweite Teil der Ordnung befasst sich mit der Gestaltung des Unterrichts. In Anlehnung an die Kirchenordnung beinhaltete dieser die Lehre der Theolo-

gie, Grammatik, Rhetorik und Dialektik sowie der lateinischen Sprache als Grundlage aller Unterrichtseinheiten. Konrad Weiß, letzter Konventuale des Klosters, sollte den Theologieunterricht übernehmen, wenn nötig mit Hilfe von Bidembach und Vannius. Nach Beratung mit seinen Kollegen und Reformatoren Jakob Andreae, Dietrich Schnepf und Eberhard Bidembach sorgte Vannius für die Umsetzung der neuen evangelischen Kirchenlehre und schlug vor, im Theologieunterricht künftig die Bibel und Melanchthons *loci*, das erste Grundlagenwerk der evangelischen Glaubenslehre, kursorisch zu lesen. Diese Lektüre sowie die ständige Anwendung der *Artes*, die ein Magister übernehmen sollte, bedeuteten eine optimale Vorbereitung der Schüler für ein anschließendes Theologiestudium in Tübingen. Somit war die Grundlage für eine erfolgreiche Ausbildung des geistlichen Nachwuchses der neuen evangelischen Landeskirche geschaffen.

KATHARINA MAIWORM

Sodann Valentin Vanni verleger stalt das
pedagogium zu mülbrun für ein vnter administrir-
vorden /

1. So seye nice für notwendig und gut an die beide pedaggi
und alle discipuli brüder unter einem dach wohnen.
Damit die superintendent der stadt erfahr mocht vnter
2. So seynd aber plan gelegene malkat in ganz Kloster dar zu
dam die stete gantz darsellig hat drei boden ~~unter~~
~~beide superintendenten~~ ob einander ~~ist~~ dem oben boden mocht
beide superintendenten die stete ob stüben und stammern mit
haben, aber stüben den brüder stüben seyndt drei großer
stammern ~~ist~~ dem stellig boden dar in man stliche brüder
bestanden und stete stete steten mocht und demars vnter
brüder wol darinnen wohnen mochten /
3. ~~ist~~ dem mittel boden seyndt kein stüben und stete
stammern, da mocht man darselbst ein mittel wand stüben
brüder stüben einig stlage und ein communiter darsig
machen darinnen außwärtlich v. oder v. stete steten mochten
in darselbigen communiter wohnen der convent und st-
penden sommer und winters zeit eben und stül dar in sein /
4. Weiters mocht den brüder convential isten ein eigte st-
hü und stammern ~~ist~~ dem mittel boden eingeben vorden
damit sie nice dert staltigen vnder der disciplin und
zu stül und stete seyn mochten vorden /
5. So mocht nice die stete gantz ~~ist~~ dem mittel boden
mit brüder steten bestloßen vorden zu verlegen allein
die superintendent der abt und der gantzstet die stliche
haben seyn, und die communiter zu inderzeit sondliche

Eine fürstliche Taufe in Hohenlohe

Gräfliche Tauffeiern mit wochenlangen Lustbarkeiten, das kannte man in Langenburg zwar schon aus den Zeiten Graf Wolfgangs von Hohenlohe (1546–1610), doch nach der Teilung der Grafschaft 1586 hatte dessen jüngerer Bruder Friedrich die Herrschaft angetreten. Aufgewachsen am glanzvollen Hof von Kurfürst August von Sachsen in Dresden, hatte er mit Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg eine Dame fürstlichen Rangs geheiratet. Und so war es eine besonders illustre Gesellschaft, die sich da am 9. März 1589 im kleinen Langenburg zur Tauffeier ihres Töchterchens versammelt hatte: Unter den 122 adeligen und hochadeligen Gästen waren Vertreter von vier Fürstenhöfen.

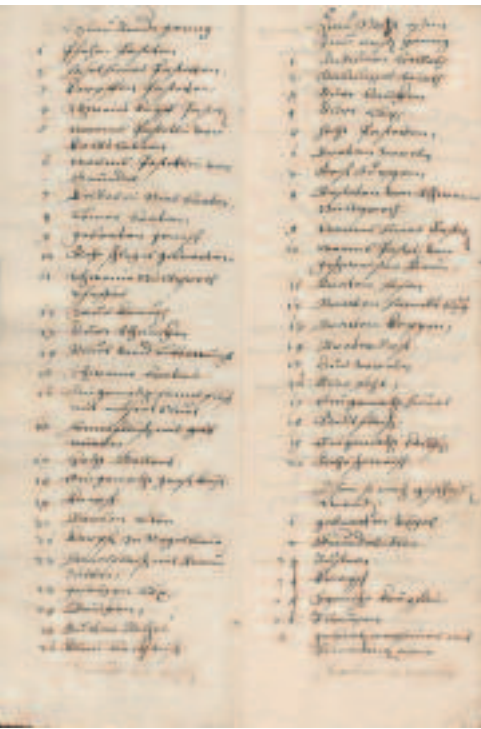
Als erster Gast war die Großmutter aus Neuenstein, Anna von Solms, bereits am Donnerstag gegen Abend angereist. Der große Besucheransturm vollzog sich dann am Samstag, als *der durchleuchtige hochgeborne Fürst Markgraf Georg Friedrich mit seiner Frau Durchlaucht Gemah-*

lin herbei geruckt [ist] und uf die 100 Pferde mit sich gebracht [hat].

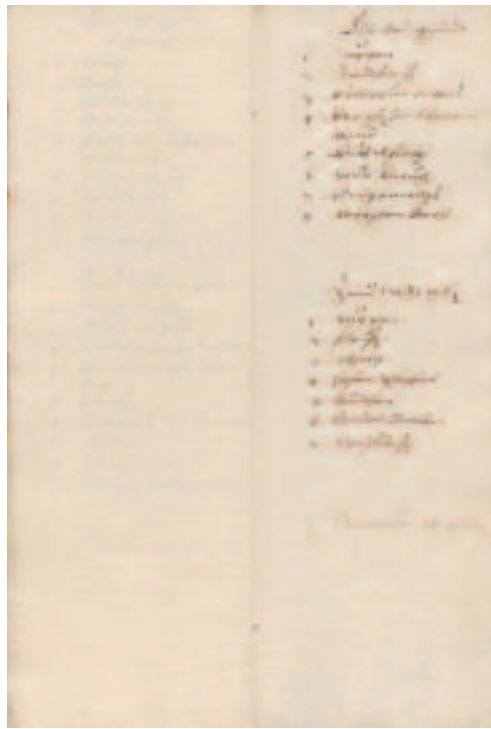
Für Unterhaltung sorgten die Spielleute von Hall und die Vellbergischen Pfeifer sowie die Organisten und Musiker von Öhringen. Drei junge Spielleute von Weikersheim waren aus freien Stücken angereist – und fanden prompt bei den Fräuleins und Jungfrauen Gefallen. Die Festivitäten begannen mit der Speisung der Gäste am Samstag zum Nachtessen und dauerten bis zum folgenden Donnerstag. Am Sonntag als dem Taufftag ließ man früh morgens durch die Aufwarter den Gästen Suppe in ihre Gemächer bringen. Um 8 Uhr ertönte mit der großen Glocke das erste Zeichen, von drei viertel bis gegen 9 Uhr wurde zusammengeläutet. Als alle im Saal versammelt waren, *haben die Organisten mit Stücklin geschlagen und die Musikanten hernach [...] ein Motetten gesungen.* Angeführt von den Stadtpfeifern von Hall trug die 16-jährige Magdalena das Taufkind, ihre Kusine, herab und legte es

1 | Ansicht von Langenburg, aquarellierte Zeichnung nach Merian.
Vorlage: Landesarchiv HZAN GA 55 Bü 251





2



3

2 | Speiseplan für die fürstliche Tafel. Zwei Gänge mit 23 bzw. 16 Speisen wurden aufgetischt, dazu 24 Desserts.

Vorlage: Landesarchiv HZAN La 125 Bü 5

3 | Speiseplan für das Gesinde. Das Gesinde wurde an 40 Tischen im Rathaus verköstigt.

Vorlage: Landesarchiv HZAN La 125 Bü 5

der Markgräfin in den Arm. Und ist dem jungen Fräulein in der Taufe der Name Dorothea Sophia gegeben worden. Für diesen standen mit Dorothea von Dänemark, Kurfürstin Sophia von Sachsen und Markgräfin Sophia von Brandenburg-Ansbach gleich drei Fürstinnen Pate.

Nach dem Taufakt wurde der *Morgenimbiss* eingenommen, der sich bis zum Abend hinzog und in dessen Verlauf eine Komödie vom Präzeptor des Öhringer Stifts aufgeführt wurde. Leider kennen wir nicht das Stück. Vielleicht griff man ja die Geschichte wieder auf, die beim letzten Fest in Langenburg so großen Anklang gefunden hatte: Sie handelte von einem Bauern, dem die Nachbarn eine halbe Seite seines geschlachteten Schweines gestohlen hatten, um ihn daraufhin mit Zutun des Pfarrers durch simulierte schwarze Kunst zu überreden, sich selbst des Diebstahls zu bezichtigen.

Für die Bevölkerung Langenburgs war sicherlich der letzte Abend der Höhepunkt: Allen, die sich mit [A]ufwarten und sonst fleißig gebrauchen lassen, war angezeigt worden, sich zum Nachtessen neben ihren Weibern herein zu verfügen und zu Fröhlichkeit den Nachtimbiss vollbringen zu helfen, wie dann sonst die Fürnehmen im Stättlin gleichsam neben ihren Weibern berufen worden und sich in allem uf die 10 Tisch an Mann, Weibern und fürnehmsten Bürgerstöchtern erstreckt, welche auf dem Saal gespeist und denen 6 Essen geben, auch nach vollbrachtem Imbiss ein Tanz, so [...] bis in die 11 Uhr gegen Mitternacht gewährt, erlaubt worden.

Ob sich dabei auch die fürstliche Mutter unter das Volk mischte, ist nicht überliefert, wäre aber durchaus denkbar. Ihr wird nachgesagt, sie habe mit jedermann gern auf der Gassen geredet und fast allweg (weil sich ihre fürstliche Gnaden der Lüneburgischen Sprach nicht gar abtun können) gefragt, ob man ihre fürstliche Gnaden recht verstanden.

HELMUT WÖRNER

4 | Wappenscheibe mit Konrad von Vellberg (+1592), Württembergisch Franken, 1566.

Vorlage: Germanisches Nationalmuseum Nürnberg Mm 430

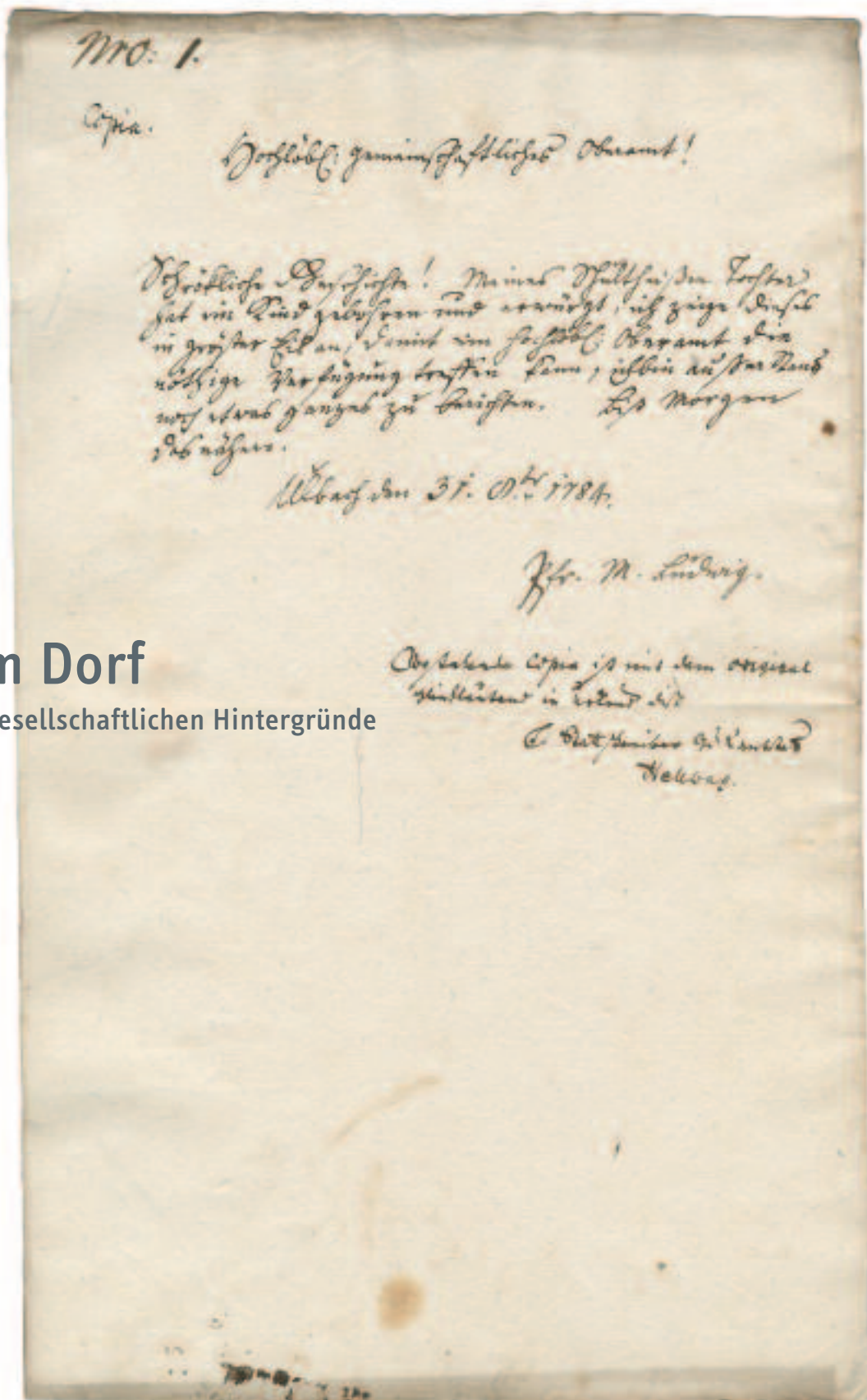
4



Kindesmord im Dorf

Ein Kriminalfall und seine gesellschaftlichen Hintergründe

Uhlbach bei Stuttgart, im Sommer 1784. Rasch verbreitet sich ein aufsehenerregendes Gerücht: Anna Maria Ohnmaiß, die 25-jährige Tochter des Schultheißen, soll schwanger sein. Fortan lebt die junge Frau unter genauer Beobachtung der Dorfgemeinschaft. Sie weist alle Verdächtigungen von sich; eine Zeitlang scheinen die Begründungen, die sie für ihren wachsenden Leibesumfang liefert, noch plausibel. Auch dem Pfarrer des Dorfes gegenüber, der sie ernsthaft ins Gebet nimmt, leugnet sie beharrlich, etwas von einer *Mannsperson* zu wissen. Am Morgen des 31. Oktober, einem Sonntag, ist Anna Maria plötzlich verschwunden. Der Vater findet seine Tochter im Holzstall in einer Blutlache. Zu gern möchte er seiner Tochter Glauben schenken, die behauptet, *das Blut wäre endlich angebrochen* und damit auch die Ursache für ihren Zustand behoben, zumal nirgends ein Anzeichen eines Kindes zu sehen ist. Doch seine Unruhe wächst, er sucht in der Holzkammer alles ab, bis er unter einem Haufen Lumpen den leblosen



1

1 | Anzeige des Uhlbacher Pfarrers Ludwig an das Oberamt Cannstatt, 31. Oktober 1784. Vorlage: Landesarchiv HStAS A 209 Bü 836

2 | Uhlbach, kolorierte Zeichnung von Andreas Kieser, 1686. Vorlage: Landesarchiv HStAS H 107/15 Bd. 7 Bl. 26

Körper eines neugeborenen Mädchens entdeckt. Noch am selben Tag erstattet der Pfarrer dem Cannstatter Oberamt Bericht: *Schröckliche Geschichte! Meines Schultheißen Tochter hat ein Kind geboren und erwürgt, ich zeige dieses in größter Eil an, damit ein hochlöbl[iches] Oberamt die nöthige Verfügung treffen kann, ich bin außer Stand noch etwas ganzes zu berichten. Biß Morgen das nähere.*

Die Untersuchung nimmt daraufhin ihren Lauf: Es folgen die Sektion des Leichnams des Kindes und die Vernehmung der Anna Maria Ohnmaiß. Am 5. November wird sie in das Cannstatter Gefängnis gebracht, wo sie sich weiteren Verhören unterziehen muss. Schließlich werden die Akten zur Urteilsfindung an das Collegium der Juristischen Fakultät in Tübingen gesandt. Diese kommt nach *reiffer collegialischer Erwägung aller Umstände* zu dem Schluss, dass die Merk-

male eines Kindesmordes erfüllt seien, Anna Maria ein lebendes Kind zur Welt gebracht und nach der Geburt getötet habe. Weder die Furcht vor ihrem Vater noch ihre Reue könnten als mildernde Umstände gelten. Am 18. Dezember 1784 verkündet die Juristenfakultät ihren Spruch, dass die Beklagte *dem Scharf Richter an seine Hand und Land geliefert* werden solle. Herzog Carl Eugen, dem die Akten zur Urteilsbestätigung vorgelegt werden, begnadigt jedoch die Kindesmörderin und wandelt die Todesstrafe in eine zehnjährige Zuchthausstrafe um. Im Ludwigsburger Zuchthaus verlieren sich die Spuren der Ohnmaiß. Der Schwängerer, ihr Vetter, kommt ungeschoren davon.

Anna Maria Ohnmaiß ist nur eine von Hunderten von Frauen, die während des 18. Jahrhunderts ihre ungewollten Kinder töteten. Über die Prozessakten

im Hauptstaatsarchiv Stuttgart können die Ereignisse rekonstruiert werden (HStAS A 202 Bü 836). Aber die Unterlagen informieren nicht nur über das kriminelle Geschehen, sondern geben auch Einblick in die Lebenswirklichkeit, die Sozialbeziehungen und Verhaltensspielräume auf dem Land, zumal von Frauen.

Das Hauptstaatsarchiv bietet zu dem Kriminalfall ein archivpädagogisches Programm an, das Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Oberstufe mitnimmt auf eine *Zeitreise* in das 18. Jahrhundert. Anhand von ausgewähltem Quellenmaterial können die dörflichen Interaktionen, die Motivationen der Beteiligten, die rechtliche Lage und die gesellschaftliche Situation der Frau untersucht und handlungsorientiert verarbeitet werden.

NICOLE BICKHOFF



2

Literaturhinweis:
Thea Koss: *Kindesmord im Dorf. Tübingen 1994.*

Vom 18. April 1741 stammt das Einstellungsdekret für Nicolaus Roeser. Danach erhielt er von der Gemeinde für den Schuldienst und die Gerichtsschreiberei neben verschiedenen Naturalien und Nutzungsrechten 15 Gulden Bargeld, von jedem Schulkind pro Quartal 10 Kreuzer.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-S O3 Nr. 152



Tod eines Schülers

Prügelstrafe in der Schule von Dertingen bei Wertheim

Am Dienstag, den 8. Februar 1746 zeigte ein Centschöffe von Dertingen der löwensteinischen Herrschaft in Wertheim an, dass am Montag abends zwischen fünf und sechs Uhr Andreas, der sechsjährige Sohn des verstorbenen Caspar Schmidt, Stiefsohn des Georg Götzelmann, überraschend gestorben sei. Der Pfarrer weigerte sich, das Kind zu beerdigen, da es am vorangegangenen Samstag früh in der Schule von dem Schulmeister Nikolaus Roeser geschlagen worden war. Für die daraufhin angeordnete Obduktion begaben sich am Tag danach Dr. Johann Heinrich Assum und der vereidigte Chirurg Daniel Betschler in Begleitung des Stadtschreibers Christoph von Olnhausen nach Dertingen. In Anwesenheit der beiden Centschöffen von Dertingen, Andreas Klein und Hans Andreas Baumann, und des Pfarrers öffneten und untersuchten die beiden den Leichnam. Außerdem gab es eine Zeugenbefragung: Der Stiefvater Georg Götzelmann und die Mutter Margaretha sagten dabei aus, dass ihr verstorbenes Kind am Samstagmorgen noch frisch und gesund in die Schule gegangen, jedoch *betriibt* nach Hause gekommen sei. Auf die Fragen der Eltern habe der Junge nicht geantwortet, seine Schwester verriet ihnen jedoch, dass er vom Lehrer geschlagen worden sei. Er klagte über Kopfschmerzen und war sehr durstig bei gleichzeitiger Appetitlosigkeit. Als sein Vater ihn am Sonntag zur Kirche schicken wollte, gab er zu verstehen, *er wolle lieber sterben [...] als ferner in die Schul gehen*. Seine Traumatisierung – so würden wir es heute nennen – fand darin Ausdruck, dass er sich büschelweise das Haar ausriss. Obwohl die Eltern glaubten, dass ihr Kind noch leben würde, wäre es nicht gezüchtigt worden, gaben sie sich in Gottes Hand und klagten den Lehrer nicht an.

Über die Obduktion fertigte Assum

einen dreiseitigen, ausführlichen Bericht, aus dem zu entnehmen ist, dass keine äußeren Verletzungen festzustellen waren. Er war vielmehr der Meinung, dass die Ursache der Krankheit *in einem heftigen Schrecken, und innerlichen Zorn, so sich bey dem Kind eingefunden, zu suchen* sei. Der Junge war furchtsamer Natur und entwickelte nach Meinung des Arztes durch das *so strenge und unerlaubte Verfahren des Schulmeisters* verschiedene Entzündungen im Körper, die schließlich zum Tode führten. Dieser war also nach Meinung des Arztes nicht aufgrund von Verletzungen durch die Schläge verursacht: Es konnten nicht einmal Beulen festgestellt werden.

Was ist mit dem Lehrer passiert? Darüber geben die Akten leider keine Auskunft. Es folgen jedoch mehrere Seiten überschrieben mit *Fanatischer Unfug deß Rössners*, die zwar nicht unterschrieben, aber vermutlich vom Pfarrer in Dertingen verfasst wurden. Er interpretierte die Untersuchungsergebnisse des Arztes als Beweis dafür, dass die Schläge zum Tod des Schülers führten. Im Benehmen des Lehrers sah er Vorsatz.

Am 19. Februar schließlich ging eine schriftliche Aussage der Centschöffen bei der Herrschaft ein. Sie hatten die Kinder, die bei der Züchtigung von Andreas dabei gewesen waren, befragt. Der Roeser habe den Jungen geschlagen, weil er *ein wenig geblaudert* habe. Sie brachten auch Beispiele von anderen betroffenen Kindern, die nach erhaltenen Schlägen geblutet hätten.

Was heute in so einem Fall passieren würde, ist klar. Doch hat die richtende Herrschaft damals eher auf den Arzt gehört oder auf die vielen eindeutigen Zeugenaussagen? Dies kann heute leider nicht mehr festgestellt werden.

MARTINA HEINE

„Also lautet ein Beschluss: Dass der Mensch was lernen muss.“ Wilhelm Busch.

Vorlage: Wikipedia CCO



Johann Pestalozzi (1749–1827) mit seiner Frau Anna beim Unterricht in der Erziehungsanstalt Neuhof. Erst durch ihn kam es zu einer Art Aufklärungspädagogik, die mehr auf Vertrauen setzte, als auf Schläge. Holzstich von 1882.

Vorlage: Wikipedia CCO



Lesen, denken, artig sein

Ein hohenlohisches Schulbuch am Beginn des 19. Jahrhunderts

Übungen im Lesen und Denken für die Hohenlohe-Neuensteinischen Stadt- und Landschulen nennen sich die beiden, an verschiedene Altersstufen angepassten Schulbücher, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts in hohenlohischen Schulen zum Einsatz kamen. Leider lässt sich ihr Entstehungsprozess kaum noch nachvollziehen und selbst der Verfasser bleibt anonym. Möglicherweise zeichnete der pädagogisch ambitionierte Öhringer Stadtpfarrer Karl Friedrich Eichhorn (1757–1829) als Förderer der Arbeit oder gar als Verfasser verantwortlich. Mit Sicherheit ist hingegen festzustellen, dass die *Erste Abtheilung* 1804 und die *Zweite Abtheilung* 1806 bei den Buchdruckern Holl und Möß in Öhringen produziert wurde.

Die Schulbücher, insbesondere die fast 500 Seiten starke *Zweite Abtheilung*, erlauben einen Einblick in die Veränderungen des Menschenbilds und des Bildungsideals im napoleonischen Zeitalter. Während der Katechismus den Schulalltag der vorangegangenen Generationen dominiert hatte, verzichtete das neue Schulbuch weitgehend auf religiöse Inhalte. Immerhin hält der namenlose Autor in seinen Vorbemerkungen fest, dass er sein Werk als Ergänzung zum Katechismus verstehe und sein Buch *die Bibel keineswegs aus der Schule verdrängt, sondern vielmehr ihr Verstehen und zweckmäßiger Gebrauch vorbereitet und erleichtert werden soll*. Ganz in diesem Sinne ist ein kleines Wörterbuch im Anhang zu verstehen, das sich der Erklärung *dunkler, veralteter, oder aus den Grundsprachen beybehaltenen Wörter und Redensarten in der deutschen Bibelübersetzung* widmet.

Statt die Glaubensinhalte im Zentrum des Bildungsspektrums zu belassen, setzen die *Übungen im Lesen und Denken* zu einem beachtlichen Rundumschlag an, der ganz unterschiedliche Wissensgebiete zwischen zwei Buchdeckeln zu vereinen trachtet: Übungen im Zählen und Kopfrechnen finden darin genauso ihren Platz, wie ein Kapitel über das Wesen der

menschlichen Gesellschaft und Beiträge zu Flora, Fauna und Geografie. Besonders praxisorientiert wirken die Tabellen zu Maßen, Münzen und Gewichten, aber auch Brief- und Kontraktvorlagen.

Trotz dem bewussten Abstand zu traditionellen Formen der religiösen Bildung, zieht sich die Bemühung um Moralerziehung und Sittlichkeit wie ein roter Faden durch das Schulbuch. 20 kurze, für Leseübungen gedachte Erzählungen handeln samt und sonders von guten und bösen Kindern, die den Lohn der Tugend oder die Strafe für den Ungehorsam erfahren: Den ehrlichen Stefan haben alle lieb und Johann verdankt sein gutes Leben seinem Fleiß, während sein schulschwänzender Klassenkamerad Peter *ungeschickt und arm* bleibt und zuletzt *ein sehr böser Mensch* wird. Zum Teil erinnern die bitteren Pointen fast an den Struwwelpeter, wenn etwa der Tierquäler nach einem Hornissenstich in Ohnmacht fällt oder das unvorsichtige Hannchen sich mit einer Gabel das Auge aussticht. Noch konkreter wird die Erziehung zum moralischen Lebenswandel in beigefügten Sittenregeln, die mit dem Merksprüchlein *Was gut und schön ist, such' und ehre; das ist die ganze Sittenlehre* zusammengefasst werden.

Den Eindruck, den die *Übungen im Lesen und Denken* auf fachkundige Zeitgenossen machte, spiegelt die Bewertung des langenburgischen Superintendenten Gottlob Gebhard Mehring (1750–1822) wieder, der 1806 eine Ausgabe der *Zweiten Abtheilung* begutachtete. Er hielt fest: Wenn also auch hier u. da etwas darinnen enthalten ist, was dem Landmann zu wissen eben nicht nöthig wäre, so wird doch nichts darinnen vorkommen, das ihm ganz unnütz seyn sollte. An anderer Stelle lobte er das Buch als ein kleines Magazin des Wissenswertesten für Jedermann. Nach Rücksprache mit anderen Geistlichen bestellte er 300 Exemplare der ersten und 200 Exemplare der zweiten Abteilung für den Gebrauch in und um Langenburg.

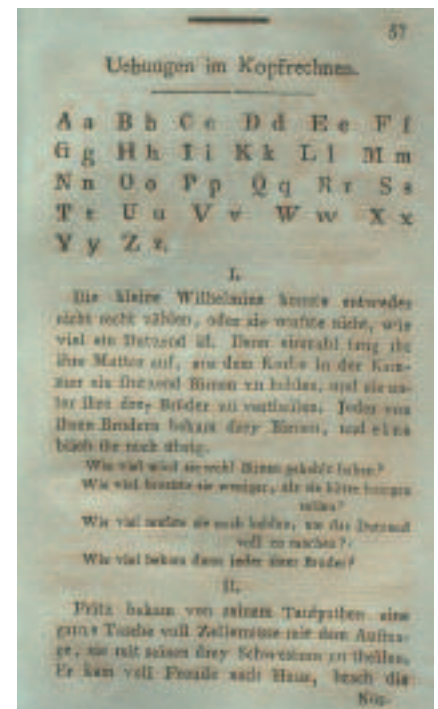
JAN WIECHERT

Statt Katechismus: Ein hohenlohisches Schulbuch von 1806 setzte auf Praxisnähe und ein breites Bildungsspektrum. Auch die Erziehung zu Moral und Sittlichkeit kam nicht zu kurz.
Vorlage: Landesarchiv HZAN GA 93 Bd. 5f/5a



Rechnen mit Birnen oder Nüssen: Die Textaufgaben versuchen sich der Lebenswelt der Schüler anzunähern.

Vorlage: Landesarchiv HZAN GA 93 Bd. 5f/5a



Hütekind: die Jugenderfahrungen eines Staatspräsidenten



Anton Geiß (1858–1944) war 1919 und 1920 der erste Staatspräsident von Baden. Dieses hohe Amt war dem SPD-Politiker aber keineswegs vorausbestimmt. Denn aufgewachsen ist Geiß in Rettenbach am Auerberg im bayerischen Allgäu auf dem kleinen und ärmlichen Hof seines Vaters. Von seinem siebten bis zu seinem 14. Lebensjahr musste er sich zudem jedes Jahr von Ende April bis Martini von seiner Familie getrennt als Hütekind auf fremden Bauernhöfen verdingen, die mehr als 20 km von seinem Heimatort entfernt lagen. Damit reihte sich Geiß ein in die Vielzahl an Kindern, die als saisonale Arbeitskräfte aus anderen Landstrichen seit dem 17. Jahrhundert in Oberschwaben und seinen angrenzenden Regionen, dem Bodenseeraum und dem Allgäu, in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. Die meisten dieser Kinder stammten aus dem alpenländischen Raum, viele aus Tirol und sie wanderten jährlich aus ihrer Heimat in die landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiete in Süddeutschland. Gerade im 19. Jahrhundert stellten diese sogenannten *Schwabenkinder* ein Massenphänomen

Portrait von Anton Geiß, badischer Ministerpräsident (1919–1920), ca. 1920.

Vorlage: Landesarchiv GLKA N Geiss 10

dar. Armut und hoher Bevölkerungsdruck in den Alpenregionen auf der einen, Arbeitskräftemangel in Süddeutschland auf der anderen Seite waren im Wesentlichen die Ursachen dieser Wanderungsbewegung. Aber wie das Beispiel von Anton Geiß zeigt, gab es auch eine Binnenmigration. Und auch bei Geiß war es die materielle Not, die seine Eltern dazu veranlasste, ihn zum Arbeiten wegzugeben. Wie er in seinen Lebenserinnerungen berichtet, musste er gehen, *um am elterlichen Tisch für mich das Essen zu sparen*. Hinzu kam der Lohn, den er am Ende der Saison mit nach Hause brachte. Wenngleich gering, besserte er doch die elterliche Kasse zumindest etwas auf. Außerdem profitierte die Familie von der Kleidung, welche die *Schwabenkinder* in der Regel von ihren Arbeitgebern erhielten, bei Geiß ein paar Schuhe, ein bis zwei Hemden und anderes mehr.

Das Leben als Hütekinder war hart. Zur Schule gingen wohl nur sehr wenige, zumal in Bayern Hütekinder im 19. Jahrhundert von der Schulpflicht befreit waren. Allerdings scheint Geiß in der

Fremde zumindest zeitweise eine Sommerschule besucht zu haben und er berichtet, dass die meisten seiner Klassenkameraden aus Tirol stammten und wie er Hütekinder waren. Seine eigentliche Arbeit bestand überwiegend aus dem Hüten des Viehs, in seinem letzten Jahr 1871 waren es bis zu *40 Stück*, die er zu beaufsichtigen hatte. Darüber hinaus musste er auch bei der Heuernte, in der Sennwirtschaft und Molkerei, bei der Getreide- oder Kartoffelernte mithelfen. Ein Arbeitstag begann zwischen 5 und 6 Uhr in der Früh und endete selten vor Sonnenuntergang. Besonders in den kühleren Monaten, wenn es regnete und die Kleidung durchnässt wurde, litt Geiß unter seiner Arbeit. Wie viele seiner Schicksalsgenossen besaß er nicht genügend Ersatzkleidung, um die nassen Sachen auszutauschen. Zudem wurde auf den Höfen nach dem Winter nicht mehr geheizt und somit gab es keine Möglichkeit die nasse Kleidung rasch zu trocknen. Hinzu kam, dass Geiß' Schuhwerk oft unzureichend war und er sich als Hirtenjunge häufig die Füße auf dem steinigen Boden, auf dem das Vieh

weidete, aufriss, ohne eine Möglichkeit zu haben, seine Wunden schnell versorgen zu können. Vor allem aber litt Geiß wie viele *Schwabenkinder* unter dem Gefühl des Verlassenseins, unter Einsamkeit und Heimweh. Denn die Bauersleute kümmerten sich in der Regel wenig um ihre Hütekinder, solange diese nur fleißig arbeiteten. Für Geiß waren es nur die Mägde, an die er sich wenden konnte, wenn ihm etwas fehlte, und die ihm wenigstens ein bisschen Zuwendung angedeihen ließen. Doch wie er in seinen Erinnerungen schreibt, hatten die Mägde oft selbst wenig Zeit und so blieb er vielfach auf sich allein gestellt.

Viele Kinder dürften unter einer solch harten Jugend lange gelitten haben, Anton Geiß haben diese Erfahrungen offenbar innerlich stark gemacht. Denn im Anschluss an seine Zeit auf den fremden Höfen gelang es ihm, sich bei der Wahl seiner Ausbildung gegen seinen herrischen und strengen Vater durchzusetzen und mit dem Schreinerhandwerk jenen Beruf zu erlernen, den er wollte.

MARTIN FURTWÄNGLER

Anton Geiß auf dem Hof seiner Eltern in Rettenbach.

Vorlage: Landesarchiv GLAK N Geiss 11



Literatur:

Die Lebenserinnerungen des ersten badischen Staatspräsidenten Anton Geiß (1858–1944). Bearb. von Martin Furtwängler. Stuttgart 2014.

Die Schwabenkinder. Arbeit in der Fremde vom 17. bis 20. Jahrhundert. Hg. von Stefan Zimmermann und Christine Brugger. Ostfildern 2016.

Personalakten von Kindern?

Was uns die ältesten Zöglingsakten aus den staatlichen Waisenhäusern im Staatsarchiv Ludwigsburg erzählen

Personenbezogene Unterlagen gehören seit geraumer Zeit zu den meist genutzten Archivaliengattungen. Ob es um Personalakten geht, Unterlagen zur Entnazifizierung und Wiedergutmachung, Patienten- oder Strafakten – Dokumente mit biografischen Informationen stoßen sowohl bei Wissenschaftlern wie bei interessierten Laien und Genealogen auf großes Interesse. Gefördert wird dieser Trend durch das stetig wachsende Angebot an Erschließungsinformationen im Internet.

Dass auch über Kinder und Jugendliche personenbezogene Unterlagen in den Archiven verwahrt werden, ist einer breiteren Öffentlichkeit spätestens seit den Diskussionen um die Heimerziehung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst geworden. Die personenbezogene Überlieferung über Kinder und Jugendliche reicht freilich weiter zurück. Im Staatsarchiv Ludwigsburg beispielsweise stammen die ältesten *Personalakten* von Knaben und Mädchen aus dem 19. Jahrhundert, als man staatlicherseits die Fürsorge für diese Personengruppe zu intensivieren und zu bürokratisieren begann. Mit dem stärkeren staatlichen Eingreifen entstanden auch bei den mit Fürsorgefragen befassten Behörden sowie den von der öffentlichen Hand unterhaltenen Fürsorgeeinrichtungen Akten über einzelne Kinder und Jugendliche.

In Ludwigsburg finden sich die ältesten Kinderpersonalakten im Bestand der staatlichen Waisenhäuser (StAL F 420 I).

1 | *Waisenkinder beim Spielen im Hof des Stuttgarter Waisenhauses, 1910.*
Vorlage: Landesarchiv StAL F 420 I Bü 1445, Aufnahme: L. Schaller

2 | *Waisenkinder im Waisenhaus Stuttgart, 1923.*
Vorlage: Landesarchiv StAL F 420 I Bü 1452

Die Überlieferung setzt kurz vor der Jahrhundertwende ein, reicht mit Einzelschriftstücken aus später kassierten Akten aber noch einige Jahrzehnte weiter zurück und betrifft verschiedene staatliche Waisenhäuser in Württemberg, unter denen das in Stuttgart zweifelsohne das größte war. Vor dem Aufkommen dieser Personalakten hatte man die Waisenkinder nur cursorisch in Aufnahmebüchern registriert.

Die Personalakten beinhalten in der Regel Korrespondenzen im Vorfeld der Aufnahme in das Waisenhaus, aus denen man einiges über die Lebensumstände der Kinder erfahren kann. Das Verfahren ist Ende des 19. Jahrhunderts bereits weitgehend formalisiert. So finden sich in den Akten regelmäßig standardisierte Fragebögen über die Verhältnisse bei den Pflegeeltern sowie eine kurze Beschreibung der charakterlichen Eigenschaften der Jungen und Mädchen. Auch Atteste von Ärzten oder standesamtliche Papiere finden sich darin. Immer wieder tauchen zudem persönlichere Dokumente auf, seien es Postkarten oder Fotos, ab und an aber auch Briefe und andere Selbstzeugnisse der Kinder. In einigen Fällen sind Bemühungen der Angehörigen, ihren Zögling wieder zu sich zu nehmen, in den Akten dokumentiert. Details über den Alltag in den Waisenhäusern sind diesen Akten allerdings allenfalls am Rande zu entnehmen. Insgesamt vermitteln die Unterlagen aus dieser frühen Zeit aber zumeist den Eindruck eines



1

ernsthafte Bemühens um das Kindeswohl. Pejorative Äußerungen über die Kinder und Jugendlichen, wie man sie aus der Heimerziehung in späteren Jahrzehnten kennt, finden sich kaum.

Leider sind die Akten bislang nur nach Jahrgängen und Aufnahmeummern erschlossen. Die Namen der Kinder und Jugendlichen werden im Findmittel derzeit noch nicht ausgeworfen, weswegen sich Recherchen nach Einzelschicksalen relativ aufwendig gestalten. Mit Hilfe der Waisenhausverzeichnisse lässt sich aber ermitteln, in welchem Jahrgang Unterlagen über eine Person zu erwarten sind. Unabhängig vom Einzelfall sind die Akten auch für sozialgeschichtliche Fragestellungen eine wichtige Quelle.

PETER MÜLLER

3 | *Waisenkinder beim Frühstück im Hof des Stuttgarter Waisenhauses, 1910.*
Vorlage: Landesarchiv StAL F 420 I Bü 1446

4 | *Impfschein aus der Personalakte von Anna Maria Strobel aus dem Waisenhaus in Markgröningen, 1894.*
Vorlage: Landesarchiv StAL F 420 I Bü 1318

5 | *Stuttgarter Waisenhauszöglinge in historischen Uniformen, 1910.*
Vorlage: Landesarchiv StAL F 420 I Bü 1446

6 | *Fragebogen aus der Personalakte von Otto Kaltschmid aus dem Stuttgarter Waisenhaus, 1916.*
Vorlage: Landesarchiv StAL F 420 I Bü 1138



2



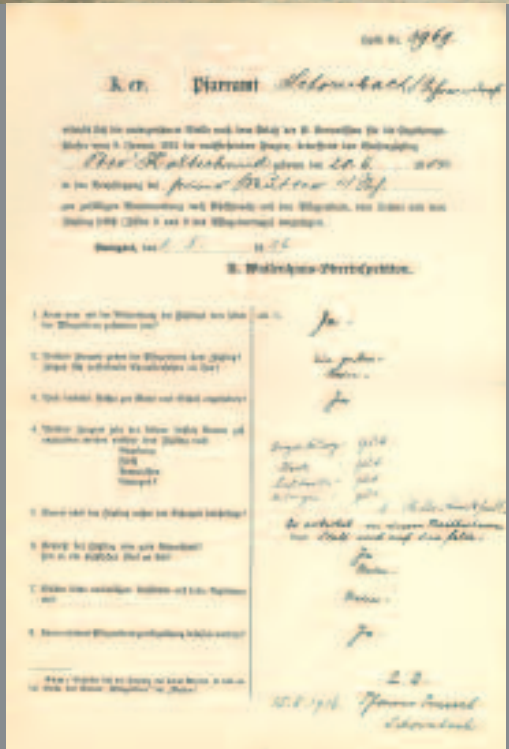
3



4



5



6



Vom Spiel zum Sport

„Leibesübungen“ für Kinder

Jetzt wurden im Freien, öffentlich und vor jedermanns Augen, von Knaben und Jünglingen mancherlei Leibesübungen unter dem Namen Turnkunst in Gesellschaft getrieben. Dieses Zitat aus dem Buch *Die Deutsche Turnkunst* von Friedrich Ludwig Jahn und Ernst Eiselen (Berlin 1816) markiert ein neues Phänomen. Neben die zweckfreien Kinderspiele traten die *Leibesübungen*. Der Bewegungsdrang der Kinder und Jugendlichen sollte in geordnete Bahnen gelenkt werden und auf ein Ziel ausgerichtet sein: Turnen und Sport sollten die Wehrrertüchtigung fördern sowie die (Volks-)Gesundheit stärken und den Charakter schulen.

Auch in Württemberg war der Einfluss der Turnbewegung groß. Die Kinder kamen durch das Schulturnen und die Turnlehrer mit ihr in Kontakt. In Stuttgart gab es seit 1862 die sogenannte *Turnlehrerbildungsanstalt*. Die Einführung des regelmäßigen Turnunterrichts wurde maßgeblich durch den Jahn-Schüler Friedrich Wilhelm Klumpp (1790–1868) vorangetrieben und in Württemberg ab 1845 etabliert. Frei-, Ordnungs- und Geräteübungen sowie Spiele bestimmten die körperlichen Übungen der sogenannten *Zöglinge*. Die zweite prägende Institution war der Turnverein. Beim 1843 gegründeten Männerturnverein Stuttgart wurden ab 1896 auch Kinder aufgenommen.

Die Leitbegriffe der zeitgenössischen Turnlehrbücher wie *Ordnung* und *Gehorsam* zeigen, dass der Körper in Einklang mit einem gegebenen Wertesystem gebracht werden sollte. Ein Grundproblem war, dass die Übungen des Erwachseneturnens auf die Kinder angewandt wurden. Hermann Hesse (1877–1962) berichtete 1891 in einem Brief an seine

Eltern über das Turnen am Maulbronner Seminar: *Im Turnen kann man nicht am Leben bleiben, wenn man allen Befehlen folgt.*

Die durch ältere Honoratioren bestimmten Turnvereine erhielten nach 1900 durch die Spielebewegung verstärkt Konkurrenz. Besonders die Fußballvereine wurden durch Jugendliche und junge Erwachsene geprägt und waren entsprechend populär. Nach 1945 hatte sich der Kindersport endgültig etabliert. Jedoch wurden einerseits der zunehmende Medienkonsum und der allgemeine Bewegungsmangel der Kinder kritisiert, andererseits aber auch vor einem übersteigerten Leistungsprinzip im Sport gewarnt. Diesen Entwicklungen begegnete der langjährige Landeskinderturnwart des Schwäbischen Turnerbunds Adolf Kofink (1905–1996) mit der Einführung des Mutter-Kind-Turnens und der Gaukinderturnfeste.

Bis heute werden die vielfältigen Sportangebote für Kinder maßgeblich durch die ehrenamtlich organisierten Vereine getragen. Nicht zu vergessen sind zudem die Jugendlichen, die unabhängig vom Vereinssport ihren Freizeitaktivitäten nachgehen. Aber auch die Schattenseiten wie Doping, sexuelle Übergriffe und Gewalt sowie die Kommerzialisierung gehören zur Geschichte des modernen Kinder- und Jugendsports.

Im *Sportarchiv* des Hauptstaatsarchivs Stuttgart wird die Entwicklung des Sports in Baden-Württemberg von den Spielen und den frühen Leibesübungen bis hin zum modernen Leistungssport dokumentiert. Die vielfältigen sporthistorischen Quellen stehen dort für die Forschung zur Verfügung.

MARKUS FRIEDRICH



2



3



4



5

1 | Das Reckturnen gehört zu den klassischen Geräteübungen, Fotografie, Anfang 1950er Jahre.
Vorlage: Vereinsarchiv TSV Asperg

2 | Buben beim Turnen von „Ordnungsübungen“, Fotografie, 1921.
Vorlage: Vereinsarchiv TSV Asperg

3 | Der auflagenstarke Ratgeber „Kindersport“ von Major a. D. Neumann-Neurode, 1926.
Vorlage: Landesarchiv HStAS, IfSG Ke 34

4 | Anleitung zum selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Sport treiben, 1953.
Vorlage: Landesarchiv HStAS, IfSG Ke 40

5 | Symposiumsbericht zum „Leistungsturnen im Kindesalter“ im Rahmen der Kunstturn-Weltmeisterschaften in Stuttgart, 1989.
Vorlage: Landesarchiv HStAS, IfSG M 626

Dokumente des Grauens

Fürsorgeakten über ermordete Sintikinder entdeckt

Wie eine kindliche Idylle wirken die Fotos, auf denen Gruppen Heranwachsender bei Ausflügen in der Natur oder im Garten zu sehen sind. Doch die Idylle trügt, denn die Aufnahmen zeigen Kinder aus Sinti-Familien, die während der NS-Zeit in der St. Josefspflege in Mulfingen untergebracht waren und später in Auschwitz ermordet wurden. Die Verbringung in das katholische Kinderheim war angeordnet worden, weil die Eltern im Konzentrationslager saßen oder die Kinder aus anderen Gründen unter staatlicher Fürsorge standen. In Mulfingen wurden die Sintizöglinge von Eva Justin, einer engen Mitarbeiterin des Leiters der Rassehygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle im Reichsgesundheitsamt, für ihre rassenkundliche Dissertation untersucht. Die meisten von ihnen blieben daher zunächst vor der Deportation in ein Konzentrationslager verschont. Erst nach Abschluss der Forschungen wurden die noch in der Josefspflege verbliebenen Kinder – 20 Jungen und 19 Mädchen – am 9. Mai 1944 nach Auschwitz verbracht, wo die allermeisten von ihnen umgebracht wurden. Offenen Widerstand gegen die Deportation hat es seitens des Heimpersonals offenbar nicht gegeben.

Das Schicksal der Mulfinger Sintikinder und die Vorgänge rund um die Deportation waren in den 1970er Jahren Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens und konnten damals mit Hilfe noch lebender Zeugen und Unterlagen aus Auschwitz weitgehend aufgeklärt werden. Zu einer Verurteilung kam es aber nicht. An die Namen der Ermordeten erinnert seit Längerem eine Gedenktafel in Mulfingen. Für einige von ihnen wurden zwischenzeitlich auch Stolpersteine verlegt. In Nürtingen erinnert zudem ein Denkmal an eines der Opfer.

Für die verwaltungsmäßige Abwicklung des Mordes an den Kindern und Jugendlichen lagen bis vor Kurzem keine archivalischen Zeugnisse aus der NS-Zeit vor. Erst im Zuge einer größeren Abgabe von Fürsorgeakten des Amtsgerichts Stuttgart-Bad Cannstatt sind detailliertere Informationen über das Schicksal einiger Opfer bekannt geworden. Die Unterlagen der Fürsorgebehörden über Otto, Sonja, Thomas und Albert Kurz dokumentieren, wie diese bis zuletzt auf eine äußerlich korrekte Abwicklung des Verfahrens geachtet haben. So wurde die Fürsorgeerziehung nach der Deportation der Kinder tatsächlich

1 | Otto Kurz aus Stuttgart-Bad Cannstatt während seines Aufenthalts in Mulfingen.

Vorlage: Landesarchiv StAL EL 48/2 Bü 955 Lichtbildmappe Bild 5

2 | Die Geschwister Josef, Maria und Rosina Winter sowie Luise, Marta und Karl Mai während ihres Aufenthalts in Mulfingen.

Vorlage: Landesarchiv StAL EL 48/2 Bü 955 Lichtbildmappe Bild 9

noch offiziell aufgehoben, weil mit der Verbringung in ein Lager in Schlesien der Zweck der Fürsorgeerziehung anderweitig sichergestellt sei. Die Akten lassen in diesem Fall nicht erkennen, ob die ausführenden Beamten ahnten, welches Schicksal die Kinder in dem in den Akten nicht namentlich genannten Lager erwarten würde. Unterlagen über ein anderes Kind, das zum Zeitpunkt der Deportationen in einem Heim in Buttenhausen untergebracht war, zeigen aber, dass der dortige Heimleiter sehr wohl ahnte, welches Schicksal seinem Zögling bei einer Abholung durch die Polizei drohte. Ganz offen berichtet er dem Leiter des Württembergischen Landesfürsorgeverbands in Stuttgart im Sommer 1944, was man vor Ort getan hatte, um die Verbringung des Kindes in ein Lager zu verhindern.

Die beiden Beispiele demonstrieren, wie wichtig es auch heute noch ist, bei Aktenaussonderungen, wie sie derzeit beispielsweise im Rahmen der Justizreform in großem Stil in den Amtsgerichten und Notariaten durchgeführt werden, auf solche Zeugnisse von NS-Opfern zu achten.

PETER MÜLLER

1

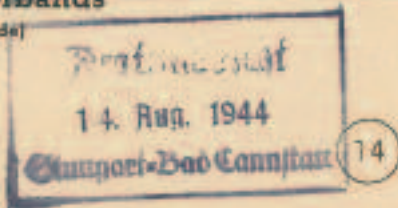


2



Der Leiter des
Württ. Landesfürsorgeverbands
(als Fürsorgeerziehungsbehörde)

An das
Amtsgericht
Bad Cannstatt.



Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen 29/39.

Unser Zeichen F.E.

Betr.: Fürsorgeerziehung der Kinder **K u r z**, Albert, geb. 16.6.1938,
Thomas, " 21.2.1937,
Sonja, " 2.10.1935,
Otto, " 6.6.1934.

Die vorgenannten Geschwister Kurz, die Zigeunermischlinge sind, wurden auf Anordnung des Reichskriminalamts, Abt. für Zigeunerfragen, Berlin, am 9.5.1944 in einem Zigeunerslager in Schlesien untergebracht. Da hienach der Zweck ihrer Fürsorgeerziehung anderweitig sichergestellt ist, beantrage ich hiemit deren Aufhebung.

Wegen getrennter Aktenführung bitte ich um 4 Ausfertigungen des Aufhebungsbeschlusses.

Regierungsdirektor

Mintz

3 | Aufhebung der Fürsorgeerziehung für die vier Kinder Albert, Thomas, Sonja und Otto Kurz nach deren Deportation nach Auschwitz durch das Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt.
Vorlage: Landesarchiv StAL F 260 I Bü 2903

3.44. 2007 O 1047

Abschrift!

Beschäftigungs -und Bewahrungsheim
(14) Buttenhausen

Den 22. August 1944. *HL 47*

An den Leiter des Württ.

Landesfürsorgeverbandes
S t u t t g a r t - W .

Betr.: Fürsorgeerziehung der Teresia Kurz, Lindenspürstr. 39.
geb. 4.1.1925.

In letzter Zeit kam die Gendarmerie um das Mädchen in ein KZ. oder Zigeunersammellager abzutransportieren. Sie war glücklicherweise krank und bis sie wieder gesund war, kam der 20. Juli und dürfte anscheinend die Sache zum mindesten verzögert oder gar aufgehoben sein. Aus diesem Grunde taten wir natürlich alles, um sie hievor zu retten.

Wir möchten aber nach wie vor sehr raten, in diesem Fall vorläufig Anstaltsunterbringung zu belassen, da Teresia uns absolut nicht als so gefestigt erscheint, daß sie im freien Leben standhalten könnte und wenn sie dann fallieren würde, wäre es hoffnungslos.

Beschäftigungs-u. Bewahrungsheim
Buttenhausen
gez. Stübler.

4 | Schreiben des Beschäftigungs- und Bewahrungsheims Buttenhaus über die vereitelte Deportation eines Sintimädchens im Jahr 1944.
Vorlage: Landesarchiv StAL F 260 I Bü 2901

Eine Jugend, zwei Ideologien

Im Bestand *Zöglingsakten Erziehungsheim Flehingen* (GLAK 481-1) befinden sich insgesamt 10.768 Einzelfallakten, die detailliert und minutiös die Zeit einzelner Jugendlicher im Erziehungsheim schildern. Dieser Aufenthalt prägte den weiteren Lebensweg und konnte zu unterschiedlichen Lebensentwürfen führen. Zwei Beispiele: Hans Hornberger und Herbert Haselwander waren als Zöglinge in den 1920er Jahren fast gleichzeitig in Flehingen untergebracht. Ihre weiteren Lebenswege könnten kaum unterschiedlicher sein und weisen doch eine Gemeinsamkeit auf: Beide starben in den 1940er Jahren, einer hingerichtet als Folge seiner politischen Überzeugungen, einer in einem Krieg, den er befürwortete.

Hans Hornberger zog nach seinem Heimaufenthalt nach Hamburg, wo er bei der Werft Blohm & Voss arbeitete. Er trat Ende der 1920er Jahre in die KPD ein und wurde Agitprop-Leiter der KPD-Betriebszelle bei Blohm & Voss. Bis 1936 durchlief Hornberger viele unterschiedliche Positionen innerhalb der KPD. So war er Parteisekretär, Unterbezirksleiter, Partei-Instrukteur für zwei KPD-Bezirke.

Des Weiteren war er in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition tätig. Ab 1936 beteiligte sich Hornberger mit anderen Gegnern des Nationalsozialismus am Aufbau von Kommunikationsstrukturen im Untergrund.

Herbert Haselwander gehörte schon während seines Aufenthalts in Flehingen der NSDAP an. 1930 wurde er Geschäftsführer und Propagandaleiter der Hitlerjugend (HJ) im Gau Thüringen. Noch im selben Jahr wurde er Oberbannführer der HJ in Thüringen und zudem – im Alter von gerade einmal 20 Jahren – zum Kreisleiter der Kreise Heiligenstadt und Worbis ernannt. Er stieg 1936 weiter in der NS-Hierarchie auf, wurde Gau-schulungsleiter des Gaus Thüringen, Kreisdeputierter im Kreis Heiligenstadt und war ab 1936 Abgeordneter im nationalsozialistischen Reichstag.

Der widerstandsleistende Hornberger schloss sich 1942 der Bästlein-Organisation an, einer Widerstandsgruppe, die auch in der Werft Blohm & Voss Sabotagen durchführte. Als die Organisation noch im selben Jahr aufgedeckt wurde, verhaftete man Hornberger. Er tauchte 1943 unter, als seine Haftstrafe wegen

der Luftangriffe auf Hamburg ausgesetzt wurde. Einem Agenten gelang es 1944 Hornberger ausfindig zu machen. Er wurde erneut verhaftet, mit drei weiteren Widerstandskämpfern am 14. Februar 1944 ins KZ Neuengamme gebracht und auf Befehl Heinrich Himmlers am selben Tag hingerichtet.

Auch Herbert Haselwander brachte das *Dritte Reich* letztlich kein Glück. Schon in seiner Zeit in Flehingen hatte er den Wunsch geäußert, zum Reichsheer gehen zu wollen. Er zog als Oberleutnant mit in den Krieg und fiel am 21. Mai 1940 bei Arras in Frankreich. Er liegt auf dem Soldatenfriedhof in Agny begraben.

Für Hans Hornberger wurde ein symbolisches Grab im Ehrenhain des Friedhofs Ohlsdorf angelegt. Vor seiner damaligen Wohnung in Hamburg wurde zu seinem Gedenken ein Stolperstein verlegt.

Die Flehinger Zöglingsakten sind durch ein Online-Findmittel erschlossen und können im Rahmen der archivrechtlichen Vorschriften im Generallandesarchiv eingesehen werden.

JONAS BRANDMEIER

Haselwander Herbert

Führung in der Familie gut. Haselwander ist mäßig und autändig, scheint aber einer nationalsozialistischen Jugendorganisation anzugehören. Arbeitet bei der Landwirtschaft gut und führt sich ordentlich. Die Dispositionen für seine Entlassung sind bereits getroffen.

Fl. 18. 12. 28

Krauber.

Im Führungszeugnis für Herbert Haselwander findet sich ein früher, wenn auch wieder gestrichener Hinweis auf seine nationalsozialistische Einstellung. Vorlage: Landesarchiv GLAK 484-1 Nr. 4992

Kinder und Jugendliche in der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts

Obwohl sie von den alliierten Siegermächten politisch vorgegeben war, kam die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in den westlichen Besatzungszonen zunächst nur schleppend voran. Erst seit 1949 wurden von den deutschen Länderregierungen Gesetze erlassen, die den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung Ansprüche auf Entschädigung einräumten, und auch jetzt noch sahen sich die Antragsteller allerlei Vorurteilen und Misstrauen ausgesetzt. Selbst Kinder und Jugendliche wurden – je nachdem, welcher Herkunft sie waren – von den Wiedergutmachungsämtern mit Argwohn und Herablassung behandelt.

Die zehnjährige Hildegard, deren Mutter im Dezember 1944 im Konzentrationslager Ravensbrück umgekommen war, hoffte vergeblich auf Wiedergutmachung. Hildegard war aus einer Liebesbeziehung ihrer Mutter mit einem polnischen Kriegsgefangenen hervorgegangen. Zwar hätte – so die Argumentation des Landesamts für die Wiedergutmachung Tübingen vom April 1953 – die Verfolgung einer Frau wegen Umgangs mit einem Kriegsgefangenen einen Wiedergutmachungsanspruch begründen können, jedoch nur dann, wenn der Verkehr gleichzeitig eine gegen die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus gerichtete politische Haltung zum Ausdruck gebracht hätte. Da die Beziehungen ihrer Mutter zu dem Polen allerdings reine Liebesbeziehungen darstellten, ging die Waise leer aus.

Doris L. hatte mehr Erfolg. Als Tochter eines jüdischen Arztes und sogenannter jüdischer Mischling ersten Grades war ihr während der NS-Herrschaft eine höhere Schulbildung verwehrt geblieben, sodass sie als rassistisch Verfolgte eine pauschale Entschädigung zur Nachholung ihrer Berufsausbildung erhielt. Der zuständige Sachbearbeiter unterstützte den Antrag sogar mit dem Bemerkung, dass die Schülerin nach ihrer sozialen Stellung einen Anspruch darauf habe, in die höhere Beamtenlaufbahn zu gelangen.

Ganz anders ging es Rudolf R. Nachdem er bereits 1946 als rassistisch Verfolgter anerkannt worden war, wurden wäh-

rend der Bearbeitung seines Wiedergutmachungsantrags Ende 1950 Probleme präjudiziert, wenn es im behördlichen Schriftverkehr heißt: *R. ist Ausländer und Zigeuner. Die Beschaffung der notwendigen Unterlagen stößt daher auf erhebliche Schwierigkeiten*, oder: *Sollte sich die Vermutung bestätigen, dass R. ein typisch asozialer Zigeuner ist, kann mit einer Wiedergutmachung nicht gerechnet werden.*

Im Herbst 1952 wurde Rudolf für seine sechsjährige KZ-Haft, in die er 1939 als 15-jähriger geraten war, trotzdem entschädigt. Bemerkenswert ist die Begründung, dass er *im Alter von 15 Jahren noch nicht als arbeitsscheu und asozial gewertet*

werden konnte und er deshalb wegen seiner Rasse benachteiligt worden ist. Genau dieses Argumentationsmuster wurde seiner älteren Schwester, die Jahre später einen eigenen Antrag stellte, zum Verhängnis. Das Landgericht Tübingen stellte in seiner Urteilsbegründung fest, dass ihr Antrag u. a. deshalb nicht zum Erfolg hätte führen können, weil die Klägerin nicht aus den Verfolgungsgründen des § 1 Bundesentschädigungsgesetz, sondern als *arbeitsscheue und asoziale Zigeunerin verhaftet* worden sei.

FRANZ-JOSEF ZIWES



Antisemitismus im Film

Umfragen mit Jugendlichen zum nationalsozialistischen Propagandafilm „Jud Süß“

Die Geschichte des Finanzberaters Herzogs Karl Alexander von Württemberg, Joseph Süß Oppenheimer, der wegen Beischlafs mit einer Nicht-Jüdin im Jahr 1738 in Stuttgart durch den Strang hingerichtet wurde, ist besonders im vergangenen Jahrhundert vielfach literarisch verarbeitet und für unterschiedliche Medien adaptiert worden. Den größten Bekanntheitsgrad erreichte jedoch der Terra-Spielfilm *Jud Süß* von Veit Harlan aus dem Jahr 1940. Als Auftragsprodukt der Goebbelschen Filmpolitik ging dieser in die Annalen der deutschen Filmgeschichte ein. Bis heute darf der Film in Deutschland nur unter strengen Auflagen gezeigt werden, gilt er doch als nationalsozialistisches Machwerk, das nicht nur die Schauspielkraft prominenter Namen wie Heinrich George, Werner Krauß, Ferdinand Marian und Kristina Söderbaum nutzte, sondern auch durch ideologiegeleitete Unterhaltungskunst und flächendeckende Verbreitung auf subtile Weise die antisemitische Hetze befeuerte. Die Resonanz in der zeitgenössischen Presse war überschwänglich: Ferdinand Marian alias *Jud Süß* galt

fortan als Inbegriff des lasterhaften und hintertriebenen Juden.

Bereits ein halbes Jahr nach der Premiere im Ufa-Palast Berlin am 24. September 1940 erfolgte eine Umfrage, die dezidiert auf den Filmgeschmack der Jugend abzielte. Unter Angabe persönlicher Daten galt es, den populärsten Jugendfilm zu wählen. *Jud Süß* erreichte unter den Stimmzetteln von 686 Jungen und 1.260 Mädchen der Hitler-Jugend lediglich Platz 33, wohingegen andere mit Ferdinand Marian besetzte Filme wie *Ohm Krüger* (Platz 6) und *Diesel* (Platz 11) weitaus besser abschnitten. Unter den abgelehnten Filmen belegte *Jud Süß* Platz 37.

Als Ende der 1970er Jahre die amerikanische Fernsehserie *Holocaust* in Deutschland die Debatten um einen adäquaten und gesellschaftlich tragfähigen Umgang mit dem Nationalsozialismus wiederbelebte, rückte bei den Berliner Medienwissenschaftlern um Friedrich Knilli die Frage nach aktuellen antisemitischen Tendenzen in der deutschen Gesellschaft in den Fokus. Es erfolgten standardisierte Fragebogenumfragen, Interviews

und Diskussionen mit Schulklassen, Studierenden und Filminteressierten, die nicht nur als *Anklage der gesellschaftlichen Missstände* dienen, sondern gleichsam Veränderungen im Umgang mit dem Massenmord anstoßen sollten. Nach den ersten, mit filmbegleitenden Zuschauerabenden verbundenen Umfragen, unter anderem mit in politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gruppierungen organisierten Jugendlichen, folgte eine intensive Beschäftigung mit der Thematik in Lehrveranstaltungen und weiterführenden Umfragen ab den 1980er Jahren. Diese zeigten, dass der Film *Jud Süß* über die Nachkriegszeit hinaus generationenübergreifend im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankert blieb und – trotz Kenntnis der Entstehungsumstände – keine deutliche Ablehnung des Filmes stattfand. Vielmehr drängte sich die Faszination für eine schauspielerische Leistung, die bereits 1940 die wahre Intention des Films wirkungsvoll übertünchen konnte, in den Vordergrund.

FRIEDERIKE WITEK

*Ferdinand Marian als „Jud Süß“ auf dem Titelblatt der Zeitschrift „Filmwelt“ vom 27.09.1940.
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 25 Bü 362*

Berlin, 27. September 1940 * Nummer 39

Filmwelt

DAS FILM- UND FOTO-MAGAZIN

„Im Scheinwerfer“
Ferdinand Marian

30
PF.



FERDINAND MARIAN

spielt die Titelrolle in dem
Veit Harlan-Film der Terra

„Jud Süß“

Spielleitung: Veit Harlan



Anzeige

Vermerk

Wenn in Einzelfall sich gegen ein derartiges Kleidungsstück in der Schule Bedenken ergeben sollten, so vermutlich nicht so sehr deshalb, weil es zu männlich wirkt, sondern umgekehrt, wenn es durch seinen Schnitt oder aus Gründen, die in der Person der Trägerin liegen, bei anderen in besonderem Maße zu Empfindungen führen könnte, die sich mit der Ordnung in der Schule nicht vertragen.

1

1 | Aktenvermerk vom 24.11.1955.
Vorlage: Landesarchiv StAF F 110/1 Nr. 115

2 | Das Bekleidungsstück des Anstoßes, aufgenommen von Willy Pragher in einem Pariser Park drei Monate vor dem Freiburger Hosenverbot: „Mädchen auf Bank vor Plastik“, 01.07.1955.
Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 040551

2



Wer hat (die) Hosen an?

Das Freiburger Oberschulamt und die „weibliche Würde“ anno 1955

Dass Kleidung nicht nur der eigenen Individualität Ausdruck zu verleihen vermag, sondern auch als gesellschaftspolitisches Statement gedeutet werden kann, ist weithin bekannt. Ob die Schülerinnen einer Freiburger Volksschule, die 1955 in Dreiviertelhosen zum Unterricht erschienen und damit die Schulleitung auf den Plan riefen, eine programmatische Agenda hatten, muss offen bleiben. Die verschiedenen Stellungnahmen zu diesem Vorfall sind indes ein anschauliches Beispiel für geschlechtsspezifische Rollenverständnisse und Moralvorstellungen jener Zeit, aber auch für die gesetzlich begrenzte Erziehungsgewalt der Schule.

Im Oktober 1955 wandte sich eine verunsicherte Mutter an die Schulbehörden: Die Schulleiterin (!) ihrer Tochter habe Mädchen wegen Sittenwidrigkeit verboten, in Dreiviertelhosen zur Schule zu kommen. Dabei sei doch die wärmende Wirkung derartiger Hosen gerade *im Entwicklungsalter* sehr wichtig und *leichtsinig und kokett* könnten Mädchen auch ohne Dreiviertelhosen sein. Abgesehen

davon, dass man auf das Hosenverbot selbst in ihrem (katholischen) Elisabethenverein ungläubig reagiert habe, könne eine einzelne Schule doch wohl kaum ein solches aussprechen.

Die zur Stellungnahme aufgeforderte Schulleiterin rechtfertigte sich mit einem Konferenzbeschluss: In der warmen Jahreszeit habe man Mädchen ab dem 4. Schuljahr das Tragen von Shorts und Dreiviertelhosen untersagt: *Wir gingen bei dem Verbot von der Auffassung aus, daß das Tragen von Hosen für Mädchen unweiblich sei und daß das Mädchen dadurch das Gefühl für seine weibliche Würde verliere. Ein Einschreiten gegen diese Unsitte sei Teil der erzieherischen Aufgabe der Schule.*

Das Oberschulamt beendete im folgenden Monat den Hosenstreit und führte zur Begründung vor allem den Artikel 6 des Grundgesetzes an: Letztlich stünden die Rechte der Eltern bei der Erziehung (und damit bei der Kleiderwahl) über denen der Schule. Überdies verstießen derartige Bekleidungsstücke *nicht gegen das allgemeine sittliche Empfinden* und

bedeuteten *keine Überschreitung der Grenzen des Anstands*. Die Kleidungsvorschrift sei damit unwirksam. So nüchtern diese Entscheidung begründet wurde, auch im Oberschulamt machte man sich Gedanken über die Moralfrage. In einem abschließenden Vermerk äußerte ein Mitarbeiter die Vermutung, es gehe vermutlich gar nicht darum, dass die Dreiviertelhosen zu männlich wirkten, sondern vielmehr zu weiblich und durch ihren *Schnitt oder aus Gründen, die in der Person der Trägerin liegen, bei anderen in besonderem Maße zu Empfindungen führen könnte[n], die sich mit der Ordnung in der Schule nicht vertragen*. In den 1950er Jahren führte die Kleiderfrage zu tiefschürfenden Moraldebatten. Wie die beteiligten Protagonisten des vorliegenden Falls auf die ein Jahrzehnt später einsetzenden rasanten Entwicklungen in der Gesellschaft, im Geschlechterverhältnis (und in der Mode) reagierten, ist bedauerlicherweise nicht überliefert.

CHRISTOF STRAUSS

Der erste Fall einer Kindesentführung in Deutschland

Im Jahr 1958 erschütterte ein spektakulärer Kriminalfall die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart. Erstmals überhaupt sah sich die Polizei in Deutschland mit einer Kindesentführung konfrontiert und musste fieberhaft Jagd auf den Erpresser machen.

Die Geschichte selbst ist rasch erzählt: Am 15. April 1958, einem Dienstag, spielte Joachim Göhner vor dem Elternhaus an der Löwenstraße in Stuttgart-Degerloch. Zum Mittagessen wollte der

Der Vater hatte das Geld nicht, die Stadt Stuttgart half aus. Zweimal ging der Textilvertreter zu einer geplanten Geldübergabe. Doch der Täter holte die 15.000 Mark nie ab – wohl aus Angst, gefasst zu werden. Sieben Tage nach der Entführung wurde die erdrosselte Leiche des Jungen im Haldenwald gefunden.

Am 30. April begann eine öffentliche Fahndung. Rundfunksender strahlten bundesweit den Mitschnitt eines Telefongesprächs mit dem Täter aus, die Polizei

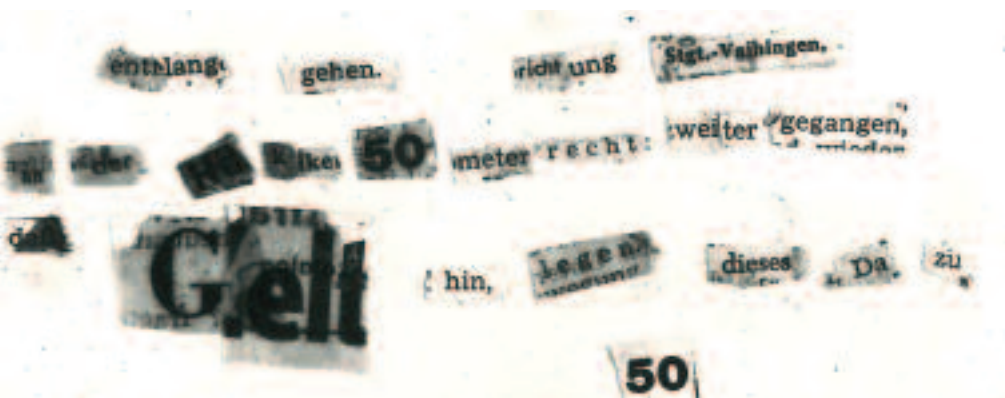


nach umgebracht. Weil er heiraten wollte, seine Geliebte aber erst eine finanzielle Sicherheit forderte, hätte er diese Tat begangen. Er entzog sich seiner Verantwortung und erhängte sich am 23. Mai 1958 mit einem Gürtel in seiner Zelle am Charlottenplatz. Der Fall war bis dato einzigartig in Deutschland, die Polizei stand deshalb völlig unvorbereitet vor diesem neuen Phänomen der Kriminalität, das man bislang nur aus den USA kannte.

Der Fall war Grundlage des Stahlnetzkrimis *Rehe*, der unter der Regie von Jürgen Roland (Drehbuch von Wolfgang Menge) im Jahr 1964 erstmals von der ARD ausgestrahlt wurde.

Die im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren entstandenen Akten der Stuttgarter Kriminalpolizei (StAL EL 51/3 Bü 179) und der dortigen Staatsanwaltschaft (StAL EL 317 V Bü 71), die neben den Verhörprotokollen, einer Lichtbildmappe und der Pressedokumentation auch die während der Verhöre des Täters angefertigten Tonbandmitschnitte (StAL EL 51/3 D 070087/101–103) enthalten, sind vor kurzem an das Staatsarchiv Ludwigsburg abgegeben worden und können dort im Rahmen der archivgesetzlichen Bestimmungen eingesehen werden. Sie geben nicht nur minutiös über den Verlauf der Fahndung Auskunft, sondern ermöglichen auch detaillierte Einblicke in die Alltagswelt unterschiedlicher sozialer Milieus während der Wirtschaftswunderjahre.

MARTIN HÄUSSERMANN



Siebenjährige wieder zurück sein, doch das Kind kam nicht heim. Am Abend ging der Vater, ein 56 Jahre alter Textilvertreter, zur Polizei und gab eine Vermisstenanzeige auf. Die Beamten begannen sofort mit der Suche, befragten Nachbarn und fahndeten nach der geschiedenen Ehefrau, die die Polizei zuerst verdächtigte. Erst zwei Tage später um Mitternacht meldete sich der Entführer, die Polizei schnitt diesen Anruf mit. Er forderte 15.000 Mark Lösegeld und für jeden Tag Verzögerung weitere 5.000 Mark.

bat um Zeugenhinweise. Viele Menschen meldeten sich. Darunter waren auch sechs Zeugen, die einen Gärtner aus Stuttgart ins Gespräch brachten: Emil Tillmann. Bei der Durchsuchung seines Hauses fand die Polizei unter anderem Schnüre, die zu denen passten, mit denen Joachim Göhner erdrosselt worden war. Tillman kam in Untersuchungshaft. Er legte ein umfassendes Geständnis ab: Ja, er habe das Kind mit dem Versprechen, ihm im nahen Haldenwald ein Reh zeigen zu wollen, entführt und da-



1 | Die Beisetzung von Joachim Göhner.
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 51/3 Bü 179

2 | Erpresserbrief.
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 51/3 Bü 179

3 | Erkennungsdienstliche Aufnahmen des Entführers Emil Tillmann.
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 51/3 Bü 179

Nach eigenen Ermittlungen nennt AWO-Bezirksvorstand Vorwurf der Unterschlagung im Kinderheim „haltlos“

Heimleiter ist von Erziehungsaufgaben freigestellt Jungnauer Kinder belasten jetzt die Praktikanten

Von unserem Redaktionsmitglied

SIGMARINGEN (bei) - Von den „erzieherischen Aufgaben freigestellt“ wurde jetzt der Heimleiter des Kinderheims der Arbeiterwohlfahrt im Sigmaringer Teilort Jungnau. In einer Erklärung des Bezirksverbandes der AWO Südwürttemberg-Hohenzollern weist dessen Vorsitzender Hans Füg darauf hin, daß das Angestelltenverhältnis mit dem Heimleiter im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst wurde. Beim Mann waren — wie ausführlich berichtet — in einer Dokumentation ehemalige Mitarbeiter die Vorwürfe gemacht worden, einige seiner Schützlinge immer wieder geschlagen, mit Alkohol versetzt und sie sexuell belästigt zu haben. Eine weitere Konsequenz: Nachdem das Heim über Monate hinweg erheblich überbesetzt war, wurde die Besetzungszahl vom Landesjugendamt „vorläufig“ reduziert. Nur noch 12 Kinder dürfen in Jungnau betreut werden.

Zu dem Beschluß des Bezirksvorstandes, sich von dem durch ehemalige Mitarbeiter schwer belasteten Heimleiter der AWO in Jungnau zu trennen, erklärt der Bezirksvorsitzende Füg jetzt, daß eine Sitzung der Vorstandemittelglieder früher nicht zustande gekommen sei, weil Füg einen Unfall hatte. Aber auch in der Sitzung des Bezirksvorstandes, die Ende Dezember stattfand, sah sich der Vorstand außerstande, zu den einzelnen Behauptungen in der Dokumentation von Mitarbeitern Stellung zu nehmen. Dazu heißt es in einer Erklärung Fügs, der Bezirksvorstand wolle den staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht vorgreifen.

Trotzdem erklärt der Bezirksverband schon jetzt: „Die behaupteten Mißstände stehen zum großen Teil auf haltlosen Behauptungen, Lügen oder zumindest weit-

gehend erstellten Darstellungen und unqualifizierten Wertungen.“ So habe sich insbesondere der massive Vorwurf der Unterschlagung öffentlicher Gelder durch den Heimleiter als haltlos erwiesen. Hans Füg: „Der vom AWO-Bundesverband mit einer Überprüfung beauftragte Revisor kommt in seinem Prüfungsbericht zu dem Ergebnis, daß sich den getroffenen Feststellungen der erhobene Vorwurf der Unterschlagung nicht den Tatsachen entspricht.“ Auch sei festgestellt worden, daß sowohl im Kinderheim Jungnau Überschüsse erwirtschaftet worden sind, diese ordnungsgemäß ausgegeben und dem Heim im Rahmen seiner Zweckbestimmung wieder zugeführt wurden.

Bei seinen Ermittlungen zu den schweren Vorwürfen hat der Bezirksverband —

nach Absprache mit dem Landesjugendamt — die betroffenen Kinder nicht einbezogen. Dennoch haben die Kinder — wie Bezirksvorsitzender Füg darstellt, „aus Empörung“ — Informationen gesammelt, die nicht nur manche Vorwürfe entkräften, sondern auch die Verfasser der Dokumentation, Praktikanten und Mitarbeiter in Jungnau, „zum Teil auf schwerer“ belasten sollen. Welche Gegen-Vorwürfe von den Kindern vorgebracht werden sind, wird in der Erklärung des Bezirksvorstandes nicht deutlich. Doch hat sich der Vorstand vorbehalten, „die zur Wiederherstellung des Ansehens der Arbeiterwohlfahrt geeigneten Maßnahmen zu ergreifen“.

Im übrigen sind die Mitglieder des Bezirksvorstandes der Auffassung, die Untersucher der Dokumentation hätten wohl nur das Ziel verfolgt, die Weiterbeschäftigung des pädagogischen Leiters zu erschweren, der jedoch nach Ablauf der Probezeit nicht weiterbeschäftigt wurde. Es sei nämlich bezeichnend, daß die massiven Vorwürfe und die in der Dokumentation behaupteten Mißstände in Jungnau nicht schon viel früher gemeldet worden seien. So sind all die Vorwürfe nach Auffassung des Bezirksvorstandes „lediglich“ eine Reaktion auf die Entlassung des Pädagogen, nicht jedoch Ausdruck einer das Wohl der im Heim untergebrachten Kinder berücksichtigenden Interessenwahrnehmung.“

Schwäbische Zeitung Ausgabe Nr. 286 vom 10.12.76

Heimleiter hat für Ruhe und Ordnung gesorgt

In unserem Bericht „Dokumentation für die Pflegekinder Biber und Fyglot“ — und die Überschrift für die Kasse des Verbandes (SZ 1006 28. November)

Ich bin Lehrerin in Jungnau und komme seit dreieinhalb Jahren häufig — ausgenommen die Ferien und Wochenenden — für zwei bis drei Stunden ins Kinderheim, wo ich den Kindern bei den Schularbeiten helfe und am gemeinsamen Mittagessen teilnehme. Als ich die Dokumentation gelesen hatte, wunderte ich mich sehr über viele Dinge, die sich dort ereignet haben sollten, wovon mir in dieser langen Zeit doch gewiß etwas hätte zu Ohren kommen müssen.

Zu dem Punkt „Schläge als probates Erziehungsmittel“ kann ich aus eigenen Beobachtungen nur soviel sagen, daß der Heimleiter alle Vorkommnisse mit einer großen Geduld behandelt hat und ihm nicht mehr und nicht weniger die Hand ausgestreckt ist, als es manchem anderen Betreuer, der dort gearbeitet hat und heute auf der Seite der Leute steht, die deswegen den Heimleiter anklagen. Auch habe ich es kein einziges Mal erlebt, daß vor „verarmte Mannschaften“ am Personalakten einzelner Kinder vorgelesen wurde.

Wären diese Dinge, die in der Dokumentation dem Heimleiter vorgeworfen werden, im Kinderheim an der Tagesordnung, so wären doch wohl die Kinder die ersten, die so etwas schnell verbreiteten und an die Öffentlichkeit brachten, denn die Kinder, die unsere Schule besuchen und mit denen ich täglich im Heim zusammentreffe, erzählen mir ständig genau, was sich im Heim so alles ereignet.

Eigenartig ist es auch, daß erst, nachdem dreieinhalb Jahre seit Bestehen dieses Heimes sich niemand über irgend etwas zu beklagen hatte, frühere Mitarbeiter wütend diese angeblichen „Mißstände“ hingeworfen haben, die beiden namentlich bekannten Verfasser der Dokumentation, zwei Studenten, die ein halbes Jahr Praktikanten absolvierten, bereits seit einem halben Jahr nicht mehr im Heim arbeiteten und der pädagogische Leiter entgegen seinen Vorstellungen nicht mehr weiterbeschäftigt wurde, diese Dokumentation mit all ihren Vorwürfen erschrieben ist.

Aus schulischer Sicht möchte ich zu diesem Thema auch noch etwas hinzufügen. Als im Frühjahr und Sommer dieser pädagogische Leiter zusammen mit dem Betreuer, die sich nun gegen den jetzigen Heimleiter stellen, die Erziehung der Kinder fast ausschließlich in der Hand hatten und somit wohl jegliche pädagogische Freiheit besaßen, begannen für uns in der Schule große Schwierigkeiten. Die Kinder wurden frech und aufässig, jeder zweite Satz war: „Ich kann tun, was ich will, Sie haben mir nichts zu sagen!“, die Schule wurde geschwänzt und mehrere Male liefen die Kinder aus dem Heim davon.

Ich stelle mir hier nun die Frage, welche Erziehungsmethode wohl die bessere ist, diejenige des jetzigen Heimleiters, bei der es nie besondere Schwierigkeiten gab und im Heim Ruhe und

Ordnung herrschen, oder diejenige der Gegenseite, mit welcher die Kinder so einer — aus meiner Sicht gesehen — falsch verstandenen Freiheit geführt wurden.

Sybilie Brochmann, Sigmaringen

1 | Zeitungsausschnitt aus einer Aufsichtsakte, in der zahlreiche Mißstände im Heim Jungnau dokumentiert und kritisiert werden. Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 66/4, Nr. 340

2 | Die Interessen der Kinder geraten in den Hintergrund, wenn „Ruhe und Ordnung“ zur Verteidigung eines Heimleiters gelobt werden, dessen Methoden massiv in der Kritik standen (1967). Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 66/4, Nr. 340

Erziehung im Kinderheim – Eine Suche zwischen den Zeilen

Die Liebe eines Jungen ging zu allen Zeiten durch den Magen. Deshalb kommt der Küche im Heim besondere Bedeutung zu.

Dieses Zitat von 1959 erweckt den Eindruck einer von Liebe geprägten Erziehung. Und tatsächlich wird in dem Bericht aus dem Lehrlingsheim in der Danneckerstraße in Stuttgart beschrieben: *Die pädagogische Arbeit hier im Heim verlagert sich mehr und mehr auf das persönliche Gespräch, auf das Zeithaben und Anhören.*

Berichte aus der Heimerziehung geben Aufschluss darüber, wie in der Nachkriegszeit über Erziehung nachgedacht wurde und welche Vorstellungen über Kinder und Jugendliche dahinter standen. Dies spielt nicht nur für die Erziehung in Einrichtungen der Erziehungshilfe eine Rolle: In der Forschung zu Heimerziehung wurde deutlich, dass sich gesellschaftliche Vorstellungen in Bezug auf Erziehungsmethoden in den meisten Elternhäusern erst ab Mitte der 1960er Jahre langsam veränderten. Solche liebevollen Positionen – wie eingangs geschildert – sind allerdings mit Vorsicht zu ge-

nießen. Einerseits sprechen die Erfahrungen sehr vieler ehemaliger Heimkinder eine andere Sprache, andererseits sprechen aus eben diesen Texten auch Vorstellungen, die erklären, warum deren Erfahrungen häufig so negativ waren. Eine davon ist die große Bedeutung von Autorität. Eine andere der von Skepsis geprägte Blick auf Kinder und Jugendliche.

Für das genannte Lehrlingsheim in der Danneckerstraße in Stuttgart wird 1959 das Ziel formuliert, die *Not der Jugend [...] zu steuern*, u. a. indem den *mitformenden Kräften und Mächten* [Fernsehen] *im Blick auf die Jungen mitunter Grenzen* gesetzt werden. Die Jugendlichen sollen lernen, zwischen *gut* und *weniger gut* zu unterscheiden. Die Betonung liegt dabei nicht auf den Fähigkeiten der Jugendlichen. Eher wird befürchtet, dass die Jugendlichen dem *Einfluss der Strafe schlechthin erliegen würden*. Der Wunsch, die Kinder *anzuleiten*, ist sicher nicht nur in der Nachkriegszeit zu finden. Was für diese Zeit allerdings auffällt, ist wie häufig Kinder als störend wahrgenommen werden. In einem Bericht über das Kin-

derheim Marxzell heißt es 1953: Manche seien *unehelicke Kinder und daher zu Hause „überflüssig“*. Trotz der Anführungszeichen wird die Annahme, dass uneheliche Kinder weniger wert sind, nicht hinterfragt.

Um im Heimalltag *Ruhe und Ordnung* zu erreichen, spielte Autorität, unhinterfragt positiv besetzt, eine entscheidende Rolle: *Leider hat das Durchschnitts-Elternhaus immer noch nicht zu der Autorität zurückgefunden, die ihm von Gott her verliehen ist und darum auch angewendet werden sollte*, heißt es ebenfalls aus dem Lehrlingsheim in der Danneckerstraße. Dies führt uns zurück zu der eingangs erwähnten Liebe: *Jungen wollen heute eine grosse Wegstrecke begleitet sein, um das anzunehmen, was für sie gut ist. Ein andernmal [sic!] muss man freilich auch die „gesalzene Liebe“ sprechen lassen*. Bei so viel Direktheit müssen zu der Frage, ob zu Autorität auch Gewalt gehörte, keine ZeitzeugInnen mehr gehört werden.

NORA WOHLFARTH



Faltblatt „Jugendwohnheim des evangelischen Jungmännerwerks“.

Vorlage: Landeskirchliches Archiv Stuttgart K24 Nr. 940

Weiterführender Literaturhinweis:
 Expertise für den Runden Tisch „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“.
 Erziehungsvorstellungen in der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre – Maßstäbe für angemessenes Erziehungsverhalten und für Grenzen ausgeübter Erziehungs- und Anstaltsgewalt. Vorgelegt von:
 Prof. Dr. Carola Kuhlmann, Bochum
 31.05.2010. http://www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/RTH_Expertise_Erziehungsvorstellungen.pdf



Das Oberrheinische Adelsarchiv im Staatsarchiv Freiburg

Karolingisches Handschriftenfragment ältestes Dokument der Archivabteilung

Nach langen Verhandlungen ist es dem Landesarchiv Baden-Württemberg gelungen, den Ankauf des bisher im Schloss Ebnet (Freiburg-Ebnet) verwahrten Gayling von Altheim'schen Gesamtarchivs erfolgreich abzuschließen. Das Archiv, das einen Gesamtumfang von rund 160 lfd. Metern umfasst, darunter mehrere tausend Urkunden, setzt sich aus einer großen Anzahl verschiedener Archive, Nachlässe und Sammlungen zusammen, die vor allem auf Herrschaften im Oberrheingebiet rechts und links des Rheins zurückgehen. Der bisherige Eigentümer Nikolaus von Gayling-Westphal hat seit Jahrzehnten Archive regionaler Adelsfamilien auch käuflich übernommen, um diese schriftliche Überlieferung zu sichern. So ist in Ansätzen ein Zentralarchiv des oberrheinischen Adels entstanden. An überregional bedeutsamen Beständen sind neben dem Gayling-Archiv in erster Linie die Archive Fleckenstein, von Roggenbach und von Landenberg zu nennen. Darunter befindet sich auch ein karolingisches Handschriftenfragment (Sermones des Augustus) aus dem 8./9. Jahrhundert, das das älteste Dokument des Staatsarchivs Freiburg ist. Teil des Archivs ist aber auch die *Oberrheinische Bildnis-sammlung*, in der eine beeindruckende Reihe von Adelsportraits dokumentiert ist, die z. T. aufgrund von Kriegsverlusten

nicht mehr im Original existieren. Das Westphal-Archiv gibt Einblick in eine berühmte Hamburger Kaufmannsfamilie und mit den Nachlässen des Vaters und Großvaters des bisherigen Eigentümers Otto Westphal (u. a. Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für Immunbiologie in Freiburg) sowie Wilhelm Heinrich Westphal (Physiker, Professor an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin) auch in die Wissenschaft.

Im Staatsarchiv Freiburg steht das *Oberrheinische Adelsarchiv*, das schon früh den Blick der Wissenschaft auf sich gezogen hat, nunmehr der Forschung und Öffentlichkeit zur Verfügung. Um die Zugänglichkeit weiter zu erleichtern, wird ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit im Staatsarchiv auf der tieferen Erschließung des Oberrheinischen Adelsarchivs liegen. Ziel ist es dabei, einen ersten Teil der Unterlagen auch möglichst rasch im Internet zugänglich zu machen. Die überregionale Bedeutung des Archivs wird dadurch unterstrichen, dass sowohl die Kulturstiftung der Länder als auch die Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Mittel für den Ankauf zur Verfügung gestellt haben.

KURT HOCHSTUHL

1 | Dr. Kurt Hochstuhl erhält von Nikolaus Freiherrn von Gayling den letzten Karton.
Aufnahme: Landesarchiv StAF, Peter Böcherer

2 | Karolingisches Handschriftenfragment (Sermones des Augustus) aus dem 8./9. Jahrhundert.
Vorlage: Landesarchiv StAF T100



1

Wertvoller Wand- und Deckenaufriß zum Neuen Schloss entdeckt

Welcher Archivar träumt nicht davon, ein bedeutendes, bisher unbekanntes Objekt zu entdecken? Vor Kurzem gelang im Hauptstaatsarchiv Stuttgart ein solcher Fund. Bei der Erschließung des Bestandes Q 2/43 (Nachlässe von Vater und Sohn Carl Friedrich Beisbarth) fand sich eine teilweise lavierte Federzeichnung in Grau auf Bleistift in hervorragender Qualität zu einem herrschaftlichen Raum im Stil des frühen Klassizismus. Die Zeichnung zeigt einen Entwurf für vier Wandaufrisse und ein allegorisches Deckengemälde, das wahrscheinlich die Vertreibung der Unwissenheit und Finsternis durch die Aufklärung darstellt. Auf einer der Wände sind die Fenster und ein Trumeauspiegel über einem Konsoltisch zu sehen, auf den anderen drei Wandaufrißen sind wahrscheinlich Reliefs mit allegorischen Darstellungen von drei der römischen Tugenden und der Kardinaltugenden zu erkennen: die Fortitudo (Tapferkeit) mit den Attributen Rüstung, Löwe und Säule, die Caritas (Liebe), erkennbar an den Kindern, und schließlich die Justitia (Gerechtigkeit) mit der Waage und den verbundenen Augen. Zwischen den Reliefs sind Pilaster mit dorischen Kapitellen und Festons (Blumengirlanden) eingezeichnet.

Natürlich stellte sich sofort die Frage nach dem Künstler und dem Schloss, für

das der Entwurf bestimmt war. Hier half die Kontaktaufnahme mit der Grafischen Sammlung der Staatsgalerie Stuttgart und dem Landesmuseum Württemberg. Durch Vergleich mit signierten Stücken in der Staatsgalerie konnte als Künstler der bekannte Architekt und Hofbaumeister Reinhard Ferdinand Heinrich Fischer (1746–1813) ermittelt werden. Für Fischer spricht auch die Tatsache, dass er in allen drei Künsten bewandert war; er war Architekt und Schüler des Architekten Philippe de La Guépière. Zusätzlich absolvierte er Ausbildungen als Maler und als Bildhauer bei Nicolas Guibal und J. C. W. Beyer. Zeitlich ließ sich die Zeichnung in die 1770er Jahre einordnen, als Fischer am Neuen Schloss baute. Tatsächlich konnte auch mithilfe des Grundrisses vom Neuen Schloss, der von Fischer stammt und im Landesmuseum Württemberg verwahrt wird, der Raum in der Enfilade (Zimmerflucht) des Neuen Schlosses zugeordnet werden. Es handelt sich sehr wahrscheinlich um das Arbeitszimmer Herzog Carl Eugens von Württemberg. Für diesen Raum spricht auch das Bildprogramm an der Decke und an den Wänden, das die typischen Tugenden eines aufgeklärten Herrschers präsentiert.

EBERHARD MERK

1 | Ausschnitt mit der Justitia, gekennzeichnet durch die Waage in der linken Hand. Bemerkenswert ist, dass ihre Augen nicht – wie sonst üblich – mit einer Augenbinde verbunden sind, sondern ihr Blick sich auf den linken Putto mit dem Richtschwert richtet. Der rechte Putto hält in der Hand ein Fascis, also ein Rutenbündel mit Beil, wie es die römischen Liktores trugen. Richtschwert und Fascis stehen als Symbole für die Durchsetzung des Rechtes mit Gewalt. Die Darstellung drückt wohl das Herrscher- und Rechtsverständnis Herzog Carl Eugens aus. Vorlage: Landesarchiv HStAS Q 2/43 Bü 92

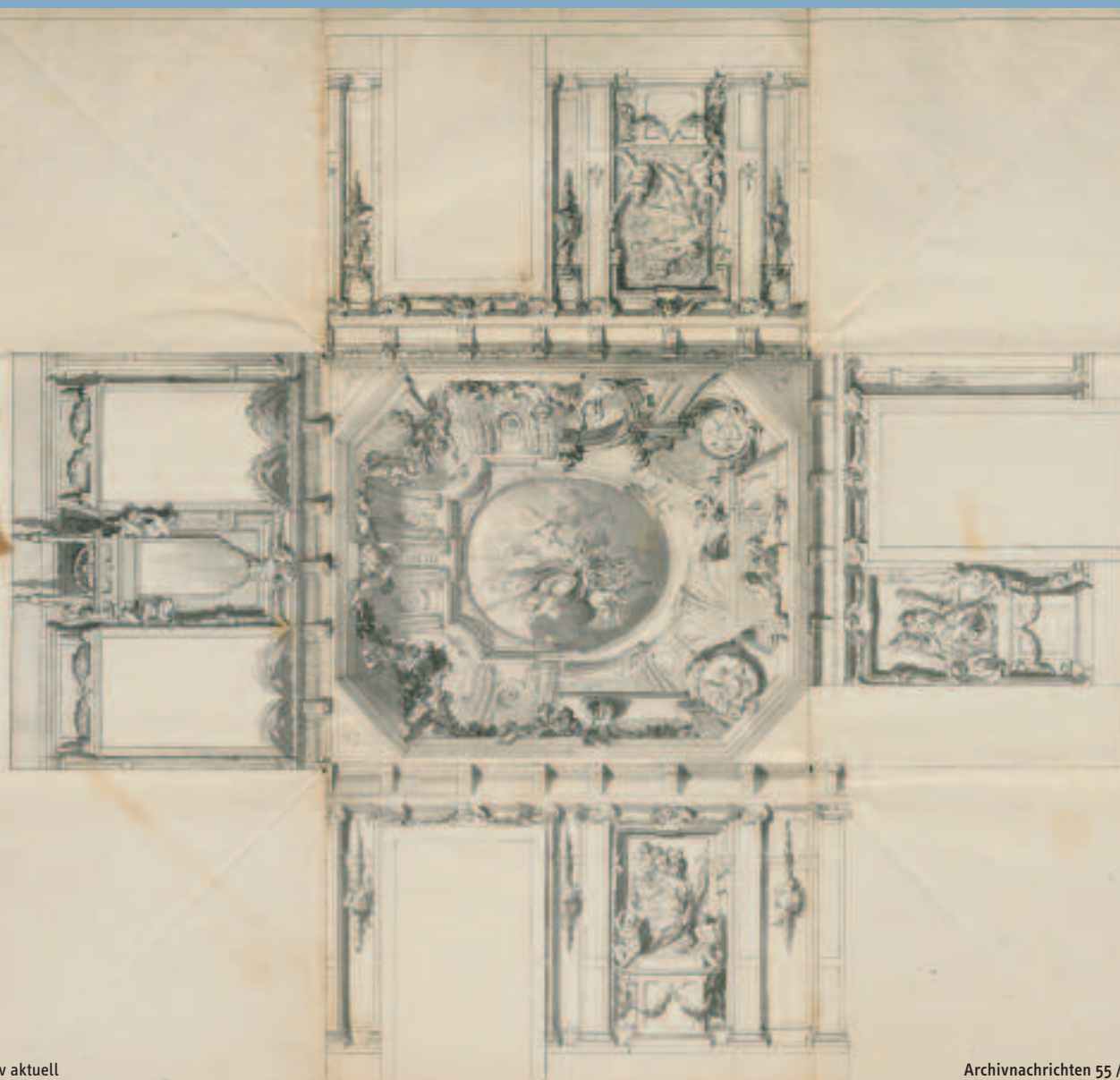
2 | Der Architekt Reinhard Ferdinand Heinrich Fischer mit seiner Ehefrau Juliane (geb. Bilfinger) und den Kindern Ferdinand, Franziska Wilhelmine Luise, Henrike Franziska Charlotte und Charlotte Juliane Franziska (1778–1826). Letztgenannte, die auf dem Bild strickt, wurde später die zweite Ehefrau des Malers Philipp Friedrich von Hetsch, der dieses Ölgemälde 1788 schuf. Vorlage: Staatsgalerie Stuttgart Inv.Nr. 1790

3 | Gesamtdarstellung der Wandaufrisse und des Deckengemäldes für das Arbeitszimmer von Herzog Carl Eugen von Württemberg im Neuen Schloss von Reinhard Ferdinand Heinrich Fischer, Feder in Grau auf Bleistift, teilweise laviert, 1770er Jahre. Vorlage: Landesarchiv HStAS Q 2/43 Bü 92



2

3



„Man muss wie beim Schlittschuhlaufen einige Übung haben“

Wie Zeitgenossen die ersten Fahrversuche des Freiherrn von Drais 1817 erlebten



2017 fährt alle Welt auf das Zweirad ab. Kein Wunder, feiert das Fahrrad doch seinen 200. Geburtstag. Auch die Heimmattage Baden-Württemberg 2017, die in Karlsruhe stattfinden, stehen ganz im Zeichen der wegweisenden Erfindung des badischen Freiherrn von Drais. Wie dessen Zeitgenossen auf den Erfinder und seine ungewohnte Art der Fortbewegung reagierten, verdeutlicht eine bislang unbekannte Quelle aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe.

1817 berichtete Friedrich Ludwig Hoffmeister (1773–1853) dem Professor der Rechte an der Universität Heidelberg Johann Ludwig Klüber (1762–1837) über ein Erlebnis der besonderen Art. Der Mathematiker, Astronom und Kartograph war Augenzeuge geworden, wie Karl Drais sein *neues Fuhrwerk im Schloss* in Mannheim vorführte – ein Versuch, der sehr gut ausfiel. Diese Präsentation fand exakt in dem Jahr statt, in dem Drais im Juni und Juli seine Ausfahrten von Mannheim in Richtung Schwetzingen

und von Gernsbach nach Baden-Baden unternahm.

Hoffmeister legte seinem Bericht eine handgezeichnete Skizze bei, die das Drais'sche Laufrad exakt beschreibt. Die Räder seien 27 Zoll hoch, über ihnen liege eine Stange, auf der man reitet. Bemerkenswert ist, mit welchen Begriffen der Augenzeuge die Draisinefahrt charakterisierte. Ihn erinnerte der fortschrittliche Drais'sche Lauf an die damals bekannten Formen, sich rasch fortzubewegen. Neben dem Reiten verglich er das etwas un gelenk anmutende Anschieben des Velozipeds mit dem Eislaufen: Mit den Füßen tritt man also wie beim Schlittschuhlaufen und zieht sie dann in die Höhe, wo es [das Laufrad] 10 bis 12 Schritte fortrollt.

Aufschlussreich sind zwei weitere Aspekte. Zum einen schildert Hoffmeister die jedem Fahranfänger bekannte Angst, beim Radeln umzufallen, wenn man nicht wenigstens mit einem Bein den Boden berührt: Wegen der schmalen

Grundfläche [muss man] wie beim Schlittschuhlaufen einige Übung haben, um das Gleichgewicht zu halten. Zum anderen weist sein Bericht auf ein Phänomen hin, das Jahre später bei den ersten Eisenbahnfahrten die Menschen umtrieb: den Rausch der Geschwindigkeit. Denn Drais soll so geschwind auf den Platten und den Gängen des Schlosses in Mannheim davon gerollt sein, dass Hoffmeister es kaum aushalten konnte [...] nebenher zu laufen.

Die atemberaubende Fortbewegung fand noch bei der Vorführung spontane Nachahmer. Ein Dutzend Offiziere, die im Schlosshof Exerzierübungen abhielten, machte größtenteils auch den Versuch mit.

PETER EXNER

Ein echter Fortschritt: das Drais'sche Laufrad von 1817.

Vorlage: Landesarchiv GLAK N Klüber Nr. 209

Von Banjul nach Stuttgart

Gespräch mit dem gambischen
Records Manager und Archivar
Omar Kujabi



Seit mehreren Jahren kommen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung und auf der Suche nach einer neuen Lebensperspektive nach Deutschland. Omar Kujabi (29) ist einer von ihnen. Im November 2015 verließ er für eine Geschäftsreise sein Heimatland Gambia, ohne zu ahnen, dass es ein Abschied auf unbestimmte Zeit sein würde. Freunde warnten ihn vor einer Rückkehr, da er mit seiner Verhaftung rechnen müsse. Eine Bedrohung, die für nicht wenige seiner Landsleute bereits Realität geworden war. Omar Kujabi beantragte Asyl in Deutschland und lebt seit 2016 in Stuttgart. Von März bis Mai 2017 war er für Verpackungsarbeiten am Hauptstaatsarchiv Stuttgart beschäftigt, wo er im Anschluss ein Praktikum absolvierte.

Herr Kujabi, Sie haben ein einmonatiges Praktikum im Hauptstaatsarchiv Stuttgart absolviert. Wie kam es dazu?

Ich lernte Dr. Regina Grünert im Weltladen an der Planie kennen. Wir unterhielten uns und sie fragte mich nach meinem Beruf. Ich erzählte ihr, dass ich bisher als *Records and Archives Manager* gearbeitet hatte, woraufhin sie mir sagte, dass sie als Archivarin im Hauptstaatsarchiv Stuttgart arbeite. So fing alles an.

Wo arbeiteten Sie als *Records Manager*?

Nachdem ich die Schule beendet hatte, begann ich als Mitarbeiter in der Schriftgutverwaltung zu arbeiten. Danach machte ich Karriere und stieg bis zur Position eines *Senior Records Manager* im National Records Service in Banjul auf. Dort war ich von Januar 2010 bis Oktober 2015 tätig.

Welche Tätigkeiten gingen damit einher?

Als Dozent der *Current Records Division* war eine meiner Hauptaufgaben die Schulung von Personal im Bereich Schriftgutverwaltung und Archivierung. Aber nicht nur für den Öffentlichen Dienst, sondern auch für privatwirtschaftliche Einrichtungen wie Banken und Versicherungen und den Sicherheitssektor, d. h. Polizei, Feuerwehr und Militär. Zu meinen Aufgaben gehörte auch die Durchführung von Auffrischkursen für langjährige Mitarbeiter sowie die Aufsicht und Überprüfung der Mitarbeiter der Schriftgutverwaltung im gesamten Öffentlichen Dienst und in den gambischen Botschaften im Ausland. Ein weiteres Tätigkeitsfeld betraf die Ausbildung von Personal für die Archivverwaltung Gambias, die auch dem National Records Service zugeordnet ist. Zudem half ich Forschern, die ins Archiv kamen, beim Auffinden von Informationen.

Um den Aufgaben des *Records and Archives Managements* gleichzeitig nachkommen zu können, war Multitasking und große Flexibilität erforderlich. Ich würde mich nicht als Experten bezeichnen, aber ich verfüge über Fachwissen, wie Schriftgutverwaltung und Archivierung funktionieren und betrieben werden sollten.

Bei welchen Aufgaben wurden Sie im Hauptstaatsarchiv eingesetzt?

Meine Hauptaufgabe war die elektronische Erfassung und Digitalisierung der OMGUS-Akten. Das sind Akten, die von der amerikanischen Militärregierung in der Besatzungszeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs angelegt worden sind. Bisher können sie nur über Mikrofilm

recherchiert werden. Ich habe einen Teil dieser Unterlagen bearbeitet, sodass sie von Archivnutzern leichter durchsucht werden können. Hier konnte ich meine Englischkenntnisse gut einbringen. Außerdem habe ich die Arbeit in einem deutschen Archiv kennengelernt. Ich wurde vor allem im Bereich der Nutzung eingesetzt, wie z. B. im Lesesaal- und Magazindienst. Auch habe ich Repro-Aufträge ausgeführt und bei der fachgerechten Verpackung und Lagerung von Archivgut geholfen.

Was erhoffen Sie sich für Ihre weitere Zukunft?

Oh, das ist eine gute Frage. Ich habe einen großen Traum. Ich sehe meine Zukunft in Deutschland im *Records and Archives Management*, dem Bereich, in dem ich auch bisher beruflich tätig war. Zuerst möchte ich noch intensiver Deutsch lernen, um in der Lage zu sein, besser zu kommunizieren. Außerdem möchte ich, wenn möglich, eine archivfachliche Ausbildung machen. Denn ich liebe meinen Beruf und möchte ihn weiter ausüben. Und wenn ich diese Ausbildung beendet haben werde, würde ich gerne in einer Institution arbeiten, die mir das ermöglicht. Das ist mein Plan, das ist mein Ziel, und ich freue mich darauf, es in der Zukunft zu erreichen.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen von

REGINA GRÜNERT

Omar Kujabi im Gespräch mit Regina Grünert.
Aufnahme: Landesarchiv HStAS, Marcella Müller

Archivbestände aus Salem online



Johann Volk, Plan der Petershausener Schanzen bei Konstanz, 1807. Der Plan zeigt das Terrain der ehemaligen Reichsabtei Petershausen vor dem Abbruch: Noch steht die Klosterkirche und wird die kleine Klostersiedlung begrenzt von den Festungsanlagen des 17. Jahrhunderts. Von Südosten drängt aber bereits die Indienne-Fabrik Hirn & Vogler auf das Festungsgelände. Wenige Jahre später wird der Verkauf der Flächen im großen Stil einsetzen.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 69 Baden, Salem-6 Nr. 221

Was haben eine Urkunde des Klosters Kirschgarten bei Worms über einen rechtsrheinischen Hof von 1422, ein Plan der Rebhänge bei Durbach in der Ortenau und ein Mietvertrag der Malerin Marie Ellenrieder über ein Atelier für ihre großen Altarbilder in Konstanz-Petershausen gemeinsam? Was reichlich zusammenhanglos aussieht, spiegelt einen badischen Makrokosmos der besonderen Art: Alle diese Liegenschaften gehörten einmal zum Bodensee-Fideikommiss, der Vermögensgrundlage der jüngeren badischen Prinzen. Der Besitz der großherzoglichen Familie selbst wurde von der Generalintendanz der Civilliste verwaltet – ihre Archivalien sind im Generallandesarchiv Karlsruhe seit Langem zentrale Quellen zur Geschichte des Hauses Baden. Die *Großherzoglich-markgräfliche Domänenkanzlei*, die das Vermögen der anderen Prinzessinnen und Prinzen des Hauses Baden in ihrer Obhut hatte, residierte ebenfalls in Karlsruhe, ihr Wirken ist aber bisher fast unbekannt. Dabei besaß sie ein eigenes Archiv, beaufsichtigte große und kleine Rentämter in Nordbaden und am Bodensee und führte

eigene Kassen für die nichtregierenden Prinzen. Seit dem Tod der letzten Großherzogin Hilda 1952 konzentrierte sich die Schriftgutverwaltung des Gesamthauses in Salem. Fürstliche Nachlässe kamen dazu – über die großen Korrespondenzen der Großherzogin Luise und des Prinzen Max wurde schon berichtet (Archivnachrichten Nr. 52, März 2016), bisher verschollen geglaubte Akten des Karlsruher Hofbauamts waren hier eingegliedert worden, auch nicht wenige Wirtschaftsakten und Pläne aus den säkularisierten Klöstern Salem und Petershausen lagerten noch in Salem und nicht zuletzt waren auch Teile des Nachlasses von Kurt Hahn, dem Salemer Schulleiter, im Markgräflichen Archiv verwahrt worden, wahrscheinlich zum Schutz vor der Gestapo: alles in allem über 600 lfd. Meter verschiedenster Provenienz.

In einem groß angelegten Projekt des Hauses Baden und des Landesarchivs, finanziert durch die Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg, wurde diese Überlieferung 2012/2014 im Generallandesarchiv Karlsruhe deponiert und seitdem neu erschlossen. Die Leitung lag beim

Verfasser, Hilfskräfte und immer wieder auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer standen ihm zur Seite. Dieses Projekt ist nun zu Ende gegangen. Von den ca. 30.000 Titelaufnahmen sind die meisten online zugänglich, ein Rest wird nach und nach in die älteren Findmittel zum Großherzoglichen Familienarchiv eingelezen und gemeinsam mit ihnen ebenfalls online zugänglich gemacht. Ohne tiefgreifendes Vertrauen zwischen Eigentümer und verwahrendem Archiv wäre dieses Großprojekt nicht möglich gewesen. Auch das auf langfristige Effizienz und Nachhaltigkeit angelegte Förderprogramm der Stiftung Kulturgut war grundlegend. Nutznießer ist eine breite, wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit. Denn die Themen spannen sich, wie gesagt, weit: Vom Ende des Alten Reiches nach 1800 bis zum Ende der ersten deutschen Republik 1933 und vom Beziehungsnetz des europäischen Hochadels bis zum sozialen und agrarischen Strukturwandel seit dem Vormärz, wie er sich z. B. im östlichen Bodenseeraum exemplarisch ablesen lässt.

KONRAD KRIMM

Ein Glücksfall für die Forschung

Erschließung des Sammelbestandes G-Rep. 102 im Staatsarchiv Wertheim abgeschlossen

Mit Martin Luther fing nicht alles an! – muss frei nach dem Nipperdeyschen Napoleon-Dictum gesagt werden. So begann die Durchsetzung eines landesherrlichen Kirchenregiments lange vor der Reformation. Deutlich wird dies an 54 spätmittelalterlichen Treueeiden der Wertheimer Geistlichkeit von 1443 bis 1519. 1448 verspricht der Kleriker Heinrich Sartoris, sich nicht an fremde Gerichte zu wenden, nicht in weltlichen und auch nicht in geistlichen Angelegenheiten. 1519 bestätigt Andreas Wintersbach die Residenzpflicht sowie Pfründentausch nur nach Zustimmung des Grafen; er verzichtet auf alle fremden Freiheiten und Privilegien in diesem Zusammenhang, auch auf päpstliche oder kaiserliche. Der allmähliche Ausbau des Katalogs

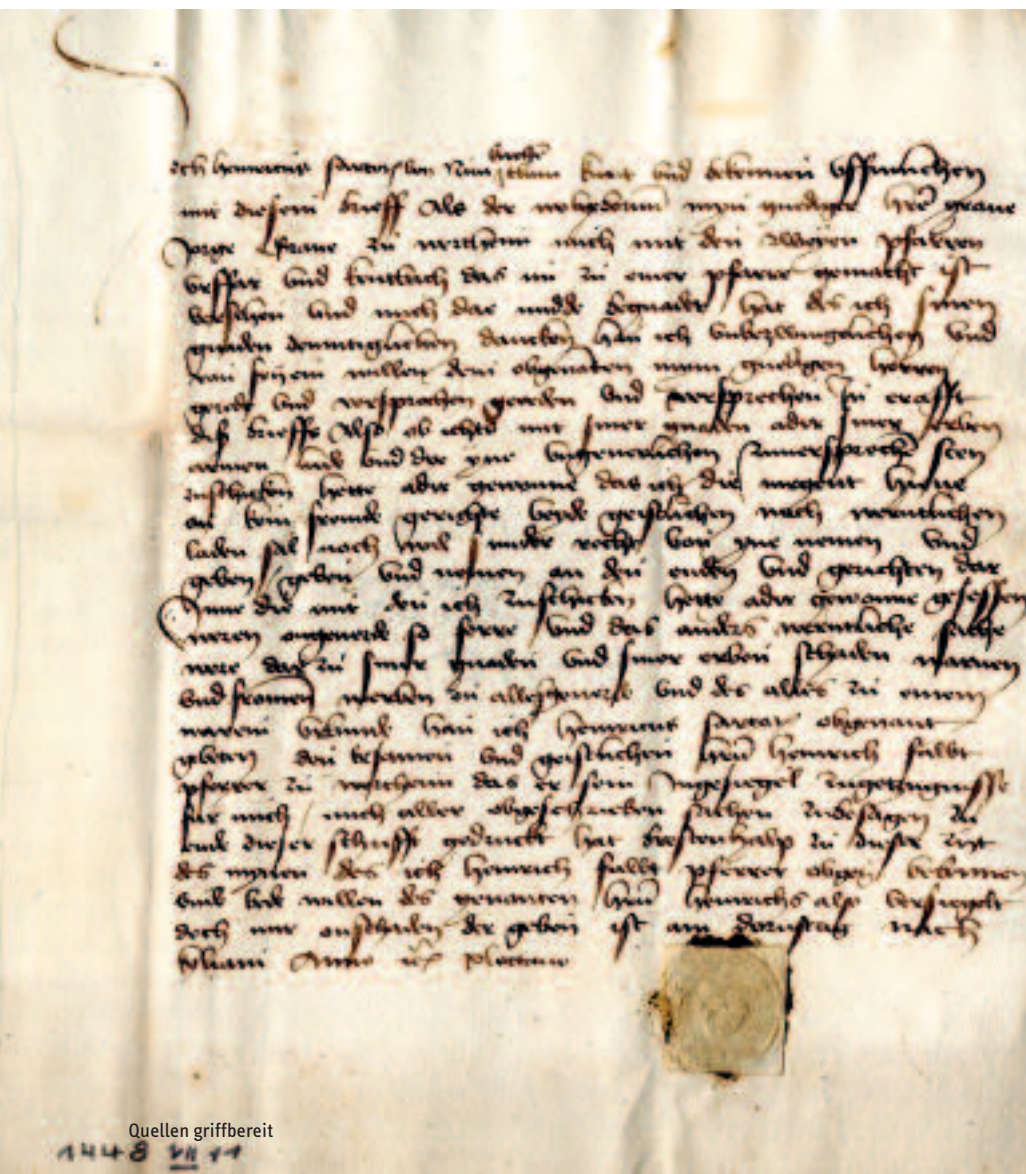
an Diensten und Pflichten wird deutlich. Diesem seltenen Quellentypus kommt daher überregionale Bedeutung zu.

Die Treuebriefe wurden im Nachtragsbestand G-Rep. 102 des Löwenstein-Wertheim-Gemeinschaftlichen Archivs aufgefunden, der aus dem ursprünglichen, leicht vorsortierten Bestand G-Rep. 102 sowie dem völlig desorganisierten Restbestand G-Rep. 102a zusammengefasst wurde. Diese Bestände wurden in den vergangenen Jahren in zwei Projekten, dankenswerterweise finanziert von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg, nach modernen geschichts- und archivwissenschaftlichen Grundsätzen muster-gültig erschlossen. Bei der Bearbeitung zeigte sich schnell, dass es sich nicht um belanglose Reste handelt, sondern

um bedeutende Unterlagen, die das bekannte Material vielfältig ergänzen und neue Informationen liefern. Enthalten sind sämtliche Archivalienarten von Urkunden über Amtsbücher und Akten bis zu Rechnungsserien aus der Zeit von 1345 bis 1973, v. a. bis in die 1630er Jahre, mit einem Gesamtumfang von 93 lfd. Metern. Inhaltlich betreffen sie den gesamten Besitz der Grafen von Wertheim, insbesondere die Grafschaft Wertheim in ihrem ursprünglichen Umfang. Vorhanden sind Unterlagen über die Herrschaft Breuberg im Odenwald sowie über verschiedene Altbesitzungen der Grafen von Löwenstein, etwa über die Herrschaften Habitzheim und Scharfeneck und die niederländischen Besitzungen. Zu finden sind Quellen der unteren Verwaltungsebene (Rentei, Zinsamt, Hausvogtei, Amt Remlingen). Umfangreich sind die Korrespondenzakten der Grafen. Der Bestand G-Rep. 102 liefert somit Material zu vielfältigen Belangen der regionalen und überregionalen Geschichte: ein Glücksfall für die Forschung!

Die Ordnungsstruktur des Bestandes spiegelt die vorhandene Bestandsstruktur des Gemeinschaftlichen Archivs wieder. Die Einheiten sind somit in Analogie zu den bereits vorhandenen Beständen des Gemeinschaftlichen Archivs gegliedert und stets parallel zu nutzen. Sie können im Internet recherchiert und für eine Nutzung im Lesesaal vorbestellt werden (www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=7-226721).

MONIKA SCHAUPP



Treuebrief des Klerikers Heinrich Sartoris von Neunkirchen, der von Graf Georg von Wertheim die Pfarrei Urphar-Kembach erhielt, vom Juli 1448. Vorlage: Landesarchiv StAW-G Rep. 102 Nr. 23



Ausschnitt aus dem Lehrbrief von Friedrich Ernst Walter, in dessen Umrandung die verschiedensten Handwerksberufe abgebildet sind.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-S II A 1286



Schulabschlusszeugnis des Friedrich Ernst Walter aus dem Jahr 1832.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-S II A 1286

Die Stadt Wertheim im 19. und 20. Jahrhundert

Findbuch zum Bestand StAWt-S II Städtische Akten II online

Im September 1838 wurde der Gemeinderat Wertheim beauftragt, einen Heimatschein für den am 12. September 1819 in Würzburg geborenen Friedrich Ernst Zahn genannt Walter auszustellen. Warum aber sollte ein in Würzburg geborener junger Mann einen Heimatschein aus Wertheim erhalten? Auskunft hierüber gibt uns die Akte StAWt-S II A 1286 *Die Heimatverhältnisse des Friedrich Ernst Zahn*. In ihr findet sich unter anderem ein Schreiben der Direktion der königlich-bayrischen Entbindungsstation in Würzburg vom 19. Juli 1838. Darin wird Folgendes bezeugt: *Den 15. des Monats Juni 1819 trat ein Frauenzimmer in das Gebärdhaus, [...] sie gebar den 12. September 1819 einen ausgetragenen Knaben. Sie wurde den 10. Oktober gesund entlassen, [...] sie wurde auf der Reise wahnsinnig. Sie hatte sich unter dem Namen Amalia Wintergrün aus Amsterdam eintragen lassen, man erfuhr jedoch später, dieser Name sei erdichtet und sie hieße Albertine Zahn aus Wertheim.*

Der Pfarrer von Nassig bestätigte, dass Friedrich Ernst Zahn genannt Walter der uneheliche Sohn von Albertine Zahn sei. In der Akte finden sich außerdem Zeugnisse und der Lehrbrief Friedrich Walters, in dem ebenfalls Albertine Zahn als Mutter angegeben wurde. Diese Nachweise genügten dem Stadt- und Landamt Wertheim und es beauftragte am 28. September 1838 den Gemeinderat Wertheim damit, einen Heimatschein auszustellen.

Diese Akte ist, ebenso wie über 5.000 weitere Akten, Teil des Bestandes *Städtische Akten II* des Stadtarchivs Wertheim, der 77 lfd. Meter umfasst. Der Kern der Überlieferung beginnt Anfang des 19. Jahrhunderts und reicht bis in die 1950er Jahre. Der Bestand erlaubt somit einen Einblick in die Zeit Wertheims als Teil des Großherzogtums Baden und bietet Informationen sowohl über den Ersten als auch den Zweiten Weltkrieg. Aber auch für die Erforschung des Lebens in Wertheim in den Zwischen-

kriegsjahren und in der unmittelbaren Nachkriegszeit bieten die Unterlagen eine fundierte Basis. So finden sich in diesem Bestand beispielsweise Unterlagen zur Organisation des Stadtrates in den Jahren 1820 bis 1830 (StAWt-S II A 440), zur ersten Gemeinderatswahl nach dem Zweiten Weltkrieg am 27. Januar 1946 in Wertheim (StAWt-S II A 334), Korrespondenzunterlagen mit Wertheimer Vereinen, die Gründung der Freiwilligen Feuerwehr in Wertheim (StAWt-S II A 3688), die Errichtung einer Wettermeldestation in Wertheim (StAWt-S II A 3034) und die Schifffahrt auf dem Main.

ANNA SPIESBERGER

Das Online-Findbuch zum Bestand StAWt-S II finden Sie hier:
<http://www.landearchiv-bw.de/plink/?f=7-3876&a=fb>

Parlamentsgeschichte im Licht neuer Quellen

Landtagsakten von Baden-Württemberg erschlossen



1



2

Der Landtag von Baden-Württemberg ist mit seinen 65 Jahren zwar eine vergleichsweise junge Einrichtung, gleichwohl kann er auf eine lange parlamentarische Tradition zurückblicken. Seine eigene Überlieferung wie auch die seiner historischen Vorgänger in Württemberg befinden sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und bieten Einblicke in über 500 Jahre politische Mitbestimmung. Die jüngste Etappe dieser langen Erfolgsgeschichte dokumentieren die Bestände des Landtags von Baden-Württemberg, die von den Anfängen im Jahr 1952 bis in die Gegenwart reichen. Die eingehende Erschließung von etwa 150 Regalmetern Schriftgut aus allen Bereichen der Landtagsverwaltung in der Beständeserie LA 2 brachte zahlreiche Dokumente hervor, die eine vielversprechende Grundlage für die weitere Erforschung der Landtags- und Landesgeschichte bilden. Dabei gewähren nicht zuletzt Plenar- und Ausschussprotokolle Einsicht in den Prozess politischer Entscheidungsfindung, machen Gesetzesakten und -dokumentationen die Entstehung einzelner Gesetze nachvollziehbar und vermitteln Eingaben einen Eindruck von den Sorgen und Nöten der Bevölkerung.

Zu den ersten Beständen, die der interessierten Öffentlichkeit für die Nutzung zur Verfügung gestellt werden, gehört die Überlieferung der vier Landtagspräsidenten Dr. Carl Neinhaus, Dr. Franz Gurk,

Camill Wurz und Erich Ganzenmüller, die dieses Amt zwischen 1952 und 1980 bekleideten. Vom Plenum zu Beginn der Wahlperiode für die Dauer von vier Jahren gewählt, nimmt der Präsident bereits im Plenarsaal für alle sichtbar eine herausgehobene Stellung ein und ist verantwortlich für den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzungen. Darüber hinaus obliegt ihm die Wahrung der Würde und Rechte des Landtags, die Förderung der parlamentarischen Arbeit, die Leitung von Verhandlungen und nicht zuletzt die Aufrechterhaltung der Ordnung im Landtagsgebäude. Schriftlichen Niederschlag finden diese vielfältigen Aufgaben in der Registratur des Präsidenten, in der umfangreiche Handakten auch einen Eindruck von ihrer großen thematischen Spannweite vermitteln. Davon, dass der Präsident den Landtag nach außen vertritt und sein zentrales Sprachrohr ist, zeugt der intensive schriftliche Austausch mit Einzelpersonen, Institutionen, Verbänden sowie öffentlichen Stellen – allen voran der Landesregierung.

Die Zunahme der Präsidialüberlieferung in den ersten Wahlperioden nach Gründung des Landes Baden-Württemberg lässt nicht nur auf vermehrtes Arbeitsaufkommen bei den einzelnen Amtsinhabern schließen, sie ist ebenso als Reaktion auf die verstärkte Aktivität des noch jungen Parlaments im Allgemeinen zu werten. Eine Entwicklung, die auch

am Verwaltungsapparat nicht spurlos vorbeiging: Während 1952 nur 23 Personalstellen vorgesehen waren, verdreifachte sich ihre Zahl in nur zehn Jahren nahezu. Die Überlieferung der Landtagsverwaltung umfasst ein breites Spektrum von Aufgabengebieten, das von Repräsentation, über politische Bildungsarbeit und Besucherbetreuung bis hin zu Verwaltung von Personal und Dienstgebäuden – darunter auch das erst 1961 bezogene *Haus des Landtags* – reicht. Die Bestände bieten jedoch weitaus mehr als einen Blick hinter die Kulissen des Plenarsaals. Sie ermöglichen ein vertieftes Verständnis der Parlamentsverwaltung und lassen neue Erkenntnisse über das höchste Gesetzgebungs- und Kontrollorgan Baden-Württembergs erwarten.

REGINA GRÜNERT
SOPHIA SCHOLZ

1 | *Ausweis des Abgeordneten der Verfassungsgebenden Landesversammlung Kurt Angstmann und Urlaubsgesuch beim Landtagspräsidenten für eine mehrwöchige Studienreise nach Amerika im Herbst 1953.*
Vorlage: Landesarchiv HStAS LA 2/101 Bü 55

2 | *Ehrung von Ministerialrat Franz Sattelberger aus Anlass seines 40-jährigen Dienstjubiläums durch Landtagspräsident Camill Wurz am 24. Juni 1974.*
Vorlage: Landesarchiv HStAS LA 2/102 Bü 155

Artilleriestangenpferd und Bauerngaul

Fotografien des Landgestüts Marbach im Familienarchiv Bernhardt

Im November 1901 trat Dr. Ludwig Bernhardt seinen Dienst als Obergestütstierarzt im Landgestüt Marbach an. Von den ostpreußischen Gestüten Trakehnen, Gudwallen und Georgenburg brachte der passionierte Reiter eine fünfjährige Berufserfahrung für das verantwortungsvolle Amt mit.

An seinem neuen Wirkungsort auf der Schwäbischen Alb behielt der gebürtige Heilbronner ein weiteres Hobby bei: die Fotografie. Zum Gestüt Marbach in der Zeit von 1890 bis 1925 gestaltete Bernhardt ein in Text und Bildern bemerkenswertes Album. Seine Kamera begleitete im Februar den Abmarsch der Hengste zu den Beschälstationen im Land, die Heuernte im Sommer, Besuche der Pferdekonzern und der Remontekommission, die Pferdeauktion im Juli und das Pflügen der Felder im Herbst. Dann stellt Bernhardt die *Wurzeln der heutigen württembergischen Pferdezucht*

vor. Die Reihe beginnt mit dem Hengst Faust, dem Stammvater der Württemberger Warmblutrasse. Mit dieser vielseitig nutzbaren Pferdezucht konnte Marbach erstmals die unterschiedlichen Ansprüche von Militär und Landwirtschaft bedienen.

Fasziniert haben den Veterinär aber auch die Schönheit der Alplandschaft, ihre Dörfer und Menschen. Sie sind auf rund 200 erhaltenen Glasplatten gebannt. Deutlich umfangreicher ist die Fotosammlung seines 1908 geborenen Sohnes Justinus. Früh greift der spätere Pfarrer die Motivpalette des Vaters auf. So finden wir heute unter den zahlreichen Gestütsaufnahmen Fotografien des zweiten Reit- und Fahrerschullehrgangs in Güterstein 1929 und der Hengstparaden ab den 1950er Jahren.

Die schriftliche Überlieferung des Haupt- und Landgestüts Marbach von 1803 bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wird im

Staatsarchiv Sigmaringen verwahrt. Mit ihr lässt sich die Gestütsgeschichte, die Entwicklung der Pferdezucht und des landwirtschaftlichen Großgutsbetriebs recherchieren. Aber es sind Fotografien wie die beschriebenen, die Vergangenes visualisieren. 2016 vertraute Bernhardts Enkel, der Multimediakünstler Ulrich Bernhardt, das Archiv seiner weitverzweigten Familie dem Staatsarchiv an. Noch harren die acht Regalmeter einer inhaltlichen Aufarbeitung. Aufzeigen wird sie ein Fotoalbum zu Trakehnen, Fototagebücher zu Reisen nach Italien und Schweden am Ende des 19. Jahrhunderts, ein Gästetagebuch, das den gesellschaftlichen Verkehr der Familie Bernhardt in Offenhausen mit dem württembergischen Großbürgertum belegt, oder auch Aufzeichnungen der Großmutter Emma zu den beiden ersten Lebensjahren ihrer Tochter.

SIBYLLE BRÜHL

Hengst Faust, ab 1888 Hauptbeschäler in Marbach.



Hufbeschneidung bei Mutterstuten.



Remontekommission bei der Abnahme von Pferden für die Truppe.



Getreideernte am Ziegelberg bei Offenhausen.



Tagung der Pferdekonzern, im Volksmund als „Rossparlament“ bezeichnet, 1914.

Vorlagen: Landesarchiv StAS N 1/122 Zugang 2016/98, Aufnahmen: Dr. Ludwig Bernhardt



Letzte Ausfahrt IfE!

Die Rettung der brandgeschädigten Kriegsstammrollen aus dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart

1



2

Der im Hauptstaatsarchiv Stuttgart liegende Bestand M 463 umfasst die Kriegsstammrollen des Grenadier-Regiments Nr. 123 aus dem Zeitraum 1914 bis 1919. Der größte Teil dieses Bestandes ist 1920 verbrannt; von den verbliebenen 70 Bänden wurden 44 bei dem Brand schwer beschädigt. Durch die Hitzeeinwirkung waren die Seiten stark verkohlt, wobei diese Schäden je nach Schweregrad vom Rand bis in die einzelnen Blätter hinein verliefen. Bei jeder Handhabung brachen unzählige splittig-brüchige, rußig-schwarze Partikel ab und verteilten sich überall im Band und in dessen näherer Umgebung. Unter diesen Voraussetzungen konnte eine Nutzung des Bestandes nur noch sehr eingeschränkt gewährleistet werden, eine vollständige Sperrung schien unvermeidbar. Die Lösung aus diesem Dilemma lag auf der Hand: eine Verfilmung und Digitalisierung des gesamten Bestandes.

In einem ersten Schritt wurde mit dem Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg zunächst die Frage der Restaurierung beraten. Eine Verfilmung des Bestandes in dem

desolaten Zustand war gänzlich unmöglich und weder aus bestandserhalterischer noch aus technischer Sicht verantwortbar. Um einen genaueren Eindruck vom Grad der Beschädigung zu gewinnen, erfolgte durch die Restauratoren des IfE eine Prüfung des Bestandes vor Ort. Die notwendigen Behandlungsmaßnahmen zeichneten sich schnell ab: die Abfräsung der brandgeschädigten Blattränder sowie eine Trockenreinigung.

Bei diesem Prozess werden eine Akku-bohrmaschine und eine darin eingespannte Radialbürste mit Kunststoffborsten eingesetzt. Das Objekt wird in eine Buchbinder-Handpresse eingespannt, wobei der verkohlte Buchschnitt ein wenig hervorsteht. Das Pressen ist notwendig, damit die rotierende Bürste nicht versehentlich zwischen die Buchseiten hineingerät und dabei *gesundes* Papier zerstört. Jetzt kann der verkohlte Schnitt etwa 5 mm tief durch Abbürsten entfernt werden. Da das verkohlte Papier weicher als das angrenzende unversehrte ist, erfolgt dieser Vorgang weitestgehend schonend und gefahrlos für die

intakten Bereiche des Objekts. Zum Abschluss werden die Bände außen mit einem Latex-Radierschwamm gereinigt (Buchdeckel und Rücken) und innen im aufgeblättern Zustand mit einem weichen Zeichenbesen ausgekehrt. Die hohe Staubkonzentration erfordert natürlich während der gesamten Restaurierung ein Arbeiten in der Absaugstation. Als Ergebnis erhält man ein in der Nutzung bröselfreies Objekt, ein nicht unerheblicher Faktor bei der Schadensbegrenzung. Mit der geplanten Verfilmung und Digitalisierung kann nun der Status quo erhalten werden.

ANDREAS KIEFFER
GABRIELE LÖFFLER

1 | Landesarchiv HStAS M 463 Band 20 nach der Behandlung.
Aufnahme: Landesarchiv HStAS

2 | Vorgang der Abfräsung.
Aufnahme: Landesarchiv IfE

Reformationsmeile Stuttgart

Nach der Rückeroberung seines Landes im Jahr 1534 führte Herzog Ulrich von Württemberg als eine der ersten Maßnahmen die Reformation ein. Damit gehörte das Herzogtum Württemberg zu den frühen protestantischen Territorien des Heiligen Römischen Reiches. Die Veränderungen durch die Reformation sollten hier nachhaltige Bedeutung erlangen; ihre Fragen und Gedanken sind nach wie vor aktuell. Die Institutionen an der Stuttgarter *Kulturmeile* haben sich 2017 zu einer *Reformationsmeile* zusammengeschlossen. Sie beteiligen sich mit zahlreichen Beiträgen am Reformationsjubiläum und nehmen besonders die Bedeutung dieses Ereignisses für den deutschen Südwesten in den Blick. Mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Darbietungen, die ein weites Themenspektrum von der Geschichte der Reformation bis zur Auseinandersetzung mit reformatorischen Themen in der heutigen Zeit bieten, können die Besucher der Reformationsmeile das Jubiläum in Stuttgart begehen.

NICOLE BICKHOFF



Ausstellungen

Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, in Kooperation mit den Staatlichen Schlössern und Gärten Baden-Württemberg

FREIHEIT – WAHRHEIT – EVANGELIUM

Reformation in Württemberg

Stuttgart, Kunstgebäude:

13.09.2017 – 19.01.2018

Kloster Maulbronn:

14.09.2017 – 19.01.2018

Kloster Bebenhausen:

15.09.2017 – 19.01.2018

Kloster Alpirsbach:

16.09.2017 – 19.01.2018

Ausstellung der Staatsgalerie Stuttgart

Der Meister von Meßkirch

Katholische Pracht in der Reformationszeit

08.12.2017 – 02.04.2018

Veranstaltungen

Staatsgalerie Stuttgart

28.09.2017, 18.00 Uhr

Was dem Meister von Meßkirch erspart blieb: Zu den Auswirkungen der Reformation auf den Kunstmarkt

Vortrag von Prof. Dr. Dr. Andreas Tacke, Trier

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

17.10.2017, 18.00 Uhr

Stuttgart: Gutenberg und sein Erbe: Reformation und Buchdruck

Vortrag von Dr. Christian Herrmann

Kunstgebäude Stuttgart

27.09.2017, 04.10.2017, 13.12.2017, jeweils 18.00 Uhr

Führung im Dialog

Prof. Dr. Peter Rückert und

PD Dr. Hans-Martin Kaulbach

Musikhochschule Stuttgart

26.10.2017, 19.00 Uhr

Musikalisch-literarische Soiree: Lieder und Stimmen der württembergischen Reformation

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

30.11.2017, 19.00 Uhr

Die Bannandrohungsbulle *Exsurge Domine* Papst Leos X. gegen Martin Luther

Vortrag von Dr. Anja Thaller, Stuttgart

Musik zur Mittagszeit

Staatsgalerie Stuttgart in Verbindung mit der Staatlichen Hochschule für Musik und darstellende Kunst

13.12.2017, 10.01., 24.01., 07.02., 21.02., 07.03.2018, jeweils 12.30–13.00 Uhr

Gesprächskonzert

Staatsgalerie Stuttgart

21.03.2018, 17.00 Uhr und 22.03.2018, 18.30 Uhr

Compassio Christi. Passionsbilder – Passionsmusik

Aktuelle Informationen zu allen Ausstellungen und Veranstaltungen:

www.reformationsmeile-stuttgart.de

Nähere Informationen zum Programm in den Klöstern Maulbronn, Alpirsbach und Bebenhausen:

www.kloster-maulbronn.de;

www.kloster-bebenhausen.de;

www.kloster-alpirsbach.de



RAF No Evidence / Kein Beweis

Arwed Messmer präsentiert ein künstlerisches Projekt mit Fotografien aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg

Blick in die Ausstellung „RAF No Evidence/Kein Beweis“ von Arwed Messmer im Folkwang-Museum Essen, 2017.

Aufnahme: Museum Folkwang, Jens Nober

Seit mehr als zehn Jahren arbeitet der Fotokünstler Arwed Messmer mit historischen Bildbeständen aus Archiven und behördlichen Sammlungen. Mehrere, von der Kritik einhellig gelobte Ausstellungen hat er inzwischen gestaltet und diese begleitend in voluminösen Bildbänden dokumentiert. Bei seinen Ausstellungsprojekten hat der Künstler dabei immer wieder gezielt archivische Praktiken für die Präsentation eingesetzt. Beschäftigt hat er sich dabei unter anderem mit frühen Fotos der Berliner Mauer (*Inventarisierung der Macht*), gescheiterten Fluchtversuchen aus der DDR und deren Rekonstruktion durch die Stasi (*Reenactment MfS*) und mit Aufnahmen einer Straße im Osten Berlins (*Berlin, Fruchtstraße*) aus den frühen 1950er Jahren, die der Berliner Magistrat in Auftrag gegeben hatte.

Widmete er sich in seinen früheren Arbeiten vorwiegend der Hinterlassenschaft der DDR, so beschäftigt er sich seit geraumer Zeit vermehrt mit Fotografien aus dem Umfeld der Roten Armee Fraktion. Hier interessieren ihn vor allem die Aufnahmen der Polizei, die das Geschehen aus einer anderen Perspektive dokumentieren, als es dem Publikum aus den im

kollektiven Gedächtnis überlieferten Bildern – die häufig von Journalisten stammen – vertraut ist. Für sein jüngstes Projekt, dessen Ergebnisse in drei Ausstellungen in Essen, Mannheim und Ludwigsburg im Laufe dieses Jahres zu sehen sind, hat er auch längere Zeit im Staatsarchiv Ludwigsburg recherchiert und sich dort erstmals intensiv mit der Bildüberlieferung rund um die Todesnacht in Stammheim auseinandergesetzt. Die Fotos wurden von den Ermittlungsbehörden im Zuge der Untersuchung der Todesumstände der Terroristen angelegt oder entstanden während der Überwachung von Demonstrationen rund um deren Beerdigung auf dem Dornhaldenfriedhof in Stuttgart.

Die Bilder, die – nicht zuletzt aufgrund archivrechtlicher Sperrfristen – lange Zeit nur eingeschränkt nutzbar waren und daher der Öffentlichkeit bislang weitgehend unbekannt geblieben sind, erlauben einen ganz eigenen, verstörenden Blick in die Lebenswelt der RAF-Terroristen während des *Deutschen Herbstes* im Jahr 1977. Im Rahmen seiner Recherchen hat Messmer auch den Umgang mit diesem Bildmaterial nachgezeichnet. Die Fotografien

sind im Staatsarchiv Ludwigsburg in unterschiedlichen Kontexten mehrfach überliefert und in Teilen bereits kurze Zeit nach den Selbstmorden unerlaubt an die Medien weitergegeben worden.

Zusammen mit Bildern aus der Polizeihistorischen Sammlung in Berlin und dem Bundesarchiv in Berlin entstand so eine faszinierende Ausstellung über die Bildwelt rund um die 68er-Bewegung und den RAF-Terror. Die Ausstellung wurde für das Folkwang-Museum in Essen konzipiert und ist dann im September bei der Biennale für aktuelle Fotografie in den Mannheimer Reiss-Engelhorn-Museen zu sehen. Das Staatsarchiv Ludwigsburg zeigt ab dem 22. September einen Ableger dieser Ausstellung, in deren Mittelpunkt die aus dem Landesarchiv Baden-Württemberg stammenden Fotoserien der Stuttgarter Polizei stehen werden. Ergänzend zur Präsentation an den beiden anderen Standorten werden hier erstmals auch in Ausschnitten die dem künstlerischen Projekt zugrunde liegenden Originalfotografien aus den dortigen Archivbeständen zu sehen sein.

PETER MÜLLER

Krankenmord im Nationalsozialismus

Wanderausstellung der Gedenkstätte Grafeneck im Generallandesarchiv Karlsruhe

Defektmenschen, Schwächlinge, geistig Tote, Ballastexistenzen, Fremdkörper – so bezeichnete im Jahr 1920 ein Arzt seine Patienten: Alfred Hoche, Ordinarius für Psychiatrie an der Universität Freiburg. Er tat es in der Schrift *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens*. Mitleid mit *lebensunwerten* Menschen sei nicht angebracht, denn ihnen fehle ein personales Bewusstsein. Ihr Leben sei rein vegetativ-animalisch. Wer kein Selbstbewusstsein in sich verspüre, dem könne das Leben nicht wirklich genommen werden. Daher sei die *Beseitigung eines geistig Toten einer sonstigen Tötung nicht gleichzusetzen*.

Es wäre falsch, Hoche als den Euthanasie-Vordenker schlechthin zu bezeich-

nen, denn er war nicht der Einzige (und der Letzte), der das Lebensrecht eines Menschen an seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit und am Grad seiner Fähigkeit zur sozialen Interaktion messen zu können glaubte. Doch gerade das macht seine Sichtweise und seine Wortwahl so bestürzend. Angeregt durch Hohes Freigabe-Schrift entschied Arthur Schreck, Leiter und Liquidator der Pflegeanstalt Rastatt, als Gutachter für die Berliner *Zentraldienststelle T4*, die den Massenmord an den Kranken organisierte, über das Leben von 15.000 Menschen. Eigenhändig setzte er Kindern die Giftspritze. Verwaltungsmäßig organisiert wurde der Mord an den badischen Kranken durch einen dritten Mediziner, Ludwig Sprauer,

Leiter der Medizinalabteilung im Karlsruher Innenministerium.

Auch wenn es in Baden keine Vernichtungsanstalt gab, so hat das Land doch mit Hoche, Schreck und Sprauer Männer hervorgebracht, die zum reichsweiten Mordprogramm der Nationalsozialisten stark beigetragen haben. Ihren Tod fanden die meisten Opfer aus Baden im württembergischen Grafeneck. Dort bildeten sie mit etwa 4.500 Ermordeten die größte Gruppe unter den über 10.500 vergasteten Menschen. Es ist also naheliegend, dass das Generallandesarchiv Karlsruhe in seinen Räumen die Wanderausstellung einer württembergischen Gedenkstätte zeigt und um eigene Exponate und ein Begleitprogramm ergänzt.

MARTIN STINGL



Alfred Hoche um 1922.

Vorlage: *Die Medizin der Gegenwart in Selbstdarstellungen*. Bd. 1. Leipzig 1922

Ausstellung

Krankenmord im Nationalsozialismus. Grafeneck 1940. Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland

Öffnungszeiten

17. November 2017 – 2. März 2018
Dienstag bis Donnerstag 8.30 – 17.30 Uhr
Freitag 8.30 – 19.00 Uhr
an Feiertagen sowie vom 27. –
29. Dezember 2017 geschlossen

Landesarchiv Baden-Württemberg
- Generallandesarchiv Karlsruhe -
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Tel. 0721/926 2206
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de
www.landesarchiv-bw.de/glak



Hohenzollern – Burg, Adelshaus, Land

Ausstellung im Staatsarchiv Sigmaringen

Hohenzollern, das ist die Burg, das ist das sich nach der Burg nennende Adelshaus, und das ist das Land mit den Menschen, die den Namen dem Adelshaus verdanken. Im Jahr 2017 jähren sich zum 150. Mal drei Ereignisse, die in engem Bezug zu Burg, Adelshaus und Land stehen: Denn 1867 wurde der historistische Wiederaufbau der Burg fertiggestellt, die Einweihung des Fürstlich Hohenzollernschen Museums in Sigmaringen brachte fürstlichen Kunstsinn zum Ausdruck, und die Gründung des Hohenzollernischen Geschichtsvereins war schließlich ein Zeichen, dass die seit 1850 zu Preußen gehörenden ehemaligen Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen sich nunmehr als Einheit, als Hohenzollern, empfanden.

Eine Ausstellung im Staatsarchiv Sigmaringen beleuchtet Hohenzollern in allen drei Bedeutungen. Der Wandel der Burg von der hochmittelalterlichen Adelsburg zur frühneuzeitlichen Festung und schließlich zum nationaldynastischen Denkmal des 19. Jahrhunderts wird unter anderem durch wenig bekannte Pläne und Detailaufnahmen dargestellt.

Die Grafen, seit 1623 Fürsten von Hohenzollern, unterschieden sich im Heiligen Römischen Reich durch ihre Stammverwandtschaft mit den Kurfürsten von Brandenburg bzw. Königen von Preußen von vergleichbaren Familien. Obwohl sie die Souveränitätsrechte über ihre Fürstentümer 1850 an den König von Preußen abtraten, spielten sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Teil des Gesamthauses Hohenzollern eine wichtige Rolle in der preußischen und auch europäischen Politik. Heute sieht sich das Fürstenhaus als moderne Unternehmerfamilie.

Von einem Land Hohenzollern kann man erst seit dem Übergang der Fürstentümer an Preußen 1850 sprechen. Preußen schuf einheitliche Verwaltungsstrukturen und begründete den Landeskommunalverband, der durch seine Selbstverwaltungsfunktion mit den Zuständigkeiten für Wirtschaft, Verkehr, Soziales und Kultur bis zu seiner Auflösung 1972 viel zu einem hohenzollernischen Landesbewusstsein beigetragen hat.

VOLKER TRUGENBERGER

Die Burg Hohenzollern auf der Originaldruckplatte des Merianstichs der Stadt Hechingen, 1643 mit Ergänzung 1662, gespiegelte Aufnahme.

Vorlage: Landesarchiv StAS Sa T 2 B 123, Aufnahme: Reiner Löbe, Bingen

Ausstellung

Hohenzollern – Burg, Adelshaus, Land

Öffnungszeiten

23. November 2017 – 27. April 2018
 Dienstag bis Freitag 9.00 – 16.30 Uhr
 27. Dezember 2017 – 8. Januar 2018
 geschlossen

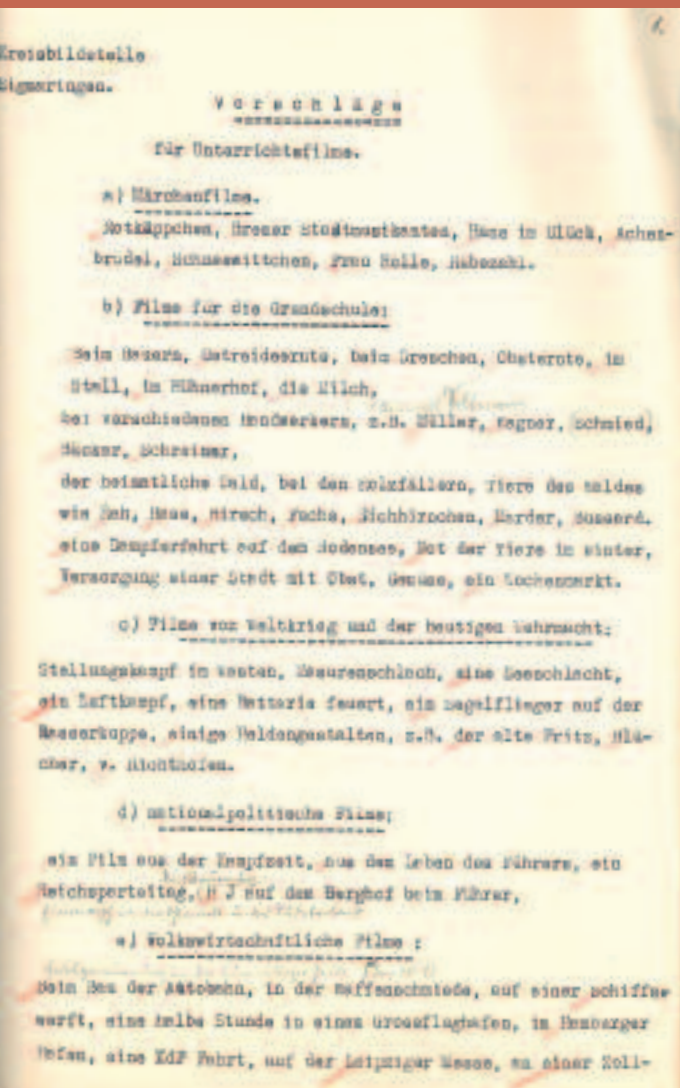
Informationen und Anmeldung zu Führungen

Landesarchiv Baden-Württemberg
 – Staatsarchiv Sigmaringen –
 Karlstr. 1+3
 72488 Sigmaringen
 Telefon 07571/101-551
 Telefax 07571/101-552
 E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de
 Internet: www.landesarchiv-bw.de/stas

Zur Ausstellung erscheint eine Begleitpublikation.

„... den Film da einsetzen, wo er eindringlicher zum Kinde spricht.“

Wie der Unterrichtsfilm im „Dritten Reich“ zur Propagandamaschinerie wurde



ßischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Zschintsch 1936 – dienlich, *die Jugend sehen zu lehren, und die Jugend durch das Erlebnis des Auges charakterlich fähig zu machen, das Leben zu sehen wie es ist: groß, geheimnisvoll und eine beglückende Aufgabe für den gesunden Menschen.* Überhaupt sei die Einführung des Unterrichtsfilms ganz im Sinne der Jugendlichen, da diese dem

der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm und den jeweiligen Landesbildstellen – für Hohenzollern war die württembergische Landesbildstelle in Stuttgart zuständig – ausgegeben. In Hohenzollern selbst wurden 1935 in Sigmaringen und Hechingen zwei Kreisbildstellen eingerichtet. Dort hielt man Lichtbildsammlungen und 10 bis 15-minütige Filme in diversen Sachgebieten bereit, die von *Deutsch und Heimatkunde über Hauswirtschaft, Gesundheitslehre und Nadelarbeit* bis hin zu *Leibesübungen* reichten. Ab Februar 1942 wurde auf Initiative des Reichspropagandaministers die Ausfüh-



Der Film nahm eine zentrale Rolle in der nationalsozialistischen Propaganda ein. Das Vorhaben, die Bevölkerung damit zu indoktrinieren und zu mobilisieren, begann bereits in den Klassenzimmern. Ein Jahr nach der sogenannten Machtergreifung – genauer am 26. Juni 1934 – ordnete der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an, den Unterrichtsfilm an allen Schulen als *gleichberechtigtes Lehrmittel* einzuführen, da *dieses moderne Unterrichtsmittel bisher nicht die ihm gebührende Stellung gefunden habe*. Der Film solle alsbald *überall dort an die Stelle des Buches usw. treten, wo er eindringlicher als alles andere zum Kinde spricht und gerade bei den neuen Unterrichtsgegenständen der Rassen- und Volkslehre von vorneherein mittingesetzt werden*. Dieses pädagogisch bedeutungsvoll[e] [...] *Hilfsmittel* sei zudem – so der Staatssekretär des Reichs- und Preu-

Ruhigen, Statischen das Bewegte, Dynamische vorzieh[en] würden. Bei der Etablierung des (Unterrichtsfilm)s als *große kulturpolitische und volksgemeinschaftliche Aufgabe* wurden die Eltern in die Pflicht genommen, vierteljährlich einen Lernmittelbeitrag von 20 Reichspfennig beizusteuern. Denn nur dadurch, wie öffentlich begründet wurde, sei gewährleistet, dass auch die *ärmste Dorfschule* [...] *das neue und lebendige Unterrichtsmittel* beschaffen könne und [1] *n einigen Jahren* [...] *de[r] Film* [...] *als Lernmittel an Vielseitigkeit und Lebendigkeit alle anderen Lernmittel* übertreffen werde. Das benötigte Bildmaterial wurde von

der *Staatspolitische[n] Schulfilmveranstaltungen* im Sinne des obigen Ministerialerlasses von 1934 für die Dauer des Krieges untersagt. An diese Stelle trat die zweimalige Vorführung der *Kriegswochenschauen* pro Woche. CHRISTINA SCHLAICH

1 | Film- und Bildvorschläge der Kreisbildstelle Sigmaringen an den Kreis Schulrat über den Filmbedarf für das Schuljahr 1939. Vorlage: Landesarchiv STAS Ho 235 T 26-28 Nr. 274

2 | Informationsblatt aus einer Akte der preußischen Regierung Sigmaringen: „Unterrichtsfilm? – Warum sollen die Eltern 20 Pfg. dafür bezahlen?“ Vorlage: Landesarchiv STAS Ho 235 T 26-28 Nr. 274

Mehr herausfinden!

Hector-Kinderakademie im Staatsarchiv Ludwigsburg

Teresa ist acht Jahre alt und ein großer Archiv-Fan. Sie war schon viermal im Staatsarchiv Ludwigsburg und möchte zu den nächsten Kursen unbedingt wieder kommen. Auch Philipp ist begeistert vom Archiv. Teresa, Philipp und viele andere haben durch das spezielle Angebot der Hector-Kinderakademie die Möglichkeit, sich bereits während ihrer Grundschulzeit mit geschichtlichen Themen zu beschäftigen.

Die Hector-Kinderakademien sind Einrichtungen zur Förderung begabter Grundschulkinder. Das Staatsarchiv Ludwigsburg bietet seit Jahren Kurse in Zusammenarbeit mit der Hector-Kinderakademie Stuttgart an. Die kleinen Kursteilnehmer kommen nicht nur zu einem kurzen Besuch ins Staatsarchiv, sondern können in Kleingruppen und in mehreren Lerneinheiten das Archiv erforschen. Unter dem Obertitel *Reisen mit der Zeitmaschine* wird jeweils ein Thema oder eine historische Epoche behandelt. So gehen die jüngsten Teilnehmer zum Beispiel der Frage nach, ob es Geister und Gespenster gibt und warum

die Menschen solche Geistergeschichten erfunden haben – und lernen dabei unter anderem, warum es im Archiv so dunkel ist. Die Reisen mit der Zeitmaschine können aber auch vom Mittelalter bis in die Zeit der Auswanderung führen. Durch das besondere Format der Hector-Kurse ist zudem Zeit für kleine Experimente (welche Tinte hält im Wasser?), fürs Basteln und für das Lernen einer *Geheimschrift*, die nur die Archivare – und eben die Hector-Kinder – lesen und schreiben können.

Vermutlich sind nicht alle Kursteilnehmer spätere Nobelpreisträger. Es sind oft noch nicht einmal besonders brave Kinder. Viele wissen mehr als ihre Mitschüler und wollen das auch zeigen, viele stellen unglaublich kluge Fragen und finden manchmal sehr kreative Antworten. Die Hector-Kinderakademiekurse im Archiv können dazu beitragen, junge begabte Menschen durch die Beschäftigung mit Geschichte zu fördern und ihnen neue intellektuelle Herausforderungen zu bieten. In den Archivboxen stecken Jahrhunderte voller Geschichten,

Hector-Kinder bei einem Besuch im Staatsarchiv Ludwigsburg.

Jakob Trugenerberger (Freiwilliges soziales Jahr in der Kultur) mit Hector-Kindern im Archivmagazin.

Alle Aufnahmen: Landesarchiv StAL



die Kenntnisse und Erfahrungen verschaffen können, die weit über das hinausgehen, was ein Schulkind in dieser Altersgruppe sonst angeboten bekommt. Teresa jedenfalls will uns noch oft besuchen, als Hector-Kind oder wenn sie später im Gymnasium *richtigen* Geschichtsunterricht hat. Wir sind gespannt, wann sie mit ihrem Geschichtslehrer im Schlepptau anmarschiert, um ihm endlich mal *ihr* Staatsarchiv zu zeigen.

ELKE KOCH

Hinweis: Die Anmeldungen zu den Kursen der Hector-Kinderakademien erfolgen über die Schulen. Informationen finden sich auf dem Portal www.hector-kinderakademie.de bzw. auf den Seiten der Hector-Kinderakademie Stuttgart www.hector-kinderakademie.de/HKA-Stuttgart/Startseite





1 | Das Stadtarchiv Besigheim nach dem Umbau. Rundbogentor des Kellereingangs mit Holztor.

2 | Blick auf die Fachwerkwand des ehemaligen Wehgangs.

Alle Aufnahmen: Sandy Krüger

„Eine Scheuer mit gewölbtem Keller, Stadtmauer, auf dem Bühl ...“

Das Besigheimer Stadtarchiv

Am nordwestlichen Ende des Bühl befand sich einst ein stattliches Anwesen mit Hofreite, das bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts aus einem Wohnhaus und einer gegenüberliegenden Scheuer bestand, die beide unterkellert und mit einem Gang verbunden waren. Außerdem gehörten zwei große Stallungen sowie ein umfangreicher Gras- und Küchengarten dazu, der sich hinter und neben dem Haus befand. Während das Wohnhaus und die beiden Stallungen im Laufe der Jahrhunderte mehrfach umgebaut, in Teilen sogar neu errichtet, vor allem jedoch verschiedenlichen Nutzungen zugeführt wurden, blieb allein die Scheuer als solche erhalten.

Diese Fachwerkscheune wird neuesten dendrochronologischen Untersuchungen zufolge in das Jahr 1546 datiert. Als Wirtschaftsgebäude diente sie jahrhundertlang der Lagerung und Sicherung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Davon zeugt nicht nur das vorkragende Rundbogentor mit seinem hölzernen Kellertor, hinter dem sich ein großer, tief in den Felsen gehauener Gewölbekeller verbirgt, der traditionell der Weinlagerung

vorbehalten war. Vielmehr verrät auch das Innere des seit 2016 als Stadtarchiv genutzten Gebäudes die einstige Bedeutung. Denn hinter der großen mit Sonnenschutzlamellen versehenen Fensterverglasung, an deren Stelle sich früher ein großes zweiflügeliges Scheuentor befand, lässt sich noch immer die Tenne mit ihrer hohen Holzkonstruktion erkennen – das Herzstück jeder Scheune. Hier wurde in den Sommermonaten Heu, das für die Tierhaltung bestimmt war, durch ein in der Mitte befindliches Garbenloch in die darüber liegenden offenen Geschosse verschafft. Seitlich der Tenne befanden sich links und rechts höher gelegene Barne, auf denen zur Erntezeit Getreidegarben lagerten. Diese wurden dann in den Wintermonaten auf der Tenne ausgedroschen. Heute dient der geräumige Tennenraum als Eingangsbereich, während die Barne zu einem abgetrennten Magazinbereich und einem höher gelegenen offenen Benutzerraum umfunktioniert wurden. Zudem ist im einstigen Garbenloch ein Fahrstuhl untergebracht, der das Parterre mit den beiden darüber liegenden Maga-

zingeschossen, den früheren Zwischenböden, verbindet. Die Wandflächen sind weitestgehend geschlossen. Sie grenzen direkt an Nachbargebäude an oder sind, wie die rückwärtige Nordseite der Scheune, unmittelbar an die Stadtmauer angebaut. Sie verdient besondere Beachtung, weil sich im ersten Obergeschoss eine originale Fachwerkwand des ehemaligen Wehgangs erhalten hat.

Um das Gebäude als Archiv nutzen zu können, wurde nicht nur eine automatisierte Heizungs- und Belüftungsanlage platzsparend im Dachspitz eingebaut, die optimale Lagerbedingungen für das Archivgut garantiert, sondern auch ein leichtes Stahlkorsett eingezogen, das nutzungsbedingte Lasten abfängt und den Blick auf die historische Holzkonstruktion in allen Geschossen freihält. Trotz des Umbaus erkennt der Betrachter das alte landwirtschaftliche Gebäude, dessen Beschreibung im Güterbuch wie folgt beginnt: *Eine Scheuer mit gewölbtem Keller, Stadtmauer, auf dem Bühl ...*

SANDY KRÜGER

„Wir sind nicht machtlos!“

Der kürzlich verstorbene Liedermacher und das Sprachrohr der Anti-AKW-Bewegung Walter Mossmann schreibt in seinen Erinnerungen:

Die eigentliche Studentenbewegung begann für mich exakt am 1. Februar 1968. Ich kam wie an jedem Werktag mit dem Auto vom Schwarzwald herunter nach Freiburg, wollte durch Martinstor zum Bertoldsbrunnen und dort wie üblich links zur Uni abbiegen. [...] An diesem Donnerstag [...] war Freiburgs zentrale Straßenkreuzung am Bertoldsbrunnen erstmals für den Verkehr gesperrt. Nicht von Umweltaktivisten, sondern von Demonstranten, die gegen die Fahrpreis-Erhöhung bei Straßenbahn und Bus protestieren wollten. Die meisten waren Schüler [...]. Einerseits war ich sauer, weil mir die Schüler den Weg versperrten, [...] andererseits hat mir das spontane politische Aktionstheater gefallen, vor allem der schön hinterlistige Sprechchor: „Gleich wird's grün!“ Die jugendlichen Verkehrsteilnehmer – es waren wohl einige hundert, später tausend – klumpten sich auf dem Trottoir und strömten bei Grün auf die Straße. Beim Überqueren der Straße ließen sie sich Zeit und kamen infolgedessen auf der gegenüber liegenden Seite nicht wirklich an. Folge: ein verkehrsbehinderndes Getümmel auf der Straße. Nun trieb die Polizei zurück an Land, aber das brauchte seine Zeit. Kaum war die Ordnung wieder hergestellt, klumpten sie sich wieder auf dem Gehsteig und schauten begeistert und erwartungsfroh auf die Ampel und riefen im Sprechchor „Gleich wird's grün!“, was den Polizisten natürlich wie der pure Hohn erschien. [...] Irgendwann gab die Polizei auf, der Bertoldsbrunnen war besetzt. Erste vorsichtige Sitzblockaden, da und dort übermütige Triumphgesänge, aufgeregte Diskussionsrunden, viele Neugierige, wie ich einer war.

Walter Mossmann ist kein Einzelfall. Auch für andere Freiburger Zeitzeugen sind die Fahrpreisdemonstrationen, die am 1. Februar begannen und bis zum 9. Februar andauerten, von zentraler Bedeutung. Während für die einen der Happening-Charakter der Fahrpreisdemonstrationen im Zentrum der Erinnerung steht, ist es für andere die Gewalter-

fahrung und eine damit verbundene Distanzierung von den Institutionen der parlamentarischen Demokratie: Im Verlauf der Ereignisse kam es erstmalig in Baden-Württemberg zu einem Einsatz von Wasserwerfern und zu einem massiven Schlagstockeinsatz, um die Bertoldstrasse wieder für den Verkehr freizumachen.



1 | Demonstration gegen Straßenbahntarife in Freiburg – Sitzende Demonstranten auf der Kreuzung Bertoldsbrunnen, 1. Februar 1968.

Vorlage: Landesarchiv StAF W 134, Nr. 085232c, Aufnahme: Willy Pragher

Historischer Hintergrund

Das Jahr 1968 steht in der kollektiven Erinnerung für eine globale Jugendbewegung mit Themen wie dem Einsatz für Bürgerrechte, gegen autoritäre Erziehungsformen, gegen den Vietnamkrieg, aber auch regionalen und nationalen Besonderheiten wie in Deutschland etwa die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit oder die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung. Sie wird verbunden mit einem grundlegenden Wertewandel, der noch heute je nach politischem Standpunkt unterschiedlich bewertet wird. In der historischen Forschung wird der *kurze Sommer der Anarchie* (Enzensberger), der allerdings gute 18 Monate dauerte, unter den Stichworten Liberalisierung, Demokratisierung oder Modernisierung eingeordnet in einen umfassenden, in den langen 1960er Jahre stattfindenden Normen- und Wertewandel. In der historischen Forschung erscheint die 68er-Bewegung weniger als Initiator, sondern vielmehr als Getriebene und Katalysator des Wandels.

In Deutschland brachte die Ermordung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 in Berlin die Bündelung, Dynamisierung und räumliche Ausweitung der Proteste von West-Berlin auf Westdeutschland mit sich. Demonstrationen, Teach-ins, Sit-ins und ähnliche Aktionsformen waren plötzlich keine Angelegenheit iso-

lierter Gruppen. Dabei kommt den Medien eine besondere Rolle zu: Das, was wir heute als 68er-Bewegung fassen, ist zu einem Gutteil ein Produkt der Medien, wie es auch selbst die Medien veränderte. Während man in der historischen Forschung von langfristigen Wandlungsprozessen spricht, fokussierte die mediale Darstellung auf die Studentenbewegung, die sich von Berlin ausgehend zunehmend zu einer Massenbewegung ausweitete. So rief auch der linksliberal orientierte Freiburger ASTA auf einem Flugblatt zu einer Demonstration am 6. Juni auf, zu der etwa 1.000 Demonstranten kamen. Dynamik gewann die Bewegung in Freiburg aber aus einem lokalen Ereignis heraus: aus dem Protest gegen Fahrpreiserhöhung.

Der Protest gegen die Fahrpreiserhöhung in Freiburg

Der Freiburger Gemeinderat am 12. Dezember 1967 hatte nach einer langen Debatte eine Erhöhung der Fahrpreise beschlossen. Die Fahrpreiserhöhung sollte am 1. Februar 1968 umgesetzt werden. Wie in anderen Städten arbeiteten die Freiburger Verkehrsbetriebe nicht kostendeckend, gleichzeitig stand für 1968 nicht zuletzt aufgrund der Einführung der Mehrwertsteuer eine weitere Kostensteigerung an. Der Einzelfahrschein für Erwachsene sollte sich daher von 50 auf 70 Pfennig, für Kinder von 30 auf 40

Pfennig verteuern. Gleichzeitig wurde die Altersgrenze für Kinder von 14 auf 12 gesenkt. Die Badische Zeitung berichtete am 13. Dezember darüber.

Entscheidend für die politische Mobilisierung der Freiburger Schüler- und Studentenschaft waren die v. a. von Jugendlichen getragenen Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen in Bremen, die in den Medien breiten Widerhall fanden. Die Proteste begannen dort am 15. Januar 1968 zunächst friedlich und eskalierten dann aber im Verlauf der nächsten Tage zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der einen harten Kurs verfolgenden Polizei. Nachdem sich Teile der Stahlarbeiter auf einer IG-Metall-Konferenz mit den Jugendlichen solidarisierte und die Gewerkschaften begannen Druck auszuüben, nahm die Bremer Bürgerschaft die Preiserhöhung zurück.

Diese Ereignisse wurden auch in Freiburg aufmerksam beobachtet. Die Badische Zeitung berichtete. Die Freiburger Verkehrsbetriebe wurden initiativ und wandten sich an die Stadtverwaltung: *Es ist wohl nicht anzunehmen, dass in Freiburg die Schüler und Lehrlinge den Betrieb stören werden. Es könnte aber sein, dass von Seiten eines Teils der Studenten nach dem Beispiel Bremen ähnliches versucht wird. Auch eine Gegenstrategie wurde vorgeschlagen: Man könnte hier die bevorstehende Faschingszeit ausnutzen: Wenn sich jüngere Menschen auf*



2 | Demonstration gegen Straßenbahntarife in Freiburg – Diskussion am Lautsprecherwagen vor Rathaus mit Oberbürgermeister Keidel und Bürgermeister Heidel, 1. Februar 1968.

Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 085238f, Aufnahme: Willy Pragher



Schienen bzw. Straßen setzen nicht gleich Polizei, sondern Lautsprecherwagen mit moderner Tanzmusik. Kurze, launige Ansprache: Beim Sitzen auf der Straße frieren auch junge Leute. Wenn vor den Wagen getanzt wird, können diese auch nicht fahren. Dann Tanzmusik. Damit könnten Spitzen gebrochen und alles mehr in das Humorige verbogen werden (Dok.-Nr. 8897). Auch das Ordnungsamt hielt Demonstrationen von Studenten für wahrscheinlich. Um Konflikte zu vermeiden und materiellen Schaden abzuwenden wurde daher am 25. Januar die Fahrpreiserhöhung auf den 1. März und damit in die Semesterferien gelegt, um die Mobilisierung der Studentenschaft zu erschweren. Diese Verschiebung wurde aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Inspiziert von den Bremer Ereignissen wurden vor allem Jugendliche aktiv. Schüler verschiedener Freiburger Gymnasien trafen sich mit der Direktion der Verkehrsbetriebe, um über die Fahrpreiserhöhung zu diskutieren. Der Studentenrat formulierte am 31. Januar seine Position. Die Tarifierhöhungen seien nicht gerechtfertigt, daher habe er Verständnis für Protestaktionen. Gleichzeitig wird in diesem Flugblatt deutlich, dass die inhaltlichen Diskussionen auch grundlegende Fragen der Gesellschaft in den Blick nahmen: *Öffentliche Verkehrsbetriebe müssen nicht rentabel ein. Die Öffentlichkeit zahlt ja gerade dafür Steu-*

ern, um solche gemeinnützigen Einrichtungen zu finanzieren. Deshalb müssten in seiner sozialen Demokratie die Benutzung von Straßenbahnen und Bussen gebührenfrei sein (Dok.-Nr. 3137).

Mit Flugblättern und Plakaten rief eine Aktionsgemeinschaft sozialistisch organisierter Schüler, Studenten und Lehrlinge zu Protesten gegen die Fahrpreiserhöhung an den Schulen und Universitäten auf. Deutlich wird, dass sich die Initiatoren des Protests um die Solidarisierung mit anderen Bevölkerungsgruppen bemühten: *Wenn jetzt die Straßenbahnpreise erhöht werden sollen, dann sind die Betroffenen vor allem. Arbeiter, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten. Wieder einmal zahlt die breite Masse die Zeche: SIE, die Arbeiter und Angestellte, WIR, die Schüler und Studenten* (Dok.-Nr. 9204).

Am 1. Februar blockierten dann nach Angaben der Polizei ca. 2.000 Schüler und Studenten den Bertoldsbrunnen. Der SDS-Aktivist Michael Moos, den die Polizei als Initiator der Demonstrationen ausmachte, rief mit einem Megaphon dazu auf, auf der Straße zu bleiben. Bis zum Abend zogen dann die Demonstrationen auf der Kaiser-Joseph-Straße zwischen Bertoldsbrunnen und Siegesdenkmal hin und her, wodurch der gesamte Freiburger Durchgangsverkehr lahmgelegt wurde. Der Stadtrat Dr. Fülgraff, der sich im Gemeinderat gegen die Erhöhung ausgesprochen hatte, bemühte sich

darum, mit den Demonstranten ins Gespräch zu kommen. Diese bestanden aber darauf, direkt mit dem Oberbürgermeister Dr. Keidel am Bertoldsbrunnen zu sprechen. Zu einem Gespräch kam es auch, aber auf dem Rathausplatz. Gegen 19.30 Uhr endeten die Demonstrationen, nachdem der Oberbürgermeister zugesichert hatte, dass der Gemeinderat sich erneut mit den Fahrpreiserhöhungen befassen werde. Trotz dieses Erfolges wurde zu einer Demonstration am folgenden Tag aufgerufen. Jetzt kamen die Schüler zum Zuge. Die Aktionsgemeinschaft Freiburger Schüler verteilte vor den Schulen am Freitagmorgen folgendes Flugblatt: *Wir sind nicht machtlos. Das bewies die gestrige Demonstration. Mehr als 2.000 Schüler zeigten, dass sie nicht zur Hinnahme einer solchen Preiserhöhung bereit sind. [...] Heute 13 Uhr am Bertoldsbrunnen! OB Keidel wagt es nicht, mit uns zu diskutieren. Wir fordern zunächst die Rückkehr zu den alten Preisen. BIS DAS GESCHEHEN IST, DEMONSTRIEREN WIR WEITER! HEUTE WIRD WEITERDEMONSTRIERT!* (Material 4).

Diesem Aufruf folgten dann 600–800 Schüler und Studenten am Bertoldsbrunnen und legten ab 13 Uhr den Verkehr wieder lahm. Nachdem ihnen durch zwei Stadträte und einen SPD-Bundestagsabgeordneten zugesichert wurde, das Thema am kommenden Dienstag im Stadtrat wieder zur Sprache



zu bringen, löste sich die Versammlung gegen 15 Uhr auf. Der Gemeinderat fasste sich in der Tat am Dienstag, 6. Februar, nochmals mit der Frage der Fahrpreise. In der Sitzung erklärte Oberbürgermeister Dr. Keidel aber, dass keine neuen Sachargumente vorliegen, die eine erneute Beschlussfassung nötig machen würde. Die vor dem Rathaus versammelten Demonstranten (ca. 700) waren empört über den Verlauf der Sitzung und vor allem über die ausbleibende Übertragung per Lautsprecher. Gegen 18.30 blockierten sie daher erneut bis gegen 20 Uhr den Verkehr am Bertoldsbrunnen.

Für die Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhungen war klar, dass am Mittwoch erneut demonstriert werden müsse. Die Stadtverwaltung betrachtete die Angelegenheit dagegen als erledigt

und untersagte daher unter Verweis auf die fehlende Genehmigung die Fortsetzung der Versammlungen. Die Freiburger Polizei, inzwischen durch auswärtige Einheiten aus verschiedenen baden-württembergischen Städten verstärkt, wurde angewiesen zu räumen. Die Blockaden wurden zwar beim Anrücken der Polizei langsam aufgegeben, aber gleich darauf an anderer Stelle fortgesetzt. Gegen diese Taktik konnten auch die erstmals in Baden-Württemberg eingesetzten Wasserwerfer nichts ausrichten. Diese für die Polizei und für die Bürger gleichermaßen neue Vorgehensweise hatte zumindest am Mittwoch trotz der kühlen Temperaturen zunächst fast Volksfestcharakter. *Die in Freiburg unbekannt Wasserwerfer zogen viele Zuschauer an, so dass die Zuschauermenge*

rasch anwuchs. Die Polizeidusche wurde von den Demonstranten mit Gejohle, Gelächter und Beifall quittiert. Teilweise wurden die Wasserwerfer mit Eiern beworfen. Andere Demonstranten reichten den Polizeibeamten Blumen und Konfekt oder umhängten sie mit Papierschlängen. Ein Durchreisender habe das Treiben mit der Frage kommentiert: *Ist das die Freiburger Fastnacht?* (Dok.-Nr. 8994). Doch das war nur die eine Seite der Medaille. Im Laufe des Einsatzes wurden 15 Personen vorläufig festgenommen, ein Lautsprecherwagen beschlagnahmt, vier Schaufensterscheiben beim Einsatz der Wasserwerfer von der zurückweichenden Menge eingedrückt, aus Häusern und der Menge vereinzelt Eier gegen Beamte und Dienstfahrzeuge geworfen, mehrere Sperrgitter und Sitzbänke quer auf die Fahrbahn gestellt.

Währenddessen versuchte der Studentenrat im Theatersaal der Alten Uni eine ordentliche Sitzung abzuhalten. Diese wurde immer wieder unterbrochen und dauerte von 11.05 Uhr bis nachts um 3.30 Uhr. Immer wieder stand die Frage im Raum, vor der Haftanstalt am Holzmarkt zu demonstrieren, in der die während der Demonstration Verhafteten gebracht worden war. In der Stadt verbreitete sich das Gerücht, das dann auch seinen Weg in die überregionale und internationale Presse fand, das geplant sei, die Haftanstalt zu stürmen. Der aus Deeskalation bedachte Polizeirat Albert Meier eilte daraufhin aus dem Bett in die Alte Uni, um mit den Studierenden über das weitere Vorgehen zu beraten. Mitten in der Nacht standen dann ca. 50 Demonstranten am Holzmarktplatz. Laut Polizeibericht kam es außer Sprechchören zu keinen weiteren Ordnungswidrigkeiten. Am folgenden Tag kam es erneut zu Demonstrationen.

Die Landespolizeidirektion beschloss, in die Freiburger Vorgänge einzugreifen. Es sollte sich nicht wiederholen, dass eine verbotene Demonstration stundenlang den Verkehr blockierte. Da die Demonstranten flexibel auf das Vorgehen der Polizei reagierten, gelang dies am Donnerstag nicht. Daraufhin wurde der Polizeirat Maier, der den persönlichen Kontakt zu den Studenten gesucht hatte, durch den Konstanzer Polizeirat Stehler abgelöst. Innerhalb der Polizei bestanden massive Differenzen bezüglich des angemessenen Vorgehens, insbesondere bezüglich des Einsatzes von Schlagstöcken.

Ähnlich wie in Bremen setzte der neue Einsatzleiter für den sechsten Blockadetag auf einen harten Polizeieinsatz. Nachdem der Einsatz von Wasserwerfern – verbunden mit einem hohen Personaleinsatz und kombiniert mit dem Einsatz von Marschmusik aus Lautsprechern – zu keinem dauerhaften Erfolg gegen die jugendlichen Demonstranten führte, wurde schließlich ab 16 Uhr der Einsatz von Schlagstöcken freigegeben und die Bertoldstrasse von Demonstranten geräumt. Letztlich endete der Nachmittag im Chaos. Wasserwerfer beschädigten Geschäfte in der Innenstadt, zahlreiche unbeteiligte Passanten gerieten in die Auseinandersetzungen und kamen zu Schaden. Ein Theologiestudent wurde bei einem Schlagstockeinsatz schwer verletzt.

Bereits vor dieser Eskalation hatte die *Aktionsgemeinschaft Demokratischer Schüler und Studenten* an diesem Abend zu einem *Hearing* ins Haus der Jugend geladen. Demonstranten sollten dort mit Bürgermeister und Stadträten diskutieren. Nach den Straßenkämpfen des Tages fanden sich am Abend 1.500 der Konfliktgegner, darunter auch der Oberbürgermeister Dr. Keidel und einige Stadträte, zur Diskussion ein. Erst diese Versammlung, in der es zu einem heftigen verbalen Schlagabtausch kam, konnte die Situation befrieden. Man einigte sich darauf, dass der Stadtrat die Angelegenheit erneut in einer Sitzung behandeln solle, die – diese Zusicherung war den Jugendlichen angesichts des vorausgegangenen Dienstags besonders wichtig – per Lautsprecher auf den Rathausplatz übertragen werden solle. Im Gegenzug sicherte man zu, dass es bis zu dieser Sitzung zu keinen weiteren Demonstrationen kommen solle. Eine knappe Woche später begann am Nachmittag des 15. Februars die öffentliche Gemeinderatssitzung. Diesmal wurde die Debatte über Lautsprecher auf den Rathaus- und Münsterplatz übertragen und von zahlreichen Jugendlichen, aber auch älteren Bürger trotz des schlechten Wetters gespannt, aber friedlich verfolgt. Auch Vertreter des DGB, des ASTA und der Schüler bekamen die Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Der Gemeinderat beschloss dann nach fünfstündiger Debatte, die Tarife wie geplant zum 1. März zu erhöhen und um kleinere soziale Vergünstigungen zu ergänzen. Die Demonstranten konnten sich – anders in Bremen – mit

ihren Forderungen nicht durchsetzen. Dennoch unterblieben weitere Demonstrationen. Am folgenden Tag fanden sich nur wenige Entschlossene am Bertoldsbrunnen ein. Statt zu blockieren, diskutierten sie mit dem Oberbürgermeister. Der SDS verteilte Flugblätter, in denen er zur Teilnahme an der Berliner Vietnamkonferenz aufrief. Am 1. März 1968 konnte dann schließlich die Fahrpreiserhöhung umgesetzt werden. Den Schülern und Studenten war es untersagt worden, zu weiteren Demonstrationen aufzurufen. Die eingesetzten Verkehrspolizisten konnten die 30 bis 40 Protestierenden, die sich dennoch einfanden, erfolgreich von einer neuerlichen Blockade abhalten.

Während der Demonstrationen ließ

sich das Bürgermeisteramt von der Polizei über die Demonstrierenden gut informieren, Listen wurden abgelegt. Vonseiten der Staatsanwaltschaft Freiburg wurden 14 Strafbefehle über Gefängnisstrafen zwischen zwei und fünf Wochen erteilt, die jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden. Zwei Verfahren vor dem Jugendgericht wurden eingeleitet. Die Namen der Studierenden, die während der Demonstrationen als *Rädelsführer* identifiziert wurden, wurden an das Rektorat der Universität weitergeleitet. Auch die Namen von Schülern, die festgenommen worden waren, wurden an die jeweiligen Schulen weitergeleitet. Inwieweit die offenkundig angestrebten Disziplinarstrafen erteilt wurden, kann im Einzelnen nicht festgestellt werden.





Sich Gehör verschaffen – Die Suche der Jugendlichen nach politischer Partizipation

Ohne die Relevanz des Anlasses in Abrede zu stellen, wird doch deutlich, dass Grundsätzlicheres als die Erhöhung der Fahrpreise verhandelt wurde: die Frage nach der angemessenen Form der politischen Partizipation von Jugendlichen – Lehrlingen, Schülern und Studenten, mithin um Anpassungsprozesse der städtischen politischen Kultur.

Seitens der Jugendlichen ging es darum, mit ihren Anliegen Gehör zu finden und im politischen Raum als Gesprächspartnern akzeptiert zu werden.

Immer wieder wird die Diskussion mit Vertretern der Stadt gesucht und eingefordert, die Verweigerung von Diskussion hingegen bitter beklagt. Beispielhaft wird das deutlich an den Äußerungen der Vertreter der Schüler und Studenten auf der in die Stadtöffentlichkeit übertragenen Stadtratssitzung vom 15. Februar 1968. Der Vertreter des ASTA vertrat die Position: *Wenn die Verwaltung die stattgefundenen Demonstrationen verurteilt [...] möge sie dabei bedenke, daß diese für die Betroffenen das einzige Druckmittel waren, das zur Verfügung steht. [...] Die Demonstranten haben sich demokratisch verhalten. Durch die Demonstrationen entstand eine neue Situation, über die der Gemeinderat aber nicht diskutieren wollte. Eine Verschärfung der Proteste war*

die zwangsläufige Folge. Der Oberbürgermeister hat darauf wiederum mit verschärften Polizeieinsatz reagiert. Auch die Vertreterin der Schüler – laut Protokoll ein Fräulein von Gerstorff – dankte zunächst dem Gemeinderat dafür, dass er die Ansichten der Jugend hören möchte. Laut Protokoll machte sie darauf deutlich, dass diese Schüler mit den Tariferhöhungen nicht einverstanden [sind] und daher in bekannter Weise demonstriert [haben]. Es war dies ihr einziges Mittel sich Gehör zu verschaffen. Leider sind die Schüler beim Gemeinderat auf eine oft starre, unnachgiebige und unkluge Haltung gestoßen. Damit sollte klar gemacht werden, daß eine beschlossene Sache nicht rückgängig zu machen ist. Wenn dies tatsächlich so wäre, wäre die gegenwärtige Sitzung eine Farce (Dok.-Nr. 9379).

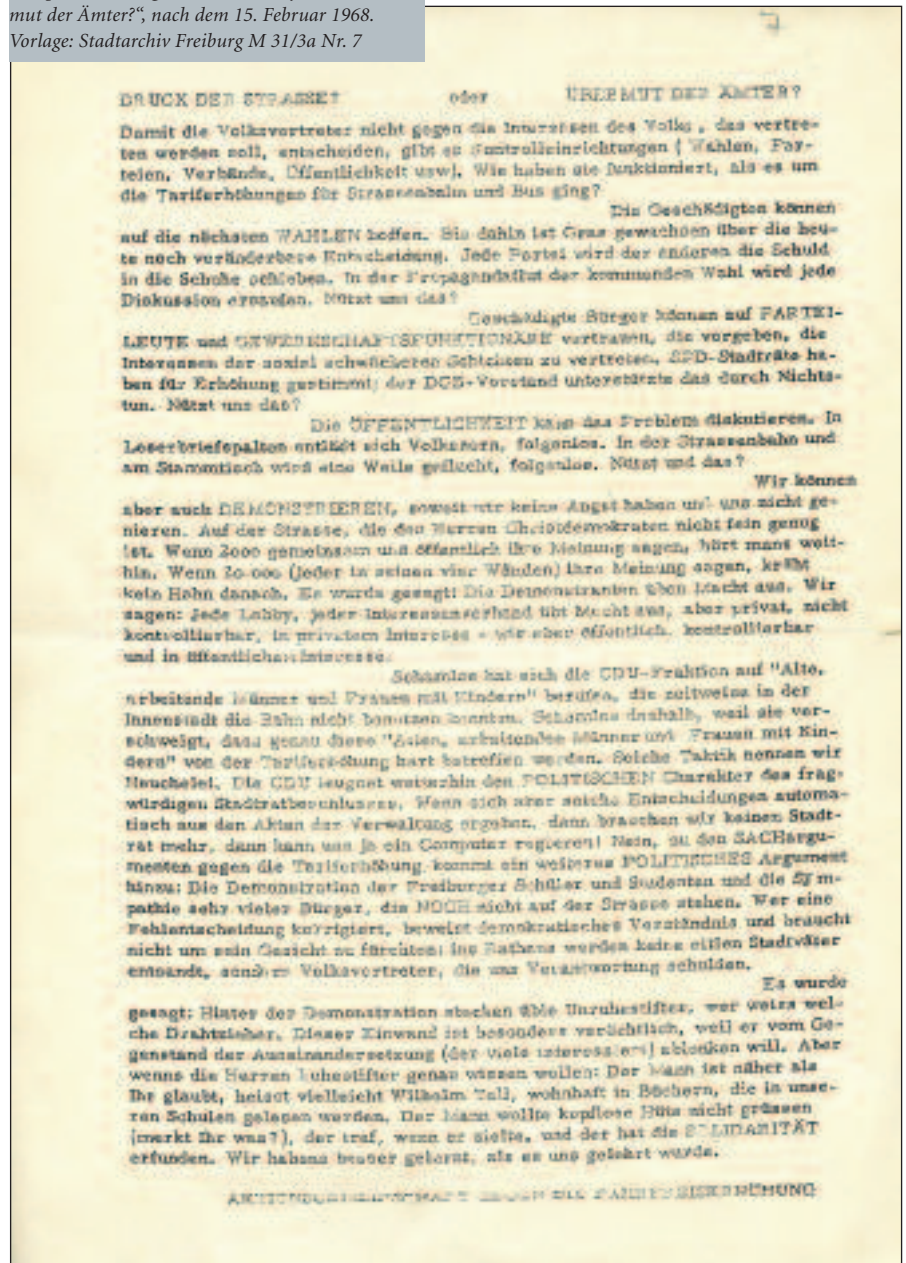
Auch von manchen, die Fahrpreiserhöhung begrüßten und hinter dem Einsatz der Polizei standen, wird das kommunikative Vorgehen der Stadtverwaltung bemängelt. Man hätte, so ein Freiburger Geschäftsmann in einem Leserbrief, mit allen Mitteln der modernen Werbung die Freiburger über die Notwendigkeit der Erhöhung informieren sollen. In einem Brief an den Oberbürgermeister deutet ein Bürger den Konflikt als Generationenkonflikt, bei der die unterschiedlichen Perspektiven in den Blick genommen müssten. Keidel stehe für die Generation, die *im patriarchalisch-autoritären System der alten Gesellschaftsordnung erzogen wurde, die [...] gezwungen war[en], die Prügelstrafe in der Schule wie das KZ als Realität anzunehmen. Für ihre Generation ist die Wunderdemokratie der Fünfzigerjahre eine Errungenschaft sonder gleichen. Die heutigen Schüler und Studenten sähen dies aber anders. Die gesamte Jugend Westdeutschlands ist heute anders erzogen. Man hat ihr ein Idealbild der Demokratie gemalt, man hat sie mit der Problematik politischer Verantwortung konfrontiert, man ließ sie KZ-Prozesse verfolgen, in welchen fehlende Verantwortung, fehlende selbständige Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber der grausam harten, autoritären Obrigkeit zur Diskussion standen. Warum begrüßen Sie es nicht, wenn sich diese Jugend engagiert? Warum lassen Sie es zu, daß diese Jugend ihren Mut gegenüber einer Pistolen führenden und Schlagstock-bewaffneten Polizei beweisen muß? Sie tat dies ohne Hysterie mit einer für die Umstände erstaunlichen Disziplin!* (Dok.-Nr. 9109).

Seitens der Stadtverwaltung und auch der Polizei ging es darum, einen Weg zu finden, auf dieses Anliegen einzugehen. Anders als im Bereich der Schulverwaltung scheinen doch zumindest Teile der Verantwortlichen schon auf den Zug der Liberalisierung aufgesprungen zu sein. Auf der einen Seite mussten sich diese wie etwa Oberbürgermeister Dr. Keidel gegen Hardliner durchsetzen, die dagegen waren sich dem *Druck der Straße* zu beugen. Ein Gesichtspunkt, der auch von denjenigen vorgetragen wurde, die sich aus den Erfahrungen während des Nationalsozialismus um eine wehrhafte Demokratie bemühten. So wandte sich etwa der Freiburger Bürgermeister und SPD-Mitglied Dr. Heidel in einen Brief besorgt an Willy Brandt, Vorsitzender der SPD und Vizekanzler: *Es geht in Wirklichkeit auch gar nicht – wie andere vergleichbare Demonstrationen in der Bundesrepublik zeigen – um diese oder jene Erhöhung von Tarifen und Gebühren oder sonstige Nachteile, sondern es geht ganz schlichtweg um Provokation, um die verfassungsgemäße Ordnung zu untergraben. Die Polizei ist tatsächlich und rechtlich kaum in der Lage, gegen die sehr geschickt durchgeführten Demonstrationen vorzugehen. [...] Am Ende der Weimarer Republik wurde die Preußische Regierung von einem Gefreiten mit ein paar Soldaten abgesetzt. [...] Es wird nicht mehr lange gehen, werden diese „go-in“ oder „sit-in“ oder andere „in“ Landesminister und Bürgermeister absetzen. Er forderte daher Brandt auf, sich für gesetzliche Änderungen einzusetzen, die es ermöglichen gegen subversive, kriminelle und radikale Elemente mit allem Nachdruck und Entschiedenheit vorzugehen (Dok.-Nr. 8979).*

Oberbürgermeister Keidel vertrat hier eine andere Position, ohne eine paternalistische Grundhaltung aufzugeben. In seiner Rede vor dem Stadtrat am 15. Februar erläuterte er sachlich die Handlungsspielräume der Stadt, zudem sein Verständnis einer politischen Kultur innerhalb der Stadt, die den Erfordernissen einer repräsentativen Demokratie entspricht. Deutlich wird sein Bemühen, den Jugendlichen den Eindruck zu geben, sie ernst zu nehmen, dies äußert sich nicht zuletzt darin, diejenigen, die außerhalb des Sitzungssaals der Debatte per Lautsprecher folgen, gezielt anzusprechen. *Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass die Zuhörer dieser Lautsprecherübertragung soviel demokratische*

Fairness haben, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Ergebnisse entsprechend den demokratischen Spielregeln zu akzeptieren. In seinen Ausführungen fällt besonders auf, dass er viel Wert darauf legt, die unterschiedlichen finanziellen und politischen Handlungsspielräume von Bremen und Freiburg voneinander abzugrenzen. Er grenzt weiter einen guten von einem schlechten Weg der Konfliktlösung ab, wobei eine auf Verantwortung und Vernunft basierende Konfliktlösung einem Weg der Gewalt gegenüberstellt. Gewalt wird zwar auch implizit mit den Demonstranten in Verbindung gebracht, explizit aber nur mit den von ihm selbst angeforderten polizeilichen Maßnahmen. *Als Oberbürgermeister für das Wohl und Wehe dieser*

Stadt verantwortlich und vor allem als Demokrat glaube ich aber nicht, daß das friedliche Zusammenleben der Bürger durch verschärfte polizeiliche Gewaltanwendung – und sei es auch nur gegenüber einer Minderheit – garantiert werden kann. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß die Überzeugung der Politiker mehr erreicht. Der Einsatz der Polizei – vor allem der Einsatz des Polizeiknüppels kann nur das allerletzte Mittel sein, d. h. dann, wenn polizeiliche Maßnahmen und politisches Wollen es nicht vermochten, eine undemokratische Minderheit von der Rechtsstaatlichkeit des politischen Vorgehens zu überzeugen. Da die Jugendliche durch die im Haus der Jugend getroffene Vereinbarung die Wiedereinkehr von Ruhe und Ordnung in die Stadt ermög-



licht hätten, sieht er die Möglichkeit, daß ein sachliches und gewissenhaftes Überlegen mit dieser Jugend möglich ist, daß es möglich bleibt, den Vorrang der Politik vor der Lösung der Gewalt aufrecht zu halten. Er schließt dann mit einem Appell an die Jugendlichen im Sitzungssaal und auf den öffentlichen Plätzen: *Aber die Demonstranten der letzten Woche bitte ich zu bedenken, daß eine rücksichtslose und ungeordnete, d. h. nicht auf den Wegen der rechtlichen und gesetzlichen Möglichkeiten beruhende Durchsetzung ihres Gruppeninteresses, die demokratische Grundordnung in Gefahr bringt. Die demokratische Ordnung kann nicht durch Druck und Gegendruck gewährleistet werden, sondern nur durch politische Verantwortung. Der Freiburger Stadtrat will durch diese Sitzung seine Bereitschaft zur politischen Vernunft vor jeglicher Lösung der Gewalt unter Beweis stellen* (Dok.-Nr. 9379, Anlage 3).

Die Jugendlichen akzeptierten nun in der Tat die Entscheidung trotz der Enttäuschung, mit ihren Forderungen nicht durchgedrungen zu sein. Aber die Ereignisse des Februars hatten einen Damm gebrochen. Einmischung und Revolte wurden erprobt und gehörten seitdem zum Alltag, die Kämpfe wurden zu anderen Themen fortgesetzt. Schwerpunkt blieb in Freiburg die Mobilisierung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Fortan entzündete sich der außerparlamentarische, soziale Protest an anderen Themen: Anfang der 70er Jahre wurde in Freiburg erste Häuser besetzt, in Wyhl am Kaiserstuhl wurde in einem langen Kampf der Bau eines Kernkraftwerks verhindert. *Die Aktivisten der Bewegungen wechselten zum Teil, doch Erfahrungen wurden weitergegeben.* (Müller)

Verwendung im Unterricht

Im Bildungsplan 2016 ist für die Klasse 9 folgender Bildungsstandard ausgewiesen, in der die Behandlung der Fahrpreisproteste zu verordnen ist: „Liberalisierungsprozesse und Emanzipationsbewegungen in der BRD und weltweit in den 1960er und 1970er Jahren charakterisieren und bewerten („1968“, Wertewandel: alternative Lebensformen, Pluralisierung).“

Als Einstieg können die drei Fotografien verwendet werden, um Fragen nach den Gründen für die Demonstrationen und für die Eskalation zu provozieren. Diese sollten dann im Folgenden erarbeitet werden. Eine handlungsorientierte Herangehensweise wäre die Gestaltung einer Podiumsdiskussion. Eine Gruppe könnte die Position der Stadtverwaltung übernehmen, eine weitere die der Schüler und Studenten. Die Moderatorengruppe könnte die Position eines Redakteurs der Badischen Zeitung vorbereiten. Materialgrundlage wären jeweils die Flugblätter des Oberbürgermeisters bzw. der Aktionsgemeinschaft. Sollte die Schule über die DVD von Lars Müller verfügen, könnten auch weitere Gruppen erarbeitet werden. Ergänzend können neben den Informationen des Artikels die knappen Darstellungen der Freiburger Fahrpreisdemonstrationen von Lars Müller (Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen) bzw. Bernd Hainmüller (Gleich wird's grün), die sich im Internet finden, genutzt werden. In einer abschließenden Urteilsbildungsphase sollten Bezüge zu rezenten gewaltförmigen Auseinandersetzungen wie in Hamburg oder in Schorndorf 2017 seitens der Lehrkraft hergestellt werden.

Die Quellengaben hinter den Zitaten beziehen sich auf die vom Archiv Soziale Bewegungen und dem Stadtarchiv Freiburg herausgegebene CD-ROM „Gleich wird's grün“.

Literatur

NORBERT FREI: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008.

TORSTEN GASS-BOLM: Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland. Göttingen 2005.

BERND HAINMÜLLER: Gleich wird's grün – Freiburgs erster Nachkriegsprotest 1968. <http://hainmueller.de/publikationen/die-proteste-gegen-die-fahrpreiserhoehung-februar-1968.html> (aufgerufen am 20.06.2017).

DETLEF MICHELERS: Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen! Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967/70. Bremen 2002.

WALTER MOSSMANN: realistisch sein: das unmögliche verlangen. Wahrheits-treu gefälschte Erinnerungen. Berlin 2009, hier S. 96–98.

LARS MÜLLER: Gleich wird's grün. Freiburger Fahrpreiskämpfe 1968 (CD-ROM mit Beiheft). Freiburg 2003.

LARS MÜLLER: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. 2003. <http://www.stattweb.de/baseportal/ArchivDetail&db=Archiv&Id=232> (aufgerufen am 28.07.2017).

DETLEF SIEGFRIED: Was war „1968“? Globale Jugendrebellion, generationeller Wandel und postindustrielle Gesellschaft – eine Kulturrevolution? In: Ders. (Hg.): Sound der Revolte. Studien zur Kulturrevolution um 1968. Weinheim/München 2008. S. 31–56.

Götz Distelrath ist Landeskundebeauftragter des Kultusministeriums Baden-Württemberg im Regierungsbezirk Freiburg und Gymnasiallehrer in Müllheim.

Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Film- und Tondokumente im Archiv
Vorträge des 76. Südwestdeutschen Archiv-
tags am 22. und 23. Juni 2016 in Bad
Mergentheim
Herausgegeben von Kurt Deggeller und
Peter Müller
Verlag W. Kohlhammer 2017
92 Seiten, kartoniert
€ 10,-
ISBN 978-3-17-032437-4



Gelebte Utopie.
Auf den Spuren der Freimaurer
Begleitbuch zur Ausstellung
Bearbeitet von Albrecht Ernst und
Regina Grünert
Verlag W. Kohlhammer 2017
158 Seiten, kartoniert
€ 16,-
ISBN 978-3-17-033569-1



Kaiser Karl IV. (1316–1378) und die
Goldene Bulle
Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung
des Landesarchivs Baden-Württemberg,
Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Bearbeitet von Erwin Frauenknecht und
Peter Rückert
Verlag W. Kohlhammer 2016
2. Auflage 2017
156 Seiten, kartoniert
€ 15,-
ISBN 978-3-17-033202-7

Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich.

Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landearchiv-bw.de) unter „Aktuelles > Neue Publikationen“.

Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht finden Sie auch auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landearchiv-bw.de) unter „Landesarchiv > Publikationen“.

Titelfoto:
Fotografie von Willy Pragher, Kinder auf Treppe, 5. September 1930.
Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 002593

Impressum

Landesarchiv Baden-Württemberg
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart
Telefon 0711/212-4238
Telefax 0711/212-4283
E-Mail: landearchiv@la-bw.de
Internet: www.landearchiv-bw.de

Redaktion:
Dr. Verena Schweizer
Gestaltung:
volker müller grafik design,
Königsbach-Stein
Druck: Printsystem GmbH,
Heimsheim

Das Heft erscheint halbjährlich und
wird kostenlos abgegeben.
ISSN 1437-0018

Landesarchiv Baden-Württemberg

Präsident

Landesarchiv Baden-Württemberg
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

Serviceabteilungen

Landesarchiv Baden-Württemberg
Zentrale Dienste
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: zentraledienste@la-bw.de

mit:

Institut für Erhaltung von
Archiv- und Bibliotheksgut
Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6600
Telefax: 07141/64854-6699
E-Mail: ife@la-bw.de

Landesarchiv Baden-Württemberg
Fachprogramme und Bildungsarbeit
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: fachprogramme@la-bw.de

mit:

Grundbuchzentralarchiv
Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
Telefax: 07154/17820-510
E-Mail: gbza@la-bw.de

Archivabteilungen

STAATSARCHIV FREIBURG

Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE

Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6310
Telefax: 07141/64854-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

HOHENLOHE-ZENTRALARCHIV NEUENSTEIN

Außenstelle des
Staatsarchivs Ludwigsburg
Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/94780-0
Telefax: 07942/94780-19
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

STAATSARCHIV SIGMARINGEN

Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

HAUPTSTAATSARCHIV STUTTART

Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

STAATSARCHIV WERTHEIM

im Archivverbund Main-Tauber
Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de

